

Beteiligungsberichte
der Stadt Schmöln
nach § 75 a ThürKO

für das Jahr
2021

- envia Mitteldeutsche Energie AG
- KEBT - Kommunale Energie Beteiligungsgesellschaft Thüringen AG (Entwurf)
- Stadtwerke Schmöln GmbH
- Neue Energie Schmöln GmbH
- Wohnungsverwaltung Schmöln GmbH

Geschäftsbericht
der envia Mitteldeutsche Energie AG
zum 31. Dezember 2021

Inhalt

Bericht des Aufsichtsrates 3

Mitglieder des Aufsichtsrates 6

Der Beirat 8

Lagebericht 11

Grundlagen des Unternehmens 12

Wirtschaftsbericht 13

Chancen- und Risikomanagement 31

Prognosebericht 36

Erklärung zur Unternehmensführung 42

Jahresabschluss 43

Bilanz 44

Gewinn- und Verlustrechnung 47

Anhang 48

Bestätigungsvermerk des unabhängigen

Abschlussprüfers 76

Bericht des Aufsichtsrates

Der Aufsichtsrat hat im Berichtszeitraum die ihm nach Gesetz und Satzung obliegenden Aufgaben wahrgenommen. Er ist vom Vorstand regelmäßig schriftlich und mündlich über den Gang der Geschäfte, die beabsichtigte Geschäftspolitik und die relevanten Geschäftsvorfälle informiert worden. Der Aufsichtsrat hat hierüber mit dem Vorstand beraten und die Geschäftsführung der Gesellschaft anhand der Berichte des Vorstandes überwacht.

Im Geschäftsjahr 2021 fanden vier Sitzungen des Aufsichtsrates statt. Der Aufsichtsrat fasste des Weiteren sechs Beschlüsse außerhalb von Sitzungen des Aufsichtsrates.

In seinen Beratungen befasste sich der Aufsichtsrat regelmäßig mit der wirtschaftlichen Lage und der Entwicklung der Gesellschaft, wobei insbesondere die Entwicklungen in den Geschäftsfeldern Vertrieb, Erzeugung/Erneuerbare Energien, Telekommunikation und der Beteiligungsgesellschaften sowie die Rentabilitätsentwicklungen bei den Netzgesellschaften eingehend erörtert wurden.

Der Aufsichtsrat beschäftigte sich des Weiteren schwerpunktmäßig mit

- dem Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2020,
- der Unternehmensplanung für das Geschäftsjahr 2022,
- der Mittelfristplanung für die Geschäftsjahre bis 2024,
- der Einbeziehung in Konzernfinanzierungssysteme,
- der Bereitstellung unterjähriger Investitionsmittel,
- der wirtschaftlichen Lage, der Entwicklung der Beteiligungsgesellschaften und dem daraus resultierenden Beteiligungsergebnis,
- außergewöhnlichen Investitionsvorhaben in Beteiligungsgesellschaften,
- Akquisitions- und Desinvestitionsvorhaben,
- dem Risikomanagement unter Berücksichtigung der Aktivitäten im Rahmen der Back-to-Back-Handelsgeschäfte,
- der Identifikation und Bewertung von Maßnahmen des Fraud-Managements und des Compliance-Managements.

Auch außerhalb der Sitzungen erörterte der Aufsichtsratsvorsitzende mit dem Vorstand bedeutsame Einzelvorgänge sowie insbesondere die Unternehmensstrategie und die Unternehmensplanung.

Des Weiteren beriet sich der Vorstand regelmäßig mit den Vertretern der kommunalen Anteilseigner und mit den Vertretern der Arbeitnehmer im Aufsichtsrat.

Der Personalausschuss trat im Berichtszeitraum zu drei Sitzungen zusammen.

Der Ausschuss gemäß § 27 Abs. 3 MitbestG ist nicht tätig geworden.

Der vom Vorstand nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches aufgestellte Jahresabschluss zum 31. Dezember 2021 und der Lagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2021 bis zum

31. Dezember 2021 sind unter Einbeziehung der Buchführung von dem durch die Hauptversammlung am 22. April 2021 gewählten und auf Grund des Beschlusses des Aufsichtsrates vom gleichen Tag beauftragten Abschlussprüfer, der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Berlin, Niederlassung Leipzig, geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden. Der Abschlussprüfer hat außerdem festgestellt, dass die interne Rechnungslegung im Sinne der energiewirtschaftsrechtlichen Vorschriften ordnungsgemäß erfolgte, mithin die Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 Satz 1 bis 5 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG zur Führung getrennter Konten in allen wesentlichen Belangen eingehalten wurden und die für die Tätigkeiten „Elektrizitätsverteilung“, „Gasverteilung“ und „grundzuständiger Messstellenbetrieb für moderne Messeinrichtungen und intelligente Messsysteme“ für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2021 bis zum 31. Dezember 2021 aufgestellten Tätigkeitsabschlüsse in allen wesentlichen Belangen den deutschen Vorschriften des § 6b Abs. 3 Sätze 5 bis 7 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG entsprechen.

Der Bericht des Abschlussprüfers zum Jahresabschluss und Lagebericht ist den Mitgliedern des Aufsichtsrates im Auftrag des Aufsichtsratsvorsitzenden durch den Vorstand der Gesellschaft rechtzeitig vor der Bilanzsitzung ausgehändigt worden, er wurde in die Aussprache und Prüfung des Jahresabschlusses einbezogen. Der Abschlussprüfer hat an der Beratung des Aufsichtsrates über den Jahresabschluss teilgenommen, über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung berichtet und zu weiteren Auskünften zur Verfügung gestanden.

Der Aufsichtsrat hat vom Ergebnis der Prüfung zustimmend Kenntnis genommen. Er hat seinerseits den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss und den Lagebericht geprüft. Nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung sind Einwendungen nicht zu erheben.

Im Ergebnis dessen hat der Aufsichtsrat den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2021 gebilligt, der damit festgestellt ist. Dem Vorschlag des Vorstandes zur Verwendung des Bilanzgewinns schließt sich der Aufsichtsrat an.

Der Vorstand hat gemäß § 312 AktG einen Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen aufgestellt. Der Abschlussprüfer hat diesen Bericht geprüft und folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt:

"Nach unserer pflichtmäßigen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass

1. die tatsächlichen Angaben des Berichtes richtig sind,
2. bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war,
3. bei den im Bericht aufgeführten Maßnahmen keine Umstände für eine wesentlich andere Beurteilung als die durch den Vorstand sprechen."

Der Bericht des Vorstandes und der Prüfungsbericht des Abschlussprüfers, betreffend die Beziehungen der Gesellschaft zu verbundenen Unternehmen, sind den Mitgliedern des Aufsichtsrates rechtzeitig vor der Bilanzsitzung zur Verfügung gestellt worden. Der Aufsichtsrat hat vom Prüfungsergebnis des Abschlussprüfers zustimmend Kenntnis genommen. Nach dem abschließenden Ergeb-

nis seiner eigenen Prüfung erhebt der Aufsichtsrat keine Einwendungen gegen die am Schluss des Berichtes über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen abgegebene Erklärung des Vorstandes.

Auf Grund gesonderter Beauftragung hat der gewählte Abschlussprüfer die Einhaltung der Vorgaben der Festlegungen der Bundesnetzagentur (BK8-19/00002-A und BK9-19/613-1) nach § 6b Abs. 6 i. V. m. § 29 EnWG auf der Grundlage der im PS 611 Abschnitt 4 festgelegten Prüfungshandlungen im Hinblick auf die von der Festlegung der Bundesnetzagentur geforderten Angaben für das Geschäftsjahr 2021 nachgelagert zur Jahresabschlussprüfung zu prüfen und zu den daraus gewonnenen Prüfungsfeststellungen an die Gesellschaft, insbesondere zur Einreichung bei der Bundesnetzagentur, zu berichten.

Herr Mike Ruckh wurde mit Wirkung zum 22. April 2021 als Mitglied in den Aufsichtsrat anstelle von Herrn Thomas Eulenberger entsandt. Frau Astrid Münster wurde anstelle von Herrn Carl-Ernst Giesting durch Beschluss des Amtsgerichtes Chemnitz vom 7. Juli 2021 zum Mitglied des Aufsichtsrates bestellt. Herr Thomas Kröber wurde anstelle von Frau Christina Dittrich durch Beschluss des Amtsgerichtes Chemnitz vom 19. November 2021 zum Mitglied des Aufsichtsrates bestellt.

Der Aufsichtsrat dankt dem Vorstand und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihre Leistung im abgelaufenen Geschäftsjahr. Mit ihrem Einsatz und ihrer Kompetenz haben sie maßgeblich zum wirtschaftlichen Erfolg des Unternehmens beigetragen.

Chemnitz, 23. März 2022

Der Aufsichtsrat

Bernd Böddeling
Vorsitzender

Mitglieder des Aufsichtsrates

Der Aufsichtsrat setzt sich wie folgt zusammen:

Bernd Böddeling

Senior Vice President
Energy Networks Germany der
E.ON SE
Vorsitzender

René Pöhls

Vorsitzender des gemeinsamen Gesamt-
betriebsrates der enviaM, MITGAS,
MITNETZ STROM und MITNETZ GAS
stellvertretender Vorsitzender

Thomas Zenker

Bürgermeister der Stadt Großräschen
2. stellvertretender Vorsitzender

Sven Bartz

Vorsitzender des gemeinsamen Betriebsrates
Chemnitz der enviaM, MITGAS,
MITNETZ STROM und MITNETZ GAS

Holger Bittner

Leiter der Abteilung Planung/
Geschäftssteuerung der
envia Mitteldeutsche Energie AG

Marcus Borck

Landesfachbereichsleiter Finanzdienst-
leistungen | Telekommunikation/IT des
ver.di Landesbezirkes Berlin-Brandenburg

Christina Dittrich

ehemaliges Mitglied des gemeinsamen
Betriebsrates Brandenburg von enviaM,
MITGAS, MITNETZ STROM und MITNETZ GAS
- bis 31.10.2021 -

Thomas Eulenberger

ehemaliger Bürgermeister der Stadt Penig
- bis 22.04.2021 -

Carl-Ernst Giesting

Geschäftsführer Regionale Marken der
E.ON Energie Deutschland GmbH
- bis 30.06.2021 -

Heiko Heinze

Vorsitzender des Betriebsrates der
envia SERVICE GmbH

Detlef Hillebrand

Geschäftsführer der Kommunale
Beteiligungsgesellschaft mbH an der
envia Mitteldeutsche Energie AG

Nadia Jakobi

Senior Vice President Business Controlling &
Customer Solutions der E.ON SE

Thomas Kröber

Vorsitzender des Gesamtbetriebsrates der
envia TEL GmbH
- seit 19.11.2021 -

Dr. Thomas König

Mitglied des Vorstandes der E.ON SE
Chief Operating Officer Networks

Bernward Küper

Geschäftsführer des Städte- und
Gemeindebundes Sachsen-Anhalt

Ute Liebsch

Bezirksleiterin des Bezirkes Cottbus der
Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie,
Energie

Astrid Münster

Bürgermeisterin der Stadt Bad Dübén
- seit 07.07.2021 -

Mike Ruckh

Geschäftsführer der KBE Kommunale
Beteiligungsgesellschaft mbH an der envia
- seit 22.04.2021 -

Dr. Joachim Schneider

ehemals Senior Vice President
Energy Networks Technology der E.ON SE

Karsten Schütze

Oberbürgermeister der Stadt Markkleeberg

Gerald Voigt

Bezirksleiter Dresden-Chemnitz der
Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie,
Energie

Birgit Zielke

Stellv. Vorsitzende des gemeinsamen
Betriebsrates Halle/Kabelsketal der enviaM,
MITGAS, MITNETZ STROM und MITNETZ GAS

Hanns-Christoph Zippel

Vorsitzender des gemeinsamen Betriebsrates
Sachsen-Anhalt der enviaM, MITGAS,
MITNETZ STROM und MITNETZ GAS

Der Beirat

Der Beirat setzt sich aus Vertretern von Kommunen, Industrie, Wissenschaft und Verbänden der Region zusammen. Er berät den Vorstand in Fragen der Unternehmens- und Energiepolitik und fördert den gemeinsamen Gedankenaustausch zu wirtschafts- und umweltpolitischen Fragen, insbesondere im Energiebereich.

Die COVID- 19 Pandemie hatte auch im Geschäftsjahr 2021 Auswirkungen auf den Beirat. Die Beiratsmitglieder wurden mittels regelmäßiger E-Mails über getroffene Pandemie- Maßnahmen in der enviaM-Gruppe informiert. Aufgrund coronabedingter Kontaktbeschränkungen tagte der Beirat einmal virtuell und einmal als Präsenzveranstaltung. Schwerpunkte der Diskussionen im Geschäftsjahr waren neben den aktuellen Geschehnissen im Strom-, Gas- und Netzgeschäft der enviaM-Gruppe beispielsweise der Strukturwandel im Erzgebirge und die damit verbundenen Herausforderungen und Chancen für die Region oder Marktentwicklungen mit Blick auf die Themen Umweltschutz und Nachhaltigkeit.

2021 haben einige Veränderungen im Beirat stattgefunden. Diese waren hauptsächlich in beruflichen Veränderungen, wie z. B. Wechsel der Tätigkeit oder Übergang in den Ruhestand, der Beiratsmitglieder begründet. Mit dem Weggang von Andy Grabner, ehemaliger stellvertretender Vorsitzender des Beirates, wurde Bernd Hauschild zum neuen stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Die langjährige Beiratsvorsitzende Maritha Dittmer ist zum 31.12.2021 ruhestandsbedingt aus dem Beirat auf eigenen Wunsch hin ausgeschieden. Bislang konnten noch nicht alle frei gewordenen Sitze im Beirat neu besetzt werden.

Maritha Dittmer

Geschäftsführerin der KBE Kommunale Beteiligungsgesellschaft mbH an der envia
Vorsitzende
- bis 31.12.2021 -

Andy Grabner

Landrat des Landkreises Anhalt-Bitterfeld
ehemaliger Bürgermeister
der Stadt Sandersdorf-Brehna
ehem. stellvertretender Vorsitzender
- bis 31.07.2021 –

Bernd Hauschild

Oberbürgermeister der Stadt Köthen (Anhalt)
seit 01.10.2021
neuer stellvertretender Vorsitzender

Thomas Balcerowski

Landrat des Landkreises Harz
ehemaliger Bürgermeister der Stadt Thale
- bis 28.02.2021 –

Maik Bethke

ehemaliger stellvertretender
Hauptgeschäftsführer der Industrie- und
Handelskammer (IHK) Cottbus
- vom 01.01.2021 bis 31.01.2021 -

Manfred Deckert

Oberbürgermeister
der Stadt Auerbach/Vogtland

Reinhold Dellmann

Minister a.D.
- bis 31.12.2021 -

Jana Dost

Geschäftsführerin
der IHK Chemnitz,
Regionalkammer Erzgebirge

Dr. Armin Eichholz

Vorsitzender der Geschäftsführung
der Mitteldeutsche
Braunkohlengesellschaft mbH

Jens Graf

Geschäftsführer
des Städte- und Gemeindebundes
Brandenburg e.V.

Dr. Dietlind Hagenau

Bürgermeisterin der Stadt Leuna

Prof. Dr. Ludwig Hilmer

Rektor der Hochschule Mittweida

André Jacob

Geschäftsführer
Sächsischer Landkreistag e.V.

Lars Kluge

Oberbürgermeister
der Stadt Hohenstein- Ernstthal

Uwe Kramer

Mitglied des Gemeinsamen Betriebsrates
Chemnitz der enviaM, MITGAS, MITNETZ
STROM und MITNETZ GAS

Andreas Kretschmar

Oberbürgermeister der Stadt Oschatz

Thomas Kröber

Vorsitzender des Gesamtbetriebsrates der
envia TEL GmbH
- bis 31.10.2021 -

Steffen Kunnig

Bürgermeister
der Gemeinde Kabelsketal

Carmen Künzel

Bürgermeisterin der Gemeinde Neuensalz

Hendrik Läbe

Bürgermeister der Gemeinde Nobitz

Dr. Gabriela Lantzsch

Bürgermeisterin der Gemeinde Großpösna

Jürgen Leindecker

ehemaliger Landesgeschäftsführer des
Städte- und Gemeindebundes
Sachsen-Anhalt
- bis 30.06.2021 -

Prof. Dr. Thomas Lenk

Direktor Kompetenzzentrum öffentliche
Wirtschaft und Daseinsvorsorge
der Universität Leipzig

Udo Mänicke

Bürgermeister der Stadt Freyburg/Unstrut

Tobias Meier

Bürgermeister der Stadt Taucha

Frank Neumann

stellvertretender Bürgermeister
der Stadt Lübben

Ralf Oberdorfer

ehemaliger Oberbürgermeister
der Stadt Plauen
- bis 31.08.2021 -

Prof. Dr. Mario Ragwitz

Leiter der Fraunhofer-Einrichtung für
Energieinfrastrukturen und Geothermie IEG
- seit 01.05.2021 -

Ralf Rettig

Bürgermeister der Gemeinde Südharz

Joachim Rudler

Bürgermeister der Stadt Grünhain-Beierfeld

Enrico Schilling

Bürgermeister
der Stadt Gräfenhainichen

Prof. Dr. Ina Schieferdecker

Leiterin der Abteilung 5 (Forschung für
Digitalisierung und Innovation) im Bundes-
ministerium für Bildung und Forschung

Holger Schulz

Bürgermeister der Stadt Zwenkau

Werner Suchner

Bürgermeister der Stadt Calau

Dr. Lothar Stahl

Ortsbürgermeister von Reuden,
Gemeinde Elsteraue

Dr. Jesko Vogel

ehemaliger Oberbürgermeister
der Stadt Limbach- Oberfrohna
- bis 30.09.2021 -

Uwe Weigelt

Bürgermeister
der Gemeinde Lossatal

Mischa Woitscheck

Geschäftsführer des Sächsischen Städte- und
Gemeindetages e. V.

André Wolf

Bürgermeister der Stadt Penig
- seit 01.11.2021 -

Lagebericht

zum 31. Dezember 2021

envia Mitteldeutsche Energie AG,

Chemnitz

Grundlagen des Unternehmens

Unternehmenszweck. Die envia Mitteldeutsche Energie AG mit Sitz in Chemnitz (im Folgenden auch kurz „enviaM“ oder „Gesellschaft“ genannt) ist ein vertikal integrierter Energiedienstleister. Die Gesellschaft hält zahlreiche Beteiligungen. enviaM und ihre Beteiligungen nehmen im Wesentlichen die Aufgaben Erzeugung, Verteilung, Handel und Vertrieb von Strom, Gas, Wärme, Telekommunikation und Energiedienstleistungen wahr. Letztere betreffen Dienstleistungen auf den Gebieten der Umwelt, der Energieeffizienz, der Immobilienwirtschaft, der Mobilität, der Digitalisierung sowie der Vermietung von Fahrzeugen und damit eine Vielzahl von Infrastrukturdienstleistungen.

Tätigkeitsschwerpunkt der Gesellschaft ist der Vertrieb von Energie und den damit verbundenen Dienstleistungen. Zudem ist enviaM Eigentümerin eines Elektrizitätsverteilernetzes und verpachtet dieses im Wesentlichen an die Mitteldeutsche Netzgesellschaft Strom mbH (im Folgenden auch kurz „MITNETZ STROM“ genannt), an der enviaM 100 % der Anteile hält.

Anteilseignerstruktur. Die innogy SE, Essen, die mittelbar zu 100 % zur E.ON SE, Essen, gehört, sowie deren mittelbare Beteiligungsgesellschaften E.ON Vermögensverwaltungs GmbH und enviaM Beteiligungsgesellschaft mbH sind mit insgesamt 57,90 % mehrheitlich an enviaM beteiligt. Die verbleibenden Anteile in Höhe von 42,10 % befinden sich in kommunaler Hand.

Wirtschaftsbericht

Allgemeine Wirtschafts- und Branchenentwicklung

Deutsche Wirtschaft erholt sich trotz andauernder Pandemie und Lieferengpässen. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) war im Jahr 2021 nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes um 2,7 Prozent höher als im Jahr 2020. Die konjunkturelle Entwicklung war auch im Jahr 2021 stark abhängig vom Corona-Infektionsgeschehen und den damit einhergehenden Schutzmaßnahmen. Trotz der andauernden Pandemiesituation und zunehmender Liefer- und Materialengpässe konnte sich die deutsche Wirtschaft nach dem Einbruch im Vorjahr erholen, wenngleich die Wirtschaftsleistung das Vorkrisenniveau noch nicht wieder erreicht hat. Im Vergleich zum Jahr 2019, dem Jahr vor Beginn der Corona-Pandemie, war das BIP 2021 noch um 2,0 Prozent niedriger. *[Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung vom 14.01.2022]*

Stromverbrauch nahezu wieder auf Vor-Corona-Niveau. Der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e. V. (BDEW) prognostizierte für das Geschäftsjahr 2021 einen Anstieg des Stromverbrauches um 2,8 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Dies ist vor allem auf die konjunkturelle Erholung zurückzuführen. Das Zurückfahren der Industrieproduktion und die Corona-Lockdowns hatten den Bruttostromverbrauch im Jahr 2020 sinken lassen. Nun bewegt sich der Verbrauch wieder nahezu auf dem Niveau des Vor-Corona-Jahres 2019. Auf lange Sicht geht der BDEW allerdings von einem deutlichen Anstieg des Stromverbrauchs durch den steigenden Bedarf durch Elektroautos, Wärmepumpen und die Wasserstoffproduktion aus. *[BDEW Jahresbericht 20. Dezember 2021]*

Gesetzlicher Ordnungsrahmen. Im Geschäftsjahr 2021 waren folgende energiewirtschaftliche Gesetzesänderungen von besonderer Bedeutung für enviaM.

Zum 1. Januar 2021 ist das novellierte Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG 2021) in Kraft getreten. Mit diesem Gesetz wurde das EEG 2017 grundlegend novelliert. Einer der wichtigsten Inhalte ist das Ziel der Treibhausgasneutralität. Erstmals wird das Ziel der Treibhausgasneutralität noch vor dem Jahr 2050 in der Stromversorgung gesetzlich verankert. Darüber hinaus wird mit dem EEG 2021 das Klimaschutzprogramm 2030 umgesetzt. Die erneuerbaren Energien sollen im Jahr 2030 65 % des deutschen Stromverbrauchs bereitstellen. Dazu werden neue Ausschreibungsmengen festgeschrieben, die den Ausbau der erneuerbaren Energien beschleunigen sollen. Die Gesetzesnovelle sieht im Übrigen eine weitere Dämpfung der Kostenentwicklung vor, u. a. wurden Anpassungen der Ausschreibungen für Windenergie an Land, Solaranlagen und Biomasseanlagen vorgenommen. Des Weiteren wurden Maßnahmen zur Akzeptanz des weiteren Ausbaus der erneuerbaren Energien durch Schaffung von Möglichkeiten einer finanziellen Beteiligung der Kommunen beim Ausbau der Windenergie an Land eingeführt. Die Netz- und Marktintegration wurde gestärkt, indem ein Netzausbau-Controlling etabliert wurde, wodurch der Netzausbau deutlich vorankommen wird. Für Anlagen, deren gesetzlicher Förderzeitraum endet, bleibt der Anspruch auf vorrangige Einspeisung auch nach Ablauf der Förderdauer bestehen und die Anlagenbetreiber können ihren Strom direkt vermarkten.

Das am 28. März 2020 befristet in Kraft getretene „Gesetz zur Abmilderung der Folgen der COVID-19-Pandemie im Zivil-, Insolvenz- und Strafverfahrensrecht“ (COVID-19-Gesetz) wurde zuletzt durch das am 15. September 2021 in Kraft getretene Änderungsgesetz bis zum 31. August 2022 verlängert. Das Artikelgesetz regelt in Artikel 2 Maßnahmen im Gesellschafts-, Vereins-, Stiftungs- und Wohnungseigentumsrecht zur Bekämpfung der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie und bot die Grundlage, die Hauptversammlung der enviaM auch im Jahr 2021 im Wege der elektronischen Kommunikation durchzuführen. Dadurch konnte enviaM die Dividende zeitlich wie geplant an die Anteilseigner ausschütten

Am 20. Juli 2021 ist die Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes in Kraft getreten. Mittels dieser Novelle wurden die Ausschreibungsmengen für Windenergieanlagen an Land auf vier GW und für Photovoltaik auf sechs GW angehoben. Zugleich wurde die Möglichkeit geschaffen, Kommunen auch an Photovoltaik -Freiflächenanlagen finanziell zu beteiligen. Zudem wurden die Ausschreibungsverfahren zur Anschlussförderung für Windenergieanlagen an Land gestrichen.

Am 27. Juli 2021 ist das Gesetz zur Umsetzung unionsrechtlicher Vorgaben und zur Regelung reiner Wasserstoffnetze im Energiewirtschaftsrecht (EnWG 2021) in Kraft getreten. Das Gesetz ändert neben dem EnWG unter anderem auch das EEG 2021, das Kraft-Wärme-Kopplungs-Gesetz (KWKG 2020) und das Messstellenbetriebsgesetz (MsbG) sowie verschiedene Verordnungen im Bereich des Energiewirtschaftsrechts (z. B. Netzzugangs- und Netzentgeltverordnungen).

Im EnWG wurden u. a. neue Transparenzregelungen und Veröffentlichungspflichten der Regulierungsbehörden aufgenommen. Diese ersetzen und erweitern die bislang in der Anreizregulierungsverordnung (ARegV) enthaltenen Vorgaben. Weiterhin gab es umfangreiche Neuerungen zu den Bestandteilen und Pflichten in Strom- und Gasrechnungen. Die Änderungen betreffen insbesondere Regelungen zu den Abrechnungsbedingungen und der Darstellung von Verbrauchsinformationen. Außerdem wurde der Katalog der Informationspflichten im Zusammenhang mit der Abrechnung erweitert. Die Abrechnungsvorgaben gelten gegenüber jedem Letztverbraucher und unterscheiden nicht zwischen Haushaltskunden und Gewerbe bzw. Großkunden. Sie gelten innerhalb und außerhalb der Grundversorgung gleichermaßen, wobei im Zuge der Änderung der Strom-/GasGKV entweder auf die einzelnen Regelungen Bezug genommen wird oder der Gesetzestext unverändert übernommen wurde.

Zudem wurden u. a. Wasserstoff als dritter Energieträger sowie eine Definition von Energiespeicheranlagen neu hinzugefügt. Die Regulierung von Gas- und Wasserstoffnetzen soll getrennt erfolgen. Grüner Strom, der zur Wasserstoffelektrolyse eingesetzt wird, soll für bis zu 5000 Betriebsstunden von der EEG-Umlage befreit werden. Für Verteilernetzbetreiber ist gesetzlich geregelt, dass der Ladepunktbetrieb grundsätzlich verboten ist. Eine Ausnahme gilt aber für Ladepunkte zum Eigengebrauch.

Im Zuge der Entscheidung zum EnWG hat es auch einige wesentliche Verbesserungen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien gegeben. So werden neben dem Anheben des Ausschreibungsvolumens für Wind an Land und Photovoltaik künftig nicht bezuschlagte Volumina bereits im Folgejahr zusätzlich neu ausgeschrieben. Vorgesehen ist zudem die weitere Absenkung der EEG-Umlage in den kommenden Jahren durch Kostentragung aus dem Bundeshaushalt.

Im MsbG erfolgten Klarstellungen, die die Grundlage für den rechtssicheren stufenweisen Rollout von intelligenten Messsystemen bieten. Bei den übrigen gesetzlichen Anpassungen handelt es sich überwiegend um Folgeänderungen oder die Änderungen sind redaktioneller Art.

Zum 1. Juli 2021 trat ein Großteil des „Gesetzes für faire Verbraucherverträge“ in Kraft, welches die Verbraucherrechte stärken soll. Lieferverträge für Strom und Gas können damit nicht mehr allein telefonisch abgeschlossen werden. Sie bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Textform.

Bereits am 12. Juli 2020 ist die Taxonomie Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates in Kraft getreten. Diese Verordnung enthält die Kriterien zur Bestimmung, ob eine Wirtschaftstätigkeit als ökologisch nachhaltig einzustufen ist. Sie soll dazu dienen, Investitionen in grüne und nachhaltige Projekte zu fördern und damit einen Beitrag zum Europäischen Grünen Deal leisten. Ab dem 1. Januar 2022 haben Unternehmen, welche unter die nichtfinanzielle Berichterstattung fallen, die Pflicht, jährlich über die Nachhaltigkeit der gesamten Geschäftstätigkeit zu berichten.

Die Verordnung zur Änderung der Anreizregulierungsverordnung (ARegV) und der Stromnetzentgeltverordnung (StromNEV) sind am 31. Juli 2021 in Kraft getreten. Damit werden u. a. die Abgabefrist und die Abwicklung des Regulierungskontos geändert. Maßgeblich ist insbesondere auch die Neuregelung des Eigenkapitalzinssatzes II. Infolgedessen sinkt dieser von 2,72 % auf 1,72 % ab der vierten Regulierungsperiode im Jahr 2024. Für Gas sinkt er von 3,04 % auf 2,04 % ab der vierten Regulierungsperiode im Jahr 2023.

Zum 31. August 2021 trat die Novellierung des Klimaschutzgesetzes in Kraft. Die darin enthaltenen Regelungen zur Senkung der Treibhausgasemissionen wurden aufgrund der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes deutlich verschärft. Deutschland verpflichtet sich darin, bereits 2045 klimaneutral zu sein. Bis 2030 sollen 65 % und bis 2040 88 % der CO₂-Emissionen im Vergleich zu 1990 eingespart werden.

Außerdem ist am 3. November 2021 die Dritte Verordnung zur Änderung der MessEV in Kraft getreten. Die Verordnung bringt u.a. Erleichterungen bei der Verrechnung von Messwerten im Energiebereich.

Entwicklung der Großhandelspreise für Strom. Das Geschäftsjahr 2021 war in der ersten Jahreshälfte vor allem aufgrund der Corona-Pandemie von einer sehr volatilen Marktlage geprägt. In der zweiten Jahreshälfte führte insbesondere der extreme Preisanstieg am Gasmarkt zu einer deutlichen Verteuerung am Strommarkt. So erhöhte sich der Terminmarktpreis für die Megawattstunde (MWh) Grundlaststrom für das Lieferjahr 2022 an der Strombörse European Power Exchange auf durchschnittlich 88,42 € pro MWh (2020: 40,17 € pro MWh). Der Preis für Spitzenlaststrom verteuerte sich im Geschäftsjahr auf durchschnittlich 107,23 € pro MWh (2020: 49,07 € pro MWh). Insgesamt führte auch ein stark gestiegener CO₂-Preis im Jahr 2021 zu einer deutlichen Verteuerung der Energieerzeugung. Ein dramatischer Anstieg der Gaspreise zum Ende des Geschäftsjahres führte zu Terminmarktpreisen Grundlaststrom für das Lieferjahr 2022 von teils über 300 € pro MWh (letzter Terminmarktpreis Grundlaststrom für Lieferjahr 2021: 219,88 € pro MWh).

Geschäftsentwicklung im Jahr 2021

Dynamisches Marktumfeld. enviaM agiert in einem weiterhin sehr dynamischen Markt- und Wettbewerbsumfeld. Ihr unternehmerisches Handeln wird stark von der Energiewende und einem anhaltend intensiven Wettbewerb um Kunden und Konzessionen geprägt. Alle Energieversorger, so auch enviaM, stehen vor den Herausforderungen, ein wettbewerbsfähiges Produkt- und Dienstleistungsportfolio sowie vielfältige Unterstützung für den effizienten Einsatz von Energie anzubieten. Digitale Lösungen gewinnen dabei zunehmend an Bedeutung. Ein klares Zielbild für das Jahr 2030 und eine Unternehmensstrategie, welche einen Weg zum führenden Energie- und Infrastrukturdienstleister in Ostdeutschland aufzeigt, schaffen enviaM und ihren Mitarbeitenden die erforderliche Orientierung, in diesem dynamischen Umfeld das Bestandsgeschäft zu transformieren und neue Wachstumsthemen zu besetzen.

Vertriebsgeschehen. Die Kundenzahlen im Segment Privat- und Gewerbekunden (B2C) der enviaM sind im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Dies ist begründet durch höhere Akquisen. In den Segmenten Geschäftskunden und Weiterverleiher des Business-to-Business Vertriebes (B2B) blieb die Wettbewerbssituation gegenüber den Vorjahren weiterhin angespannt.

Durch das Projekt „Evolution B2B Vertrieb“ erfolgte eine Optimierung und Neuaufstellung des B2B Vertriebes der enviaM-Gruppe. Hierbei wurden nachhaltig aussichtsreiche B2B Teilgeschäftsfelder identifiziert, um diese unter Berücksichtigung einer Verzahnung mit dem B2C Vertrieb langfristig robust aufzustellen.

Produkt- und Dienstleistungspalette. Der Vertrieb von Strom an Privat- und Gewerbekunden, Geschäftskunden sowie Weiterverleiher und Kommunen ist nach wie vor das vertriebliche Hauptgeschäftsfeld von enviaM. Daneben ist enviaM ein anerkannter Partner bei Angeboten zur dezentralen Energieerzeugung. Energiedienstleistungen, wie Angebote zur Vermarktung von Strom aus erneuerbaren Energien sowie digitale Kundenanwendungen und Konzepte zur Erhöhung der Energieeffizienz runden die Produkt- und Dienstleistungspalette ab. Mit dem sich deutlich beschleunigenden Rollout neuer Messtechniken rückt die Entwicklung damit verbundener digitaler Dienstleistungen und Mehrwerte noch stärker in den Fokus.

Entwicklung des Strompreises. Die Strompreise für Endkunden in Deutschland bewegen sich im europäischen Vergleich weiterhin auf einem hohen Niveau. Dabei können rückläufige Steuern, Abgaben und Umlagen auf der einen Seite die steigenden Beschaffungskosten und Netzentgelte auf der anderen Seite für den bestehenden Kundenbestand noch leicht überkompensieren. Die unerwartet stark gestiegenen Beschaffungskosten in den letzten Monaten des Jahres in Verbindung mit zusätzlichen Mengen für Neukunden können durch diese Effekte jedoch bei weitem nicht mehr ausgeglichen werden.

Nachdem die Corona-Krise den Anstieg der Beschaffungskosten für Strom der letzten Jahre bremsen konnte, verteuern sich die Energiekosten aktuell deutlich. Dies hat unter anderem folgende Gründe. Zum einen sind die Preise für CO₂-Zertifikate gestiegen. Zum anderen haben die Preise für fossile Brennstoffe angezogen. Beides lässt die Produktionskosten in die Höhe schnellen. Hinzu kommt, dass Ende 2021 mehrere Kernkraftwerke vom Netz gingen. Außerdem schwächelt witterungsbedingt die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien, hier vor allem aus Windenergie. Dies führt zu einem

sinkenden Stromangebot. Gleichzeitig hat dank der wirtschaftlichen Erholung im Zuge der Entspannung der Corona-Krise die Stromnachfrage, allen voran der Industrie, deutlich zugelegt.

Verantwortlich für den Abwärtstrend bei den Steuern, Abgaben und Umlagen ist vor allem der starke Rückgang der EEG-Umlage. Sie ist dank finanzieller Zuschüsse des Bundes auf den niedrigsten Stand seit zehn Jahren gesunken. Auch nach der Senkung der EEG-Umlage machen Steuern, Abgaben und Umlagen einen hohen Anteil am Verbrauchspreis für Privat- und Gewerbekunden aus. Sie sind maßgeblich dafür verantwortlich, dass Deutschland bei Privat- und Gewerbekunden die höchsten Strompreise in Europa hat.

Zum Jahreswechsel 2021/2022 senkte enviaM die Verbrauchspreise für Strom für Privat- und Gewerbekunden in der Grundversorgung und daran angelehnte Sonderprodukte im Netzgebiet der MITNETZ STROM.

Anders als die Verbrauchspreise steigen im neuen Jahr die Grundpreise für Strom. Von der Erhöhung der Grundpreise zum Jahreswechsel sind alle Privat- und Gewerbekunden von enviaM mit modernen Messeinrichtungen in der Grundversorgung und daran angelehnte Sonderprodukte im Netzgebiet der MITNETZ STROM betroffen.

Ursache für die Anpassung der Grundpreise sind die gestiegenen Kosten für den Messstellenbetrieb aufgrund der Einführung digitaler Stromzähler. Nach dem Willen des Gesetzgebers erhalten alle Stromkunden in Deutschland schrittweise bis 2032 digitale Stromzähler. Ziel ist eine bessere Transparenz und Kontrolle des Stromverbrauchs durch die Stromkunden. Sie sollen so angeregt werden, effizienter mit Strom umzugehen. Verbrauchsabhängig werden entweder moderne Messeinrichtungen oder intelligente Messsysteme eingebaut.

Netz. enviaM ist Eigentümerin eines Elektrizitätsverteilernetzes und verpachtet dieses im Wesentlichen an MITNETZ STROM. enviaM trägt die von MITNETZ STROM getätigten Investitionen im Verteilernetz der enviaM. Ostdeutschland ist vom energiewirtschaftlichen Umbauprozess in besonderer Weise betroffen. Der Wandel von konventioneller zu erneuerbarer Energieerzeugung schreitet hier mit hoher Geschwindigkeit voran. Mit einem rechnerischen Anteil der regenerativ erzeugten Energie von rund 99 % am Letztverbraucherabsatz im Netzgebiet von MITNETZ STROM liegt dieser schon heute über der mit 80 % definierten Zielstellung der Bundesregierung für das Jahr 2030. Der Ausbau der erneuerbaren Energien macht für MITNETZ STROM weiterhin umfangreiche Netzanpassungen erforderlich.

Im Geschäftsjahr 2021 erfolgten umfangreiche Wartungs- und Instandhaltungsmaßnahmen. Dies betraf im Hochspannungsnetz überwiegend Stahlbau- und Korrosionsschutzmaßnahmen, Isolatoren- und Armaturenwechsel sowie Leiterseilregulagen und Fundamentreparaturen.

Der Ausbau der erneuerbaren Energien machte weiterhin umfangreiche Netzanpassungen erforderlich. Wie in den vergangenen Jahren lag auch in 2021 der Investitionsschwerpunkt im Ausbau und der Verstärkung des Verteilernetzes für die Leistungsaufnahme und den Transport erneuerbarer Energien. Im gesamten Netzgebiet konnten wichtige Netzausbauvorhaben umgesetzt bzw. fortgeführt werden. Neue 110-kV-Transformatoren wurden in mehreren Umspannwerken

installiert. Ein neuer Trafolagerplatz für 110-kV-Transformatoren wurde aktuell im UW Crossen errichtet.

Im Mittel- und Niederspannungsnetz hat MITNETZ STROM ihre Infrastruktur weiter an die erhöhten Leistungsanforderungen angepasst und dabei den Verkabelungsgrad zur Verbesserung der Versorgungszuverlässigkeit der Ortsnetze erhöht. Wesentlicher Treiber für den Netzausbau blieb auch hier die stetig steigende Anzahl von Einspeisern Erneuerbarer Energien, gleichzeitig nahm die Anzahl der anzuschließenden Ladepunkte für Elektromobilität zu. Um die Sichtbarkeit und Steuerbarkeit im Mittel- und Niederspannungsnetz zu verbessern, wurde die Errichtung von modernen Ortsnetzstationen weiter fortgeführt. Dazu wurden in 2021 ca. 100 neue, nunmehr digitale Trafostationen im Netzgebiet errichtet. Neben der Fernsteuerbarkeit in der Mittelspannungsanlage stehen so auch entsprechende Messwerte aus der Niederspannungsseite der Trafostation zur Verfügung.

Die Corona-Pandemie bestimmte auch 2021 die Arbeiten im Netzbetrieb und den Netzbaumaßnahmen. Die im Jahr zuvor eingeführten Schutzmaßnahmen wurden entsprechend aufrechterhalten und den geltenden Rahmenbedingungen angepasst. Eine besondere Herausforderung bestand darin, die jeweiligen, länderspezifischen Anforderungen in das Arbeiten im gesamten Netzgebiet zu übernehmen und deren Einhaltung sicherzustellen. Das Krisenmanagement von MITNETZ STROM hat sich wiederum bewährt. Der sichere Netzbetrieb und alle betrieblichen Abläufe wurden unter Beachtung der geforderten Hygienemaßnahmen gewährleistet. Zu keinem Zeitpunkt kam es zu pandemiebedingten Einschränkungen in der Versorgung.

Eine besondere Herausforderung im Netzbetrieb brachte das Sturmtief „Ignatz“ am 21.10.2021. Über 300 Störungen im Netzgebiet von MITNETZ Strom führten leider dazu, dass einzelne Kunden auch von längeren Versorgungsunterbrechungen betroffen waren. Mit einer hohen Professionalität und Motivation der Mitarbeiter und Dienstleister konnte diese außergewöhnliche Situation gemeistert werden.

Während der Flutkatastrophe leistete MITNETZ Strom Unterstützung in den Hochwasserregionen in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz. So wurden zur Hilfe insgesamt 35 Netzmitarbeiter aus unterschiedlichen Regionen des MITNETZ STROM-Netzgebietes mit Einsatzfahrzeugen in die Flutregionen geschickt. Das Unternehmen unterstützt mit zehn Netzersatzanlagen und erforderlichen Arbeitsmaterial die Netzbetreiber vor Ort zur schnellstmöglichen Herstellung der elektrischen Infrastruktur.

Digitalisierung Messwesen. Der Rollout für moderne Messeinrichtungen und intelligente Messsysteme wurde im Jahr 2021 fortgesetzt. So wurden seit dem Rolloutstart über 400.000 moderne Messeinrichtungen und ca. 12.000 intelligente Messsysteme durch den grundzuständigen Messstellenbetreiber MITNETZ STROM im Netz installiert. Heute haben bereits ca. 25 % der Kunden eine moderne Messeinrichtung.

Wissenschaft, Forschung und Innovation. Die externen Treiber Nachhaltigkeit, Digitalisierung und Dezentralisierung stehen für enviaM im Fokus ihrer Aktivitäten im Bereich Forschung und Entwicklung. Insbesondere die Anforderungen an Nachhaltigkeit und der Bedarf an grünen Energien gewinnen zunehmend an Bedeutung.

Neben erneuerbarem Strom werden Grüne Gase als Speichermedium und Energieträger in allen Sektoren unverzichtbar. Aus diesem Grund beginnt enviaM mit ihren Tochterunternehmen, die Gasinfrastruktur für den Transport von Wasserstoff zu ertüchtigen. Weiterhin forciert sie die operative Ausgestaltung des Markthochlaufs von Wasserstoff und erarbeiten ein Positionspapier zum zukünftigen Geschäftsfeld. Damit möchte enviaM gemeinsam mit ihren Tochterunternehmen eine Vorreiterrolle in der Wasserstoff-Wirtschaft der Zukunft einnehmen und Wegbereiter eines klimaneutralen Umbaus der Industrie sein.

Darüber hinaus sind smarte Drohnenanwendungen in erfolgreicher Kooperation mit dem regionalen Start Up-Inkubator SpinLab sowie der Einsatz Künstlicher Intelligenz im Bereichen Assetmanagement und Umspannwerke weitere innovative Fokusthemen.

enviaM verfolgt weiterhin das ambitionierte Ziel, 2030 der führende Energie- und Infrastrukturdienstleister Ostdeutschlands zu sein. Wesentliche Schwerpunkte sind dabei der Ausbau und die Digitalisierung der Energienetze sowie der Netzanwendungen.

Die Digitalagenda der enviaM einschließlich ihrer Tochtergesellschaften ist nachhaltig als dauerhafter, transparenter Prozess etabliert und treibt - unter Einbezug aller Mitarbeiter - digitale Innovationen im Unternehmensverbund konsequent voran. Auch in der dritten Auflage konnten fünf Projekte erfolgreich initiiert werden.

Zunehmend finden Digitalisierung und Künstliche Intelligenz Anwendung in internen Prozessen und schaffen durch Daten- und Prozessanalysen neue Möglichkeiten zur Optimierung interner Abläufe, der Entscheidungsfindung und Unternehmensführung. So trägt das Potential der Digitalisierung in den Geschäftsprozessen zunehmend zur Wertschöpfung von enviaM bei.

Die erfolgte Digitalisierung des gesamten Dokumentenverkehrs und die Nutzung von Künstlicher Intelligenz ermöglichen darüber hinaus auch im administrativen Bereich eine grundlegende Digitalisierung der Geschäftsprozesse und standortunabhängiges Arbeiten.

Konzessionen als Grundlage der Partnerschaft. Gesicherte Konzessionen sind die Basis für das Netzgeschäft und die Partnerschaft von enviaM und den Kommunen. Das Vertrauen der Kommunen in die Leistungsfähigkeit von enviaM zeigt sich in den Neuabschlüssen von Konzessionsverträgen. Im Geschäftsjahr 2021 wurden trotz des anhaltend hohen Wettbewerbs Stromkonzessionsverträge mit einer Reihe von Kommunen abgeschlossen. Unter anderem wurden mit 20 Städten und Gemeinden in Sachsen mit 75.800 versorgten Einwohnern, 9 Städten und Gemeinden in Sachsen-Anhalt mit 55.700 versorgten Einwohnern, einer Stadt und einer Gemeinde in Brandenburg mit 12.400 versorgten Einwohnern sowie einer Stadt in Thüringen mit 8.700 versorgten Einwohnern neue Stromkonzessionsverträge abgeschlossen.

Geschäftsbetrieb in Corona Krise. Der Krisenregelbetrieb wurde auch in 2021 fortgeführt. Das Hauptaugenmerk lag dabei auf dem Schutz der Mitarbeiter und auf der Aufrechterhaltung der Arbeits- und Leistungsfähigkeit des Unternehmens. Den besonders kritischen Struktureinheiten (z.B. Schaltleitung, Portfoliomanagement, Lager) wurden frühzeitig Testmöglichkeiten vor Ort angeboten, indem ein Testmobil eingesetzt wurde. enviaM hat allen Mitarbeitern ein Impfangebot über den

betriebsmedizinischen Dienst unterbreitet, indem an verschiedenen Standorten Coronaschutzimpfungen durchgeführt wurden. Außerdem wurde überall dort, wo dies betrieblich möglich war, die Option zum Homeoffice eingeräumt, was von den Mitarbeitern angenommen wurde. Mit der Summe all dieser Maßnahmen ist es gelungen, Infektionsketten im Unternehmen zu vermeiden und damit jederzeit die volle Leistungsfähigkeit zu erhalten.

Zu den wirtschaftlichen Auswirkungen wird auf die Ausführungen im Abschnitt Ertragslage verwiesen.

Vermögenslage

	31.12.2021		31.12.2020	
	Mio. €	%	Mio. €	%
Aktiva				
Anlagevermögen	2.729,2	90,1	2.797,6	94,0
Vorräte	11,8	0,4	8,7	0,3
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	285,6	9,4	168,2	5,7
Flüssige Mittel	0,2	0,0	0,2	0,0
Übrige Aktiva	2,0	0,1	0,8	0,0
	3.028,8	100,0	2.975,5	100,0
Passiva				
Betriebswirtschaftliches Eigenkapital¹⁾	1.793,2	59,2	1.852,5	62,3
Fremdkapital				
lang- und mittelfristig	287,6	9,5	309,5	10,4
kurzfristig	948,0	31,3	813,5	27,3
	3.028,8	100,0	2.975,5	100,0

¹⁾ Eigenkapital abzüglich geplante Ausschüttung zuzüglich 70 % des Sonderpostens und der Baukostenzuschüsse

Die Bilanzkennzahlen entwickeln sich wie folgt:

	31.12.2021		31.12.2020		Veränderung %-Punkte
		%		%	
Verschuldungskoeffizient ¹⁾	68,9		60,6		8,3
Anlagendeckungsgrad ²⁾	81,8		86,7		-4,9

¹⁾ Verhältnis Fremdkapital zum betriebswirtschaftlichen Eigenkapital

²⁾ Verhältnis betriebswirtschaftliches Eigenkapital zum Anlagevermögen ohne Wertpapiere des Anlagevermögens

Das Gesamtvermögen der enviaM hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 53,3 Mio. € erhöht. Wesentliche Ursache dafür ist der Anstieg der Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände. Diese Entwicklung ist insbesondere auf die Erhöhung der Forderungen gegen verbundene Unternehmen aus Finanzierung und auf den infolge der Umsetzung des BEHG gestiegenen Bestand an Zertifikaten zurückzuführen. Gegenläufig wirkt die insbesondere auf den Verkauf von Spezialfonds zurückzuführende Verminderung des Anlagevermögens.

Der Anstieg des kurzfristigen Fremdkapitals betrifft hauptsächlich Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen aus Verlustübernahmeverpflichtungen und erhaltenen Anzahlungen im Zusammenhang mit dem BEHG.

Unter Berücksichtigung der geplanten Ausschüttung und des gegenüber dem Vorjahr geringeren Jahresüberschusses ist das betriebswirtschaftliche Eigenkapital von 1.852,5 Mio. € im Vorjahr auf 1.793,3 Mio. € im Berichtsjahr gesunken. Damit ist der Verschuldungskoeffizient um 8,3 %-Punkte gestiegen. Demzufolge verringert sich der Anlagendeckungsgrad um 4,9 %-Punkte.

Finanzlage

Kapitalflussrechnung

	2021	2020
	Mio. €	Mio. €
Jahresüberschuss	139,5	342,7
Abschreibungen des Anlagevermögens	96,9	117,3
Zuschreibungen des Anlagevermögens	-0,9	-90,4
Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen und Erträge	-16,9	-41,2
Gewinne/Verluste aus dem Abgang von Anlagevermögen	-10,6	-74,6
Zinsaufwendungen/Zinserträge	11,9	17,9
Sonstige Beteiligungserträge und -aufwendungen	50,4	-30,0
Veränderungen der Rückstellungen	-22,2	-19,2
Veränderungen bei sonstigen Bilanzposten (die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind)		
Vorräte, Forderungen sowie andere Aktiva	-61,3	22,3
Verbindlichkeiten sowie andere Passiva	52,0	2,3
Ertragsteueraufwand/-ertrag	16,4	90,4
Ertragsteuerzahlungen	-32,8	-71,8
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	222,4	265,7
Einzahlungen aus Investitionszuschüssen	0,1	0,4
Einzahlungen/Rückzahlungen von Hausanschlusskosten und Baukostenzuschüssen	0,3	0,1
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens	0,8	2,4
Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-19,9	-22,0
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	7,2	293,0
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-128,4	-162,4
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	252,4	127,5
Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-135,3	-365,0
Saldo der Ein- bzw. Auszahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition (Cash-Management)	-101,8	0,9
Ein- und Auszahlungen aus Ergebnisabführungsverträgen	26,9	0,0
Erhaltene Zinsen	4,3	2,0
Erhaltene Dividenden	31,9	22,4
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-61,5	-100,7
Auszahlungen an Anteilseigner	-161,3	-161,3
gezahlte /erhaltene Zinsen	0,3	-4,0
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-161,0	-165,3
Veränderung des Finanzmittelbestandes	-0,1	-0,3
Finanzmittelbestand zum Jahresanfang	0,3	0,6
Finanzmittelbestand zum Jahresende	0,2	0,3

Die Kapitalflussrechnung wird in Anlehnung an den Deutschen Rechnungslegungsstandard (DRS) 21 erstellt.

Der Saldo aus Ergebnisabführungsverträgen wird im Geschäftsjahr 2021 im Cashflow aus Investitionstätigkeit (im Vorjahr: Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit) ausgewiesen.

Kumulativ zu dem ausgewiesenen Finanzmittelbestand zum Jahresende sind noch die im Anlagevermögen langfristig gehaltenen, kurzfristig veräußerbaren Wertpapiere des Anlagevermögens in Höhe von 537,9 Mio. € (im Vorjahr: 661,0 Mio. €) abzüglich des zum Bilanzstichtag bestehenden negativen Saldos aus Cash-Pool-Forderungen und Cash-Pool-Verbindlichkeiten in Höhe von insgesamt 310,5 Mio. € (im Vorjahr: 412,4 Mio. €) zu berücksichtigen. Damit ergibt sich eine zusätzliche Liquiditätsreserve von 227,4 Mio. € (im Vorjahr: 248,6 Mio. €).

Ertragslage

	2021		2020	
	Mio €	%	Mio €	%
Umsatzerlöse	2.148,8	95,0	2.107,7	87,9
Andere betriebliche Erträge	112,4	5,0	289,4	12,1
Betriebliche Erträge	2.261,2	100,0	2.397,1	100,0
Materialaufwand	-1.774,5	-78,5	-1.732,4	-72,3
Personalaufwand	-67,0	-3,0	-65,6	-2,7
Abschreibungen	-96,9	-4,3	-117,3	-4,9
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-133,2	-5,9	-145,9	-6,1
Betriebliche Aufwendungen	-2.071,6	-91,6	-2.061,2	-86,0
Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit	189,6	8,4	335,9	14,0
Ergebnis Finanzanlagen	-21,3	-0,9	115,8	4,8
Zinsergebnis	-11,9	-0,5	-17,9	-0,7
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	156,4	6,9	433,8	18,1
Steuern	-16,4	-0,7	-90,4	-3,8
Sonstige Steuern	-0,5	0,0	-0,7	0,0
Jahresüberschuss	139,5	6,2	342,7	14,3

(rundungsbedingte %-Abweichungen möglich)

Ergebnis. Die Verminderung des Jahresüberschusses um 203,2 Mio. € ist hauptsächlich auf die gesunkenen anderen betrieblichen Erträge und auf das gesunkene Ergebnis aus Finanzanlagen zurückzuführen. Während in den anderen betrieblichen Erträgen insbesondere im Vorjahr Einmaleffekte zu verzeichnen waren, sind im Ergebnis aus Finanzanlagen im Berichtsjahr Einmaleffekte aus Verlustübernahme zu erkennen. Diese Faktoren führen zu geringeren Erträgen, die auch eine Reduzierung des Steueraufwandes bewirken.

In der Sparte Strom belaufen sich die Umsatzerlöse vor Stromsteuer auf 1.774,0 Mio. € (im Vorjahr: 1.775,8 Mio. €). Die Verminderung um 1,8 Mio. € resultiert im Wesentlichen aus dem Saldo von höheren Vertriebshandelserlösen, höheren Erlösen im Segment Privat- und Gewerbekunden sowie gegenläufig geringeren Erlösen im Segment Geschäftskunden. Die höheren Vertriebshandelserlöse resultieren aus deutlich gestiegenen Großhandelspreisen. Der Anstieg der Erlöse bei Privat- und Gewerbekunden sowie der Rückgang bei Geschäftskunden ist im Wesentlichen absatzmengenbedingt.

Die Erhöhung der Umsatzerlöse vor Energiesteuer in der Sparte Gas auf 36,5 Mio. € (im Vorjahr: 3,8 Mio. €) resultiert hauptsächlich aus dem in 2021 begonnenen Handel mit CO₂-Zertifikaten auf der Grundlage des BEHG.

Es wurden sonstige Umsatzerlöse in Höhe von 428,2 Mio. € (im Vorjahr: 419,9 Mio. €) erzielt. Die Erhöhung um 8,3 Mio. € ist insbesondere auf gestiegene Erlöse aus IT-Dienstleistungen zurückzuführen. Dem entgegen wirken geringere Erlöse aus der Verpachtung des Stromnetzes.

Die anderen betrieblichen Erträge beinhalten die sonstigen betrieblichen Erträge, die Bestandsveränderung und die anderen aktivierten Eigenleistungen. Sie summieren sich auf 112,4 Mio. € (im Vorjahr: 289,4 Mio. €). Der Rückgang um 177,0 Mio. € resultiert im Wesentlichen aus der Reduzierung der nachstehend aufgeführten Erträge:

- Zuschreibungen auf Finanzanlagen (90,3 Mio. €),
- Erträge aus dem Abgang von immateriellen Vermögensgegenständen und Sachanlagen (77,6 Mio. €) und
- Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (18,0 Mio. €).

Die Erhöhung des Materialaufwandes um 42,1 Mio. € ist hauptsächlich auf den in 2021 erstmalig erfolgten Bezug von CO₂-Zertifikaten im Rahmen des BEHG (26,2 Mio. €) zurückzuführen. Weiterhin trugen höhere Strombeschaffungskosten bedingt durch die deutlich gestiegenen Großhandelspreise wesentlich zur Erhöhung des Materialaufwandes bei.

Die Abschreibungen des Berichtsjahres liegen um 20,4 Mio. € unter den Abschreibungen des Vorjahres. Wesentliche Ursachen dafür sind die Reduzierung des Sachanlagebestandes infolge der Anlageverkäufe im Vorjahr und der Wechsel von der degressiven auf die lineare Abschreibungsmethode im Berichtsjahr.

Die Verminderung der sonstigen betrieblichen Aufwendungen um 12,7 Mio. € liegt insbesondere in geringeren Aufwendungen für Struktur- und Anpassungsmaßnahmen begründet.

Das Ergebnis aus Finanzanlagen ist um 137,1 Mio. € gesunken. Dieser Rückgang resultiert hauptsächlich aus geringeren Erträgen aus Gewinnabführungsverträgen und betrifft im Wesentlichen den Gewinnabführungsvertrag mit MITNETZ STROM.

Die Ergebniseffekte führen im Vergleich zum Vorjahr auch zu einer Reduzierung des Steueraufwandes (74,0 Mio. €).

Insgesamt entsprach der Verlauf des Geschäftsjahres den Erwartungen.

Stromaufkommen und -abgabe

Stromaufkommen. Das Stromaufkommen betrug im Berichtsjahr 15.955 GWh (im Vorjahr: 18.941 GWh) und wurde vollständig aus Fremdstrombezügen gedeckt. Der Fremdstrombezug erfolgte größtenteils über die E.ON Portfolio Solutions GmbH, München.

In der Position „Sonstige“ in Höhe von 7.474 GWh (im Vorjahr 7.897 GWh) sind der Bezug von der envia THERM GmbH, Bitterfeld-Wolfen, der Vattenfall Energy Trading GmbH, Hamburg, der Bezug über die Strombörse European Energy Exchange, Leipzig, Vertriebshandelsgeschäfte mit Dritten, Kraftwerksstrom von Dritten sowie Bezug aus EEG-Anlagen von Dritten im Rahmen der EEG-Direktvermarktung zusammengefasst.

Stromaufkommen

	2021 GWh	2020 GWh
E.ON Portfolio Solutions GmbH/E.ON Energie Deutschland GmbH/innogy SE	8.481	11.044
Sonstige	7.474	7.897
	15.955	18.941

Stromabgabe. Im Berichtszeitraum betrug die nutzbare Stromabgabe 15.946 GWh (im Vorjahr: 18.931 GWh). Ursache des Rückgangs im Vorjahresvergleich sind vor allem Absatzrückgänge in den Segmenten Weiterverteilern/Vertriebshandel sowie Geschäftskunden. Der Rückgang im Segment Weiterverteilern/Vertriebshandel resultiert im Wesentlichen aus einer geringeren Auslastung der Rahmenverträge mit Weiterverteilern sowie geringeren Absatzmengen im Vertriebshandel.

Die Summe der Absätze an Privat-, Gewerbe- und Geschäftskunden betrug im Geschäftsjahr 5.656 GWh (im Vorjahr: 6.320 GWh). Der Rückgang resultiert überwiegend aus Absatzrückgängen im Segment Geschäftskunden. Hier konnten höhere Kundenverluste durch Akquisen nicht vollständig kompensiert werden. Weiterhin trugen auch auslaufende Verträge bei KeyAccount-Kunden zum niedrigeren Absatz im Segment Geschäftskunden bei. In der Planung für das Geschäftsjahr 2021 war enviaM von einem Stromabsatz für Privat-, Gewerbe-, Geschäftskunden von rund 6.808 GWh ausgegangen. Im Vergleich zur Planung ergibt sich somit hierfür ein Rückgang im Stromabsatz für das Geschäftsjahr 2021 um ca. 17 %.

Stromabgabe¹⁾

	2021 GWh	2020 GWh
Privat- und Gewerbekunden	2.905	2.680
Geschäftskunden	2.751	3.640
Weiterverteilern/Vertriebshandel	10.290	12.611
	15.946	18.931

¹⁾ ohne Betriebsverbrauch

Investitionen

Immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen. Die Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen betragen 148,3 Mio. € (im Vorjahr: 189,4 Mio. €). Insbesondere wurden erneut umfangreiche Investitionsmaßnahmen in die Netzinfrastruktur durchgeführt, um die Aufnahme von Strom aus erneuerbaren Energien sicherzustellen und jederzeit eine zuverlässige Energieversorgung zu gewährleisten. Darüber hinaus bildeten der Ersatzneubau und die Fortführung des Neubaus von 110 kV-Leitungen Schwerpunkte der Maßnahmen im Hochspannungsleitungsnetz. Die Investitionen lagen nahezu auf dem Niveau der Prognose für 2021 von 154,0 Mio. €.

Finanzinvestitionen. Die Finanzinvestitionen in Höhe von 162,4 Mio. € (im Vorjahr: 365,0 Mio. €) betrafen mit 37,9 Mio. € (im Vorjahr: 291,2 Mio. €) Anteile an verbundenen Unternehmen, mit 119,7 Mio. € (im Vorjahr: 73,4 Mio. €) Ausleihungen, mit 4,9 Mio. € (im Vorjahr: 0,3 Mio. €) Beteiligungen und mit 0,0 Mio. € (im Vorjahr: 0,1 Mio. €) Ausleihungen an Beteiligungen.

Beteiligungen

Zum 31. Dezember 2021 ist enviaM an 67 Gesellschaften in direkter Form beteiligt. Daneben bestehen mittelbare Beteiligungen.

Veränderungen im Beteiligungsportfolio. Die bestehende Kooperation zwischen enviaM und den drei Städten Crimmitschau, Lichtenstein und Stollberg wurde auf eine neue Grundlage gestellt. In diesem Zusammenhang wurde die VWS Verbundwerke Südwestsachsen GmbH auf die enviaM verschmolzen und zwei Netzkooperationsmodelle errichtet. Gemeinsam mit den Städten Crimmitschau und Lichtenstein wurde die Netzgesellschaft Crimmitschau-Lichtenstein Netz GmbH & Co. KG gegründet. Mit der Stadt Stollberg erfolgte diesbezüglich die Gründung der Stollberg Netz GmbH & Co. KG.

Im Geschäftsjahr hat die enviaM 51 % der Anteile an der Macherner Bau- und Elektrogesellschaft mbH erworben.

Festigung der Partnerschaft mit kommunalen EVU. Im Geschäftsjahr konnten die bereits in den Vorjahren etablierten Partnerschaftsmodelle erfolgreich fortgesetzt werden.

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Finanzielle Leistungsindikatoren. Zur Steuerung der Unternehmensaktivitäten im Hinblick auf die Unternehmensziele nutzt enviaM verschiedene Kennzahlen. Als wesentliche Steuerungsgrößen im finanzbezogenen Bereich werden das betriebliche Ergebnis nach IFRS und die Höhe der Investitionen verwendet.

Betriebliches Ergebnis nach IFRS. Der Jahresüberschuss nach HGB wird wie folgt auf das betriebliche Ergebnis nach IFRS übergeleitet:

	2021	2020
	Mio. €	Mio. €
Jahresüberschuss (HGB)	139,5	342,7
Sonstige Steuern (HGB)	0,5	0,7
Ergebnis nach Steuern (HGB)	140,0	343,4
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag (HGB)	16,4	90,4
Finanzergebnis (HGB)	-17,2	-5,5
Betriebliches Ergebnis / EBIT (HGB)	139,2	428,3
Überleitung (HGB / IFRS)	38,0	-137,1
Betriebliches Ergebnis / EBIT (IFRS)	177,2	291,2

Die Überleitung des betrieblichen Ergebnisses nach HGB zum betrieblichen Ergebnis nach IFRS resultiert neben laufenden Effekten wie aus der Abschreibung des Sachanlagevermögens (16,3 Mio. €) und der Auflösung des Sonderpostens (-7,5 Mio. €) im Wesentlichen aus Einmal-effekten infolge von Verschmelzungs- und Einbringungsvorgängen (31,6 Mio. €).

In der Prognose für das Geschäftsjahr 2021 war enviaM von einem betrieblichen Ergebnis (IFRS) von rund 215 Mio. € ausgegangen.

Gegenüber dem Vorjahr ist das betriebliche Ergebnis (IFRS) um 114,0 Mio. € gesunken. Diese Entwicklung ist hauptsächlich auf den Rückgang des Ergebnisses aus Gewinnabführungsverträgen zurückzuführen.

Investitionen. Das Netzgeschäft des Unternehmens ist anlagenintensiv. Die optimale Höhe an Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen bildet daher eine weitere Zielgröße bei enviaM. Die Entwicklung der Investitionen ist im Abschnitt „Investitionen“ dargestellt.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren. Zur Steuerung des nicht finanzbezogenen Bereichs von enviaM stellen die Kennzahlen Kundenzufriedenheitsindex und Stromabsatz wichtige unternehmerische Messgrößen dar.

Kundenzufriedenheitsindex. Die Zufriedenheit der Kunden mit den Produkten und Dienstleistungen von enviaM ist auch zukünftig eine wesentliche Grundlage für den vertrieblichen Erfolg. Die Kundenzufriedenheit basiert dabei auf realen Kundeneinschätzungen, die über eine jährliche Kundenumfrage ermittelt werden. Als Maßzahl fasst der Kundenzufriedenheitsindex alle abgegebenen Meinungen auf einer Skala von 0 bis 100 zusammen. So können mithilfe des Index Idealvorstellungen der Kunden (Soll) mit der tatsächlich wahrgenommenen Unternehmensleistung (Ist) über einen definierten Zeitraum miteinander verglichen werden.

Der Kundenzufriedenheitsindex (KZI) der Privatkunden lag im Geschäftsjahr bei 78 Punkten (2020: 82 Punkte). Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Zufriedenheit der Privatkunden aufgrund gestiegener Sensibilität zum Energiemarktgeschehen und reduzierter Kontaktmöglichkeiten in der

pandemischen Lage verringert. enviaM optimiert die Serviceleistungen und erweitert das Produkt- und Dienstleistungsportfolio einschließlich digitaler Dienstleistungen kontinuierlich, um die Kundenzufriedenheit wieder auf mindestens 80 Punkte zu erhöhen.

Stromabsatz. Eine weitere wesentliche Steuerungsgröße im Vertrieb sind die Absatzziele. Maßgeblich hierfür ist der Stromabsatz an Privat-, Gewerbe- und Geschäftskunden gemessen in Gigawattstunden. Dafür werden jährlich Ziele im Mittelfristplanungszeitraum von drei Jahren festgelegt. Die Entwicklung des Stromabsatzes ist im Abschnitt „Stromaufkommen und –abgabe“ dargestellt.

Mitarbeiter

Personalbestand. Der Personalbestand zum 31. Dezember 2021 setzt sich wie folgt zusammen:

	31.12.2021	31.12.2020
Beschäftigte	658	633
davon Teilzeit	(101)	(94)
Mitarbeiteräquivalente	639	614

Der Personalaufbau ist im Wesentlichen durch die Teilbetriebseingliederung der VWS Verbundwerke Südsachsen GmbH, durch Wachstumsinitiativen sowie neue Gesetzesanforderungen begründet. Die berufliche Erstausbildung und die Weiterbildung der Mitarbeiter wird durch Tochtergesellschaften der enviaM vorgenommen.

Personalmanagement. Im Ergebnis der Analysen zur Altersstruktur aus 2020 wurden diverse Maßnahmen abgeleitet und teilweise bereits umgesetzt. Im abgelaufenen Geschäftsjahr 2021 hat sich enviaM im Zuge der Bearbeitung dieser Maßnahmen dem Thema Ausbildung im Besonderen gewidmet.

Die strategische Steuerung der Ausbildung innerhalb der enviaM-Gruppe erfolgt bei der enviaM AG. Die operative Umsetzung wiederum wird durch bze bildungszentrum energie GmbH verantwortet, welche u.a. für die MITNETZ STROM, MITNETZ GAS und envia THERM dienstleistend Azubis ausbildet.

Im August 2021 hat ein neues Ausbildungsjahr begonnen, wofür insgesamt rund 100 Ausbildungs- und Studienplätze zur Verfügung standen. Wie bereits in den letzten Jahren nahm auch im abgelaufenen Geschäftsjahr die Anzahl der Bewerbungen weiter ab, so dass nicht jeder Ausbildungsplatz besetzt werden konnte.

Um diesem Negativtrend zu begegnen, wurde u.a. ein Social-Media Team für Facebook und Instagram etabliert und Anzeigenschaltungen in diversen Print- und Onlinemedien sowie auf virtuellen Ausbildungsplattformen, wie bspw. „Ausbildung.de“ oder „Azubis.de“, durchgeführt. Außerdem wurden zur Rekrutierung von Auszubildenden unterschiedliche Messeformate wie virtuelle Ausbildungsmessen genutzt sowie ein eigenes Messeformat kreiert und angeboten.

Ferner strebt enviaM im Bereich der Ausbildung kooperative Initiativen mit anderen Energieversorgern und Industrieunternehmen an. In Regionen, welche besonders vom Strukturwandel betroffen sind, leistet enviaM damit ihren Beitrag für den Erhalt der Attraktivität dieser Standorte. Zudem stützt enviaM mit solchen Kooperationen die Sicherung ihres künftigen Nachwuchs- und Fachkräftebedarfs. Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurde bereits eine solche wegweisende Kooperation mit den beiden Energieversorgern e.dis AG und LEAG AG eingegangen. Erstmals ab September 2021 werden am Standort der LEAG in Jänschwalde Mechatroniker von enviaM und e.dis gemeinsam ausgebildet. Die Kooperation umfasst darüber hinaus Maßnahmen der Qualifikation, Fort- und Weiterbildung sowie der strategischen Personalplanung.

Arbeiten 4.0. Die in 2020 begonnenen Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsumgebung für ein hybrides Arbeiten konnte enviaM in 2021 mit den Pilotprojekten erfolgreich weiterführen. Durch die Einbindung der Mitarbeitenden in die Ausgestaltung neuer Büroraumkonzepte wurden Bedarfe und Erwartungen an Büroflächen konkretisiert. Rund 600 Mitarbeitende und die Mitbestimmungsgremien von enviaM und ihren Tochtergesellschaften sind in den Pilotprojekten involviert. Zudem wird allen Teams die Möglichkeit eröffnet, selbst festzulegen, wie künftig die Verteilung zwischen Anwesenheit im Büro und Smart Office gelebt wird.

In 2022 wird mit dem Umbau der Büroflächen der nächste Meilenstein gesetzt. Damit soll neben einer besseren Unterstützung der Mitarbeitenden vor Ort mit Team-, Rückzugs- und Beratungsflächen sowie dem Angebot von Smart Office auch die Attraktivität als Arbeitgeber und das Image als modernes Unternehmen weiter erhöht werden.

Kulturwandel. Mit der Verankerung der Kultur- und Veränderungsthemen in der Strategie setzt enviaM ihr Hauptaugenmerk auf eine neue Haltung zum Thema Führung und Zusammenarbeit. Diese hat zum Ziel, enviaM leistungsfähig zu halten und zu agieren, statt nur zu reagieren. Mit #DubistKulturwandel macht enviaM ihre Maßnahmen in den drei Schwerpunkten „Flexibles Arbeiten stärken“, „Neues Führungsverständnis leben“ und „Kundenzentrierung/Unternehmertum in den Mittelpunkt stellen“ in der Unternehmensgruppe sichtbar und arbeitet kontinuierlich an diesen Themen.

Arbeits- und Gesundheitsschutz. Im Rahmen des Integrierten Managementsystems fand das Überwachungsaudit zum Arbeits- und Gesundheitsschutz nach DIN EN ISO 45001 durch den TÜV Süd statt. Hierbei wurde insbesondere die gute arbeitsmedizinische Betreuung der enviaM hervorgehoben.

Rechnungsmäßiges Unbundling

Auf der Grundlage des § 6b Abs. 3 EnWG vom 7. Juli 2005 sowie des § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG vom 29. August 2016 führt enviaM getrennte Konten in den Tätigkeitsbereichen „Elektrizitätsverteilung“, „andere Tätigkeiten innerhalb des Elektrizitätssektors“, „Gasverteilung“, „andere Tätigkeiten innerhalb des Gassektors“, „andere Tätigkeiten außerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors“ und „grundzuständiger Messstellenbetrieb für moderne Messeinrichtungen und intelligente Messsysteme“. Zusätzliche Bestimmungen für die Erstellung und Prüfung von Jahres- und Tätigkeits-

abschlüssen ergeben sich aus den Beschlüssen BK8-19/00006-A sowie BK9-19/613-1 der Bundesnetzagentur vom 25. November 2019.

Im Tätigkeitsbereich „Elektrizitätsverteilung“ werden alle Geschäftsvorfälle erfasst, welche mit der wirtschaftlichen Nutzung des Eigentums am Elektrizitätsverteilungsnetz von enviaM im Zusammenhang stehen. Dies umfasst neben der Verpachtung des Elektrizitätsverteilungsnetzes auch die Erbringung energiespezifischer Dienstleistungen gemäß dem oben genannten Beschluss BK8-19/00006-A der Bundesnetzagentur.

Im Tätigkeitsbereich „Gasverteilung“ werden alle Geschäftsvorfälle erfasst, welche mit der wirtschaftlichen Nutzung des Eigentums am Gasverteilungsnetz von enviaM im Zusammenhang stehen. Dies umfasst neben der Verpachtung des Gasverteilungsnetzes auch die Erbringung energiespezifischer Dienstleistungen gemäß dem oben genannten Beschluss BK9-19/613-1 der Bundesnetzagentur.

Im Tätigkeitsbereich „grundzuständiger Messstellenbetrieb für moderne Messeinrichtungen und intelligente Messsysteme“ werden alle Geschäftsvorfälle erfasst, welche mit der Verpachtung von modernen Messeinrichtungen und intelligenten Messsystemen an den grundzuständigen Messstellenbetreiber im Zusammenhang stehen. Neben der Verpachtung umfasst dies auch die Erbringung energiespezifischer Dienstleistungen gem. § 3 Abs. 4 MSbG i.V.m. § 6b Abs. 1 EnWG.

Den Tätigkeitsabschlüssen liegt der Jahresabschluss der enviaM unmittelbar zu Grunde. Die auf Ebene des Gesamtunternehmens angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden kommen deshalb durchgängig auch für die Tätigkeitsabschlüsse zur Anwendung. Auf Basis der Kostenrechnung der enviaM wurden wesentliche Aufwendungen und Erträge direkt den Tätigkeitsbereichen zugeordnet. In den Fällen, in denen dies nicht möglich war oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand verbunden gewesen wäre, erfolgte die Zuordnung unter Anwendung sachgerechter Schlüssel. In der Bilanz erfolgte eine direkte Zuordnung wesentlicher Aktiv- und Passivpositionen. In den Fällen, in denen dies nicht möglich war oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand verbunden gewesen wäre, erfolgte die Zuordnung unter Anwendung sachgerechter Schlüssel.

Bericht nach § 312 AktG über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

Der Vorstand hat einen Bericht über die Beziehungen der Gesellschaft zu verbundenen Unternehmen im Berichtszeitraum nach Paragraph 312 Aktiengesetz (AktG) erstellt und mit folgender Schlussfolgerung versehen:

„Unsere Gesellschaft erhielt bei jedem im Bericht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen aufgeführten Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung und wurde durch die im Bericht angegebenen getroffenen Maßnahmen nicht benachteiligt. Dieser Beurteilung liegen die Umstände zu Grunde, die uns im Zeitpunkt, in dem die Rechtsgeschäfte vorgenommen und die Maßnahmen getroffen wurden, bekannt waren.“

Chancen- und Risikomanagement

Chancen- und Risikomanagement-System. Im Rahmen der zahlreichen unternehmerischen Tätigkeiten ist enviaM einer Vielzahl von unterschiedlichen Risiken ausgesetzt. Ein ganzheitlich organisiertes Risikomanagement-System ist daher fester Bestandteil unserer Unternehmensführung. Dabei werden neben Einzelrisiken – weit unterhalb der Gefahr einer potenziellen Existenzgefährdung – und adäquaten Maßnahmen zur Risikosteuerung auch entsprechende Chancenpotentiale untersucht.

In das Chancen- und Risikomanagement der enviaM werden alle Unternehmen einbezogen, an denen enviaM zu mindestens 20 % direkt beteiligt ist. Dabei besteht das primäre Ziel darin, möglichst frühzeitig Informationen über Risiko- und Chancenpotentiale und damit verbundene finanzielle Auswirkungen zu gewinnen. Die gewonnenen Erkenntnisse fließen in die unternehmerischen Entscheidungsprozesse ein und unterstützen damit einen langfristigen Unternehmenserfolg der gesamten enviaM-Gruppe. Durch bestehende Ergebnisabführungsverträge werden wesentliche Risiken von Beteiligungsgesellschaften, vor allem im Netz- und Erzeugungsbereich, bei enviaM wirksam. Diese Risiken lassen sich im Kontext wie folgt systematisieren.

Marktrisiken. Aufgrund des anhaltenden Wettbewerbsdrucks ergeben sich entsprechende Preis- und Absatzrisiken auf den Strom- und Gasmärkten sowie Risiken und Chancen aus dem Verlust bzw. Gewinn von Konzessionsverträgen. Den Marktrisiken begegnet enviaM unter anderem durch eine aktive Vertriebspolitik, kundenorientierte und innovative Produkte sowie Dienstleistungen und mit einer absatzorientierten Beschaffung nebst effektivem Kostenmanagement. Nichtsdestotrotz führt die Marktpreientwicklung insbesondere zu einer Zunahme von Anpassungsenergiekostenrisiken, die dann auftreten, wenn der tatsächliche Kundenbedarf vom erwarteten Kundenbedarf abweicht. Hierbei wird u.a. zur Reduzierung erhöhter Risiken die Grund- und Ersatzversorgung in Fällen wirtschaftlicher Unzumutbarkeit abgelehnt und die Versorgung der Kunden durch am jeweiligen Marktpreis kalkulierte Sonderverträge sichergestellt.

Betriebsrisiken. Betriebsrisiken bzw. operative Risiken umfassen negative Effekte aus der spezifischen inhaltlichen und prozessualen Geschäftstätigkeit. Beispiele hierfür sind ungeplante Betriebsunterbrechungen im Kraftwerks-, IT- oder administrativen Bereich.

enviaM betreibt ein Information Security Management System (ISMS) und ist in die Cyber Security Organisation des E.ON Konzerns eingebunden. Gemeinsam mit dem IT-Dienstleister GISA verfügen wir über umfangreiche technische Systeme zur Vorsorge, Erkennung und Abwehr von Cyberangriffen. Integraler Bestandteil des ISMS sind regelmäßige Awareness-Maßnahmen (z. B. Unterweisungen, Phishing Tests, Live Hacking) um die Sensibilität der Mitarbeitenden zu trainieren. enviaM lässt auch durch qualifizierte Dienstleister die technische Sicherheit der IT-Systeme mittels fingierter Angriffe („Penetration Test“) prüfen und leitet aus den Ergebnissen Maßnahmen zu Verbesserung ein.

Seit Beginn der Verpachtung des Elektrizitätsverteilernetzes ist ein Großteil der Risiken des Netzbetriebs auf MITNETZ STROM übergegangen. Durch die systematische Wartung von Netzen und

Anlagen sowie kontinuierliche Optimierung entsprechender Prozesse wird technischen Störungen vorgebeugt und die Basis für eine hohe Versorgungssicherheit unserer Kunden geschaffen.

Umfeldrisiken. Die Risikosituation wird durch den weiterhin anhaltenden Wandel der Rahmenbedingungen im rechtlichen und regulatorischen Umfeld und dabei insbesondere durch die Veränderungen des energiepolitischen Ordnungsrahmens stark beeinflusst. Im Vordergrund stehen hier die Auswirkungen umfassender Regulierungstätigkeiten der Bundesnetzagentur und der Anreizregulierungsverordnung sowie die fortgesetzten Novellierungen in der Energiegesetzgebung.

Finanzrisiken. Im Rahmen unseres unternehmerischen Handelns entstehen sowohl Risiken als auch Chancen aus Kurs-, Zins-, Kredit- und Preisänderungen. Ursachen dafür können beispielsweise Veränderungen der Erwartungsbildung an Aktien- und Anleihemärkten hinsichtlich der absoluten oder relativen Gewinnentwicklung, die Zinsentwicklung sowie die Geld-, Finanz- und Lohnpolitik sein. Mit einem zielgerichteten Portfoliomanagement, geringer Risikoneigung und konservativen Anlagestrategien trägt enviaM diesen Sachverhalten entsprechend Rechnung.

Da Kunden ihren vertraglichen Zahlungsverpflichtungen unter Umständen nicht oder nicht fristgemäß nachkommen, sind mit Vertriebsgeschäften grundsätzlich auch Risiken verbunden.

Auf Basis von kundenindividuellen Bonitätsprüfungen begrenzt enviaM die Kreditrisiken unter anderem durch eine entsprechende Gestaltung von Lieferverträgen und Zahlungsbedingungen, durch die Vergabe von Kreditlimits sowie mit einem stringenten Forderungsmanagement.

Bei jedem Kauf bzw. Verkauf von Strom, Gas oder Umwelt-Zertifikaten entstehen auch Commodity-Positionen. Eigenerzeugung sowie der Brennstoffbedarf von Kraftwerken der enviaM-Gruppe stellen ebenfalls Commodity-Positionen dar. Die Bewertung der jeweiligen Positionen hängt unmittelbar von den zum Teil hochvolatilen Marktpreisen für Strom, Gas, Öl sowie CO₂-Zertifikaten ab. Daher werden diese Positionen auf Grundlage einer vom Vorstand erlassenen Richtlinie in Systemen erfasst und sowohl einzeln als auch im Gesamtportfolio bewertet. Grundsätzlich dürfen offene Positionen nur im Rahmen genehmigter Limits gehalten werden, wodurch mögliche Risiken entsprechend begrenzt werden.

Werthaltigkeit der Beteiligungen. Das Beteiligungsmanagement der enviaM stellt sicher, dass wesentliche Risiken im Beteiligungsportfolio frühzeitig erkannt werden. Regelmäßig werden sog. Impairmenttests (Werthaltigkeitstests) durchgeführt, um mögliche Abschreibungs- bzw. auch Zuschreibungsbedarfe bei den Beteiligungsbuchwerten von enviaM-Beteiligungen zu ermitteln.

Risiko-Portfolio. Im folgend dargestellten Risiko-Portfolio sind die als wesentlich eingestuften Risiken ablesbar. Die Matrix-Darstellung besteht aus den Dimensionen Eintrittswahrscheinlichkeit des potenziellen Schadens (in %) und erwartete Schadenshöhe (in Mio. €). Die Wesentlichkeitsgrenze für Risiken wurde für enviaM bzw. die enviaM-Gruppe mit 25 Mio. €¹ festgelegt, wobei gleichzeitig eine abgeschätzte Eintrittswahrscheinlichkeit von mindestens 10 % vorliegen muss. Grundsätzlich

¹ Das entspricht in etwa 10 % des langjährigen durchschnittlichen Ergebnisses nach Steuern (ErgnS)

werden in diesem Portfolio nur Risiken dargestellt, die weder in der Planung noch durch bilanzielle Vorsorgemaßnahmen oder entsprechende Versicherungen berücksichtigt worden sind.

Die folgende Tabelle skizziert die Darstellungsweise im Risiko-Portfolio:

Schadenshöhe

existenzbedrohend	>= 50 % vom Eigenkapital				
kritisch	> 50 % - 100 % des ErgnS				
schwerwiegend	> 20 % - 50 % des ErgnS		(1)		
mittel	> 10 % - 20 % des ErgnS				
gering	bis 10 % des ErgnS				
		niedrig (>= 1 % bis 10 %)	mittel (> 10 % bis 20 %)	hoch (> 20 % bis 50 %)	sehr hoch (> 50 % bis 100 %)

Eintrittswahrscheinlichkeit

akuter Handlungsbedarf
Beobachten, ggf. Handeln
Überwachen

Im Berichtsjahr wurde auch unter Berücksichtigung der fortgesetzten Corona-Krise nur ein Risiko (1) als wesentlich eingestuft. Es handelt sich dabei um die „Gefahr des Betriebsmittelverlustes mit der Folge von Versorgungsstörungen“ im Stromnetz. Als Risikoursache werden hier Netzanlagen mit einem Alter größer der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer angesehen, da ein Teil dieser Anlagen höhere Ausfälle bzw. entsprechende technische Probleme verursachen kann. Im Rahmen von Untersuchungen zur Altersstruktur wurden alle Anlagen mit einem Alter oberhalb der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer bewertet und entsprechende Maßnahmen zur Risiko-steuerung bzw. -vorbeugung entwickelt. Diese reichen vom Vorhalten von Handlungsanweisungen zur Störungsbeherrschung in der Schaltleitung und Schulungsprogrammen über die Kürzung des Kontrollturnus für bekannte Anlagen an kritischen Netzpunkten bis zur Untersuchung von Ereignissen zur Gewinnung von Erkenntnissen und Rückschlüssen für baugleiche Betriebsmittel und danach der gezielte Austausch gefährdeter Betriebsmittel sowie einer Erhöhung der Aufwendungen für konkret betroffene und auffällige Betriebsmittelgruppen. Ein pauschaler Ersatz von Anlagen ab einem bestimmten Alter erfolgt nicht, sondern nur im Zusammenhang mit einer konkreten Zustands- und Ereignisbewertung.

Risikokorrelation. Im Rahmen der Risiko-Identifikation wird auf eine zutreffende Ermittlung und klare Abgrenzung des Wirkungszusammenhangs von Risikoursache und Risikoeintritt bzw. Schaden geachtet: Mehrere Schäden, die von derselben Risikoursache abhängen (Korrelation), werden auf Basis eines Szenarios bewertet und zu einer Risikoposition zusammengefasst. Sonst besteht die Gefahr, dass eine mögliche Kumulation mehrerer kleiner Schäden infolge des Eintritts nur einer Risikoursache übersehen und somit das Risikopotenzial unterschätzt wird. Auch einzeln nicht meldepflichtige Risiken können gegebenenfalls einheitenübergreifend in Zusammenfassung die entsprechenden Melde- bzw. Wesentlichkeitsgrenzen überschreiten.

Organisation des Risikomanagements. Unser Chancen- und Risikomanagement-System wird stetig weiterentwickelt und von konkreten Sensibilisierungen sowie bei Bedarf durch Schulungen begleitet. So werden die Mitarbeitenden entsprechend informiert und Entwicklungen, die den Fortbestand bzw. die Ergebnislage oder auch die Liquidität der Gesellschaft möglicherweise gefährden oder stark beeinflussen, können frühzeitig erkannt werden. Wesentliche Risikopositionen werden intern sowohl stichtagsbezogen als auch z. T. laufend überwacht und bei Überschreiten festgelegter Meldegrenzen auch mittels unverzüglichem Einzelfallreporting an den Risikomanagement-Ausschuss kommuniziert, damit adäquate Maßnahmen eingeleitet werden können. Darüber hinaus besteht bei enviaM ein Compliance-Management-System zur Sicherstellung regelkonformen Verhaltens mit Schwerpunkt auf Korruptionsbekämpfung bei allen geschäftlichen Aktivitäten.

Gesamtrisikolage. Weder durch Einzelrisiken noch durch entsprechend aggregierte Positionen bestanden für enviaM im Berichtszeitraum Risiken, die den Fortbestand des Unternehmens gefährdeten. Derartige Risiken sind auch für das Geschäftsjahr 2022 aktuell nicht erkennbar.

Zusätzliche Chancen. Um im Spannungsfeld zwischen Verlustrisiken und Gewinnchancen weiterhin erfolgreich zu sein, ist die Wahrnehmung unternehmerischer Chancen wichtiger Bestandteil des strategischen Handelns von enviaM. Die Mitarbeitenden und Führungskräfte von enviaM werden in diesen Prozess durch verschiedene Initiativen aktiv eingebunden.

Der wachsende Einfluss datengetriebener Geschäftsmodelle verändert die Wertschöpfung in allen Unternehmensbereichen mit zunehmender Geschwindigkeit. Die Investitionen der vergangenen Jahre in den organisationsübergreifenden Aufbau der entsprechenden Infrastruktur und die erforderlichen Kompetenzen befähigen enviaM, eine führende Position bei der Digitalisierung der Energieversorgung in Ostdeutschland einzunehmen. Durch Plattformen zur Kopplung des Strom- mit dem Wärme- und Verkehrssektor sowie zur übergreifenden Bereitstellung von datengetriebenen Geschäftsmodellen im Energiesektor wird enviaM an diesen neuen Geschäftschancen partizipieren.

Die zunehmende Nutzung von Datenanalysen und Künstlicher Intelligenz im Netzbereich und die Entwicklung intelligenter Netze erhöhen die Wirtschaftlichkeit im Netzbetrieb unter anderem durch Voraussagen von Instandsetzungsbedarf aus Betriebsdaten der Anlagen und des Netzes auf Basis von Machine-Learning-Technologie und ein zielgerichtetes Anstoßen von Instandsetzungsmaßnahmen.

Weitere innovative Technologien wie die autonome Drohnen-Befliegung von Hochspannungsfreileitungen mit Bildauswertung durch künstliche Intelligenz tragen zur weiteren Reduktion des Instandhaltungsaufwandes bei und eröffnen Vermarktungschancen an Dritte.

Die Gatewayadministration (GWA) und die Messdatenbereitstellung sowie der Verkauf von intelligenten Messsystemen und modernen Messeinrichtungen entwickelt sich im Netzdienstleistungsgeschäft zunehmend zum Grundpfeiler für weitere zukünftige Dienstleistungen rund um das Smart Meter Gateway.

Zudem resultieren Möglichkeiten zur Effizienzsteigerung aus der fortgesetzten Optimierung des Beteiligungsportfolios sowie durch eine enge Zusammenarbeit der Beteiligungen im Unternehmens-

verbund zur Realisierung von Synergien. Wettbewerbs- und Ergebnischancen liegen auch in der Teilnahme an Ausschreibungen im Strom- und Gasbereich, im Bereich der Konzessionen oder der aktiven Vermarktung von energienahen Dienstleistungen für Privat-, Gewerbe- und Geschäftskunden sowie für Energieversorgungsunternehmen.

Ein weiterer Schwerpunkt ist eine übergreifende Geschäftsfeldentwicklung mit dem Fokus auf innovativen und kundenorientierten Produkten sowie Dienstleistungen. Im Hinblick auf die zunehmende dezentrale und regenerative Energieversorgung werden neue Geschäftsmodelle entwickelt und somit unternehmerische Chancen wahrgenommen. Mit fortgesetzten Investitionen im Bereich der erneuerbaren Energien können auch künftig Wachstums- und Ergebnischancen realisiert werden, insbesondere im Bereich der Windkraftnutzung auf dem Festland sowie der Photovoltaik.

Die politische Positionierung hinsichtlich der Bedeutung der Wasserstoffnutzung für die Dekarbonisierung der Industrie und für klimaschützende synthetische Kraftstoffe (z. B. in Form der Nationalen Wasserstoffstrategie) schafft verlässliche Rahmenbedingungen für eine Transformation der bestehenden Erdgasinfrastruktur zu einer Wasserstoffinfrastruktur sowie darauf aufbauender weiterer Wertschöpfung innerhalb der enviaM-Gruppe. Die gemeinsamen Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten mit der DBI Gas- und Umwelttechnik GmbH (DBI) sowie den Projektpartnern des Forschungskonsortiums HYPOS (Hydrogen Power Storage & Solutions East Germany) in diesem Bereich stellen so eine Grundlage für neue Geschäftsfelder dar und tragen zur künftigen kommerziellen Nutzung dieser Technologien bei.

Der wachsende Bedarf an schnellen Datenübertragungsmöglichkeiten bietet Chancen im Auf- und Ausbau von leistungsfähiger digitaler Infrastruktur im Bereich der Glasfasernetze, des Mobilfunks und von Data Centern. Zudem eröffnen sich Wachstumschancen in den Bereichen Smart Metering und Telekommunikation. enviaM hat gemeinsam mit Tochterunternehmen den Aufbau des Geschäftsfeldes FTTH (fiber to the house) im Privatkundenbereich als neues Geschäftsfeld weiter ausgebaut. Chancen ergeben sich in diesem Zusammenhang auch in Synergien bei dem Aufbau konzernweit genutzter gemeinsamer Infrastruktur im Mobilfunkbereich.

Ein ganzheitlicher Ansatz von flexiblem Arbeiten in Verbindung mit einem innovativen Büroraumkonzept und einem gelebten neuen Führungsverständnis ermöglicht den Mitarbeitenden die direkte Beteiligung an der Weiterentwicklung des Unternehmens und erschließt ihr kreatives Potential. So fördert u.a. die Reihe #WIR2030 eine organisationsübergreifende Vernetzung der Führungskräfte. Der interdisziplinäre Austausch und die zunehmende digitale Vernetzung im Unternehmen sowie innerhalb der enviaM-Gruppe fördern prozessuale Optimierungen sowie die Entstehung neuer Produktideen. Virtuelle Angebote und eine offene Beteiligung an Ideenbörsen verschaffen innovativen Ideen die erforderliche Aufmerksamkeit und eine Beteiligung an diesbezüglichen Auswahl- und Entscheidungsprozessen. Moderne Büroraum- und Standortkonzepte verstetigen pandemieinduzierte Arbeitskonzepte und tragen insofern zu einer nachhaltigeren Nutzung der verfügbaren Ressourcen bei.

Prognosebericht

Konjunktureller Ausblick. Für das Jahr 2022 rechnet die Bundesregierung trotz der aktuell großen Herausforderungen mit einer konjunkturellen Erholung und einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts um 3,6 Prozent. [*Jahreswirtschaftsbericht 2022, Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz 2022*]

Rahmenbedingungen. Auf europäischer Ebene werden die Rahmenbedingungen für Klimaschutz und Energiewende durch das Legislativpaket „Fit für 55“ neu ausgerichtet. Das Paket sieht einen Dreiklang von verschärften Klimazielen, marktorientierten Maßnahmen und ordnungsrechtlichen Vorschriften vor. Im Zentrum steht die Überarbeitung des CO₂-Zertifikatehandels auf europäischer Ebene (EU-ETS). Eine deutliche Anhebung des jährlichen Reduktionsfaktors sowie eine einmalige Reduzierung der Emissionsobergrenzen sollen dabei den verschärften Klimazielen Rechnung tragen und für einen höheren CO₂-Preis sorgen. Zusätzlich sollen die Sektoren Gebäude und Verkehr ein eigenes europäisches Emissionshandelssystem erhalten, welches später mit dem existierenden EU-ETS System zusammengeführt werden soll. Aber auch die für die Energiewirtschaft wichtigen Erneuerbare-Energien-Richtlinie (RED), Energie-Effizienz-Richtlinie (EED) und Energiebesteuerungs-Richtlinie werden überarbeitet.

Auch die Bundesregierung hat mit dem Koalitionsvertrag der Ampel-Koalition im Dezember 2021 wesentliche Eckpunkte der Energie- und Klimapolitik der 20. Legislaturperiode festgelegt. Die Klimaschutzziele – max. 1,5° und klimaneutral bis 2045 – bleiben bestehen und werden mit hoher Priorität verfolgt. Ein weiteres Klimaschutzsofortprogramm soll 2022 entsprechende Maßnahmen auf den Weg bringen. Im Zentrum steht das Klimaschutzgesetz, welches weiterentwickelt werden soll und Klimaschutz zu einer Querschnittsaufgabe machen wird.

Zentrales Instrument bleibt der CO₂-Zertifikatehandel. Ein steigender CO₂-Preis soll dabei den wichtigsten Impuls für effizienten Klimaschutz in allen Sektoren geben. Die Koalition will sich daher für einen CO₂-Mindestpreis im europäischen Emissionshandelssystem wie auch für die Schaffung eines zweiten europäischen Emissionshandels für Wärme und Mobilität einsetzen. Falls ein europäischer Mindestpreis nicht durchgesetzt werden kann, sollen nationale Maßnahmen ergriffen werden, damit der CO₂-Preis nicht unter 60 €/t sinkt.

Zentraler Erfolgsfaktor für das Erreichen der Klimaziele ist ein schneller Ausbau der erneuerbaren Energien. Dies soll durch höhere Ausschreibungsvolumina, Power Purchase Agreements (PPA), europaweiten Handel mit Herkunftsnachweisen sowie den konsequenten Abbau von Hürden erfolgen. Als übergeordnetes Ziel wird für 2030 ein Anteil der erneuerbaren Energien von 80 Prozent, bezogen auf einen erwarteten Stromverbrauch zwischen 680 und 750 TWh, angestrebt. Das wären eine erneuerbare Stromproduktion von 544 TWh bis 600 TWh. Mit einem schnelleren Ausbau der erneuerbaren Energien muss auch der Netzausbau beschleunigt und verbindlicher gestaltet werden. Die BNetzA und die Netzbetreiber werden beauftragt, einen über den aktuellen Netzentwicklungsplan hinausgehenden Plan für ein Klimaneutralitätsnetz zu berechnen. Der Bundesbedarfsplan soll entsprechend fortgeschrieben werden. Die Planungs- und Genehmigungsverfahren für den Ausbau der erneuerbaren Energien und auch der Netze sollen deutlich beschleunigt werden.

Der Anteil der Steuern, Abgaben und Umlagen am Strompreis ist in den letzten Jahren stark gestiegen. Daher sollen die staatlich induzierten Strompreisbestandteile grundlegend reformiert werden, um eine verzerrungsfreie Sektorkopplung zu ermöglichen. Ab 01.01.2023 soll die EEG-Umlage auf null abgesenkt werden. Die Kosten des EEG sollen künftig durch den Bundeshaushalt getragen und durch die Einnahmen aus dem europäischen und nationalen CO₂-Zertifikatehandel finanziert werden. Zudem wird eine Reform der Netzentgelte und des Strommarktdesigns angestrebt.

Deutschland soll bis 2030 zum Leitmarkt für H₂-Technologien werden. Dazu wird die nationale H₂-Strategie überarbeitet. Gefördert werden sollen sowohl H₂-Netzinfrastruktur als auch die Produktion von grünem H₂. Die Elektrolyseleistung in Deutschland soll deutlich erhöht werden.

Bei der Elektromobilität steht der Ausbau der öffentlichen Ladepunkte in den nächsten Jahren im Fokus. Zugleich soll der Ausbau der Schnellladeinfrastruktur beschleunigt werden und der Masterplan Ladeinfrastruktur zügig überarbeitet werden.

Im Bereich der künftigen Wärmeversorgung wurde geregelt, dass ab 2025 neu eingebaute Heizungen mit mindestens 65 Prozent erneuerbare Energien betrieben werden müssen. Das hat Auswirkungen auf Gasabsatz und -infrastruktur. Die Anforderungen an den Wohnungsneubau im Bereich der Energieeffizienz sollen weiter erhöht werden.

Darüber hinaus soll der Ausbau der Breitbandinfrastruktur vorangebracht und Deutschland flächendeckend mit Glasfaser ausgestattet werden.

Zielbild enviaM. Die enviaM-Gruppe verfolgt weiterhin das ambitionierte Ziel, 2030 der führende Energie- und Infrastrukturdienstleister Ostdeutschlands ² zu sein. Als dieser ist sie erster Ansprechpartner für Bürger, Unternehmen und Kommunen in ihrer Region.

² auf Basis Stromabsatz bzw. -umsatz

In diesem Rahmen fokussiert sich enviaM auf die Sicherung und Transformation des Bestands-geschäftes sowie neue Wachstumsthemen. Die aus den Treibern Nachhaltigkeit, Digitalisierung und Dezentralisierung abgeleiteten strategischen Schwerpunkte und wesentlichen Schlüsselthemen dienen enviaM zur Priorisierung von Maßnahmen. Die Erfüllung dieser anspruchsvollen Vision wird von einem steten Kulturwandel über alle Unternehmensbereiche hinweg begleitet.

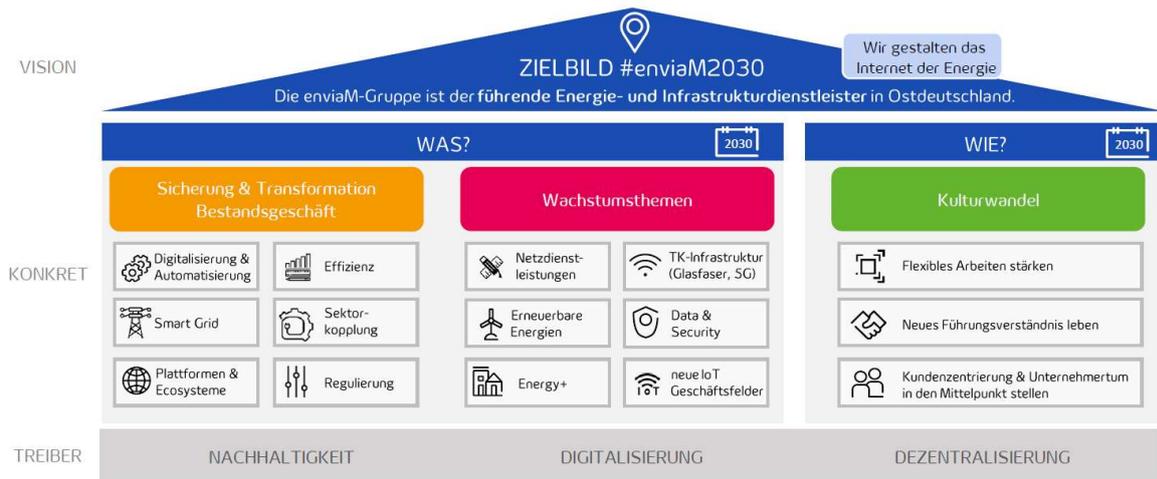


Abbildung 1: Zielbild enviaM

Vertrieb. enviaM strebt auch in 2022 den Erhalt der Marktführerschaft³ unter den regionalen Energiedienstleistern in Ostdeutschland an. Um dieses Ziel zu erreichen, ist die hohe Zufriedenheit der Kunden aufrechtzuerhalten. Demzufolge gilt für das Geschäftsjahr 2022 die vertriebliche Zielstellung, wieder einen Kundenzufriedenheitsindex für Privatkunden von über 80 zu erreichen.

Die Komplexität des Energiegeschäftes wird im Zuge der voranschreitenden Energiewende weiter zunehmen. enviaM erwartet für das Geschäftsjahr 2022 wegen des Trends zur zunehmenden Eigenversorgung durch erneuerbare Energien und dem verschärften Wettbewerb bei Geschäftskunden und Weiterverteilern rückläufige leitungsgebundene Energiebezüge ihrer Kunden. Wachstumspotenzial sieht das Unternehmen weiterhin im Bereich der Dienstleistungserbringung. Die Digitalisierung gibt hierzu entscheidende Impulse. In Kooperationen mit innovativen Partnern wird enviaM verstärkt die Entwicklung digitaler Anwendungen für verschiedene Kundenbedürfnisse fortführen. Darüber hinaus stehen für unsere Kunden weiterhin dezentrale Versorgungslösungen, Angebote zur Eigenerzeugung, Beratungsleistungen bei Auditierungs- und Zertifizierungsanforderungen im Fokus. Im Zusammenhang mit der Einführung moderner Messeinrichtungen und intelligenter Messsysteme werden neue Produkte und Dienstleistungen auf Basis zeit- und lastvariabler Tarife für den Einstieg unserer Kunden in die digitale Energiewelt entwickelt.

enviaM setzt ihre Entwicklung vom reinen Stromlieferanten zum ganzheitlichen Energiedienstleister konsequent fort. Einen Schwerpunkt bildet weiterhin die Vermarktung von Strom aus regenerativen Energien. Von anhaltend hohem Interesse für alle Kundengruppen sind Energieeffizienzmaßnahmen, um den steigenden Kosten der Energiewende zu begegnen. Weiterhin werden innerhalb der enviaM-

³ auf Basis Stromabsatz bzw. -umsatz

Gruppe Wachstumschancen in der infrastrukturbasierten Breitbandversorgung von Geschäfts- und Privatkunden gesehen.

Neue Geschäftsfelder. Weiterhin stehen smarte Infrastruktur und darauf aufbauende Plattformen und Ökosysteme als neue Geschäftsfelder im Fokus.

enviaM beteiligt sich mit ihren Tochterunternehmen aktiv beim Aufbau und dem Betrieb der Datenplattform iPEN innerhalb des E.ON-Konzerns. Die Plattform ist ein wichtiger Baustein in der Digitalstrategie und skaliert und vermarktet digitale Lösungen. Zugleich bildet sie die Grundlage für die Realisierung von Effizienzen im Kerngeschäft.

Gemeinsam mit BASF leistet enviaM einen aktiven Beitrag zum Strukturwandel in der Lausitz durch die Gründung eines Joint Ventures zum gemeinsamen Bau und Betrieb eines Solarparks als Grundstein für eine klimaneutrale Chemieproduktion in der Region. Gleichzeitig erschließt enviaM gemeinsam mit ihren Tochterunternehmen hiermit die Chancen der Energiewende und trägt zum Aufbau einer nachhaltigen Energieerzeugung bei.

enviaM investiert über ihre Tochtergesellschaften weiterhin in den Ausbau digitaler Infrastrukturen, wie beispielsweise Breitband, Funknetze, IoT und Edge Data Center. Dazu zählen auch Dienstleistungen im Bereich Security für kritische Infrastrukturen.

Seit einiger Zeit bietet enviaM ihren Kunden auch Dienstleistungen rund um Submetering inklusive Rauchwarnmeldern. Gemeinsam mit externen Partnern wurde 2021 der Fokus auf die Markterschließung gelegt.

Gemeinsam mit anderen regionalen Versorgungsunternehmen des E.ON-Konzerns entwickelt enviaM das EnergiePortal als einheitliche Plattform für Kommunen. Im Projekt „Smarte Kommune“ bringt enviaM Sensorik in ausgewählten Kommunen aus, IoT-Anwendungsfälle zu erproben. Diese ermöglichen die Digitalisierung, Analyse und Optimierung kommunaler Prozesse.

Elektromobilität. In Deutschland sollen bis 2030 insgesamt eine Million Ladepunkte zur Verfügung stehen. enviaM unterstützt gemeinsam mit ihren Tochterunternehmen die Entwicklung der Elektromobilität in Ostdeutschland vordergründig zur Integration öffentlicher Ladesäulen in die Netzinfrastruktur. Mit einem stetig wachsenden Fuhrpark an Elektrofahrzeugen macht enviaM ihre Nutzung der Elektromobilität öffentlich sichtbar.

Die übergreifenden Kompetenzen innerhalb der enviaM-Gruppe ermöglichen das Angebot komplexer Infrastrukturprojekte von der Planung, über die Errichtung, den Betrieb und die Abrechnung von Ladeinfrastruktur einschließlich der Integration technischer Netzdienstleistungen. In Forschungsprojekten zum Lademanagement und zur Ladeinfrastruktur werden Lösungen entwickelt, Elektrofahrzeuge netzdienlich ins Niederspannungsnetz zu integrieren. Mit der Bereitstellung neuester Backend- und Energiemanagementsysteme steht die enviaM-Gruppe für eine umfassende vernetzte Ladeinfrastruktur der Zukunft.

Netz. Wesentlicher Investitionsschwerpunkt wird auch weiterhin der Ausbau und die Verstärkung des Verteilernetzes für die Leistungsaufnahme und den Transport erneuerbarer Energien sein. Dabei werden zunehmend intelligente Netztechnologien zur Laststeuerung und Spannungsregelung eingesetzt. Zudem wird der Einbau intelligenter Messsysteme und moderner Messeinrichtungen fortgesetzt. Für die Zukunftsfähigkeit der Tochtergesellschaft MITNETZ STROM ist die Weiterentwicklung des Verteilernetzes zu einem leistungsstarken und intelligenten Netz essentiell.

Auf der Grundlage der Hinweise der BNetzA für die Entgeltbildung zum 15. Oktober 2021 und der vom vorgelagerten Netzbetreiber angezeigten Preisentwicklung wurden die Netzentgelte für das Jahr 2022 kalkuliert und im Internet veröffentlicht. Danach steigen die Netzentgelte im Vergleich zu 2021 für Haushaltskunden um durchschnittlich 1,3 % und für Industriekunden in Mittelspannung um durchschnittlich 1,8 %. Die Steigerung der Netzentgelte der MITNETZ STROM resultiert im Wesentlichen aus der Netzentgelterhöhung des Übertragungsnetzbetreibers 50Hertz und den hohen Investitionen in die für die Energiewende notwendige Netzinfrastruktur.

Im Jahr 2022 werden die Struktur- und Kostendaten für den Effizienzvergleich und zur Bestimmung des Ausgangsniveaus für die vierte Regulierungsperiode durch die Bundesnetzagentur erhoben.

Mit der Festlegung des Eigenkapitalzinssatzes der vierten Regulierungsperiode durch die Bundesnetzagentur für Neuanlagen von 5,07 % und für Altanlagen von 3,51 % sind besondere Herausforderungen hinsichtlich der zukünftigen Umsetzung erforderlicher Netzinvestitionen verbunden, die für das Gelingen der Energiewende bei weiterer Gewährleistung der Versorgungssicherheit zwingend notwendig werden.

Konzessionen. Die Intensität des Wettbewerbs um Konzessionen ist konstant hoch und wird in den kommenden Jahren anhalten. Über ein etabliertes Konzessions- und Kommunalmanagement strebt enviaM die Sicherung der Konzessionsverträge an.

Beteiligungen. Die dauerhafte Optimierung des Beteiligungsportfolios bleibt ein wesentliches Aufgabenfeld von enviaM. Darüber hinaus wird enviaM die Zusammenarbeit mit kommunalen Partnern weiter ausbauen, um Wachstumschancen im Zuge der Energiewende gemeinsam zu nutzen.

Personal. Anknüpfend an die bisherigen Aktivitäten im Bereich der Azubi- und Mitarbeitergewinnung werden weitere Maßnahmen zur Nachwuchs- und Fachkräftebindung umgesetzt. Dabei wird enviaM neben der Zielgruppe der Auszubildenden auch weiterhin am Markt der Hochschulabsolventen aktiv. Hierfür ist neben dem Ausbau der Zusammenarbeit mit den bestehenden Hochschul- und Universitätskooperationen auch der Abschluss neuer Kooperationsvereinbarungen geplant.

Um die Wahrnehmung und Wirkung von enviaM als attraktiven Arbeitgeber weiter zu stärken und auszubauen, wurde ein unternehmensinternes Projekt gestartet, welches mit interdisziplinären Mitarbeitenden besetzt ist. Ziel ist es, insbesondere durch eine Zielgruppenanalyse und die Entwicklung von Employer Value Propositions, transportiert über verschiedene Kommunikationskanäle, sowohl die Bindung zur Stammebelegschaft zu erhöhen, als auch erfolgreiches externes Personalmarketing zu gestalten.

Im Rahmen der IMS-Rezertifizierung wird in 2022 das Arbeits- und Gesundheitsschutzmanagementsystem nach ISO 45001 auditiert.

Den aktuellen Herausforderungen der Energiewirtschaft Rechnung tragend, wurden im laufenden Geschäftsjahr strukturelle Maßnahmen beschlossen, die eine kontinuierliche Anpassung der Gesellschaft an die steigenden Wettbewerbsbedingungen vorsehen. Damit soll die Wettbewerbsfähigkeit und Ertragskraft von enviaM nachhaltig gesichert werden.

Nachhaltigkeitsziele und-initiativen. Nachhaltigkeit bedeutet für enviaM, die unternehmerischen Erfolge in Einklang mit den natürlichen Ressourcen, dem weltweiten Klima und unserer gesellschaftlichen Verantwortung zu erreichen. Besonders im Fokus stehen dabei die Klimaziele und die Reduktion der Treibhausgasemissionen. enviaM hat sich zum Ziel gesetzt, bis 2030 alle im Rahmen der wirtschaftlichen Tätigkeit anfallenden Emissionen im Vergleich zum Basisjahr 2019 um 75 Prozent zu senken. Bereits bis 2040 streben wir Klimaneutralität an. Grundlage für alle Maßnahmen zur Emissionsreduzierung ist Transparenz über die eigene Klimabilanz. Basierend auf dem Greenhouse Gas Protocol haben wir unseren CO₂-Fußabdruck rückwirkend für das Jahr 2019 erstellt. Auf dieser Basis wurden Schwerpunktfelder zur Senkung der CO₂-Emissionen und Verbesserung der Klimaschutzaktivitäten festgelegt. Daraus leiten wir konkrete Maßnahmen ab, um das Ziel Klimaneutralität bis 2040 zu erreichen.

Prognose 2022. Ziel von enviaM ist es, die langfristige Wettbewerbsfähigkeit zu steigern. Für das Geschäftsjahr 2022 geht enviaM von einem Stromabsatz für Privat-, Gewerbe-, Geschäftskunden von rund 4.706 GWh (2021: 5.656 GWh) aus.

Das Unternehmen prognostiziert für 2022 ein betriebliches Ergebnis / EBIT nach IFRS über dem Niveau von 2021 in der Größenordnung von rund 302,7 Mio. €. Die Basis dafür bildet ein stabiles Kerngeschäft.

Die Investitionen in immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen werden mit rund 169 Mio. € veranschlagt. Damit liegen diese bereinigt um die Aktivierung nachträglicher Herstellungskosten ca. 14 % über dem Niveau von 2021. Schwerpunkt der Investitionstätigkeit bildet weiterhin das Stromverteilernetz.

Der Lagebericht enthält in die Zukunft gerichtete Aussagen zur Entwicklung von enviaM. Diese Aussagen sind ausschließlich Erwartungen, die auf heutigen Annahmen und Einschätzungen beruhen. Auch wenn der Vorstand davon überzeugt ist, dass die getroffenen Annahmen und Planungen zutreffend sind, können die tatsächliche Entwicklung und die tatsächlichen Ergebnisse in der Zukunft aufgrund der Vielzahl von internen und externen Faktoren hiervon abweichen.

Erklärung zur Unternehmensführung

Frauen in Führungspositionen. Auf Basis des Gesetzes für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst hat der Aufsichtsrat der enviaM im Geschäftsjahr 2017 die Zielquoten des Frauenanteils für den am 1. Juli 2017 beginnenden Erfüllungszeitraum mit einer Dauer bis zum 30. Juni 2022 festgelegt. Dieser beträgt für den Frauenanteil im Aufsichtsrat 25,0 % und für den Vorstand 33,3 %.

Zum 31. Dezember 2021 betrug die Frauenquote im Vorstand 33,3 % und im Aufsichtsrat 20,0 % sowie 30,8 % in der ersten Führungsebene und 44,7 % in der zweiten Führungsebene.

Mit diesen Werten hat enviaM die Zielquote 2022 für den Vorstand erreicht und sich ihr für den Aufsichtsrat bereits sehr stark angenähert. Auf der ersten und zweiten Führungsebene wurde der angestrebte Frauenanteil von 30 % übererfüllt.

Die enviaM Gruppe hat in den letzten Jahren verschiedene Aktivitäten unternommen, um Frauen zu fördern und auf dem Weg in eine Führungsaufgabe zu begleiten. Hierzu zählen das Potenzialträgerprogramm, Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie die Teilnahme am konzernweiten Female Mentoring Programm, die Wiederbelebung des enviaM-Frauennetzwerks sowie die Einbindung der enviaM in das konzernweite Frauennetzwerk.

Jahresabschluss

zum 31. Dezember 2021

envia Mitteldeutsche Energie AG,

Chemnitz

Bilanz

Aktiva	31.12.2021	31.12.2020
	T€	T€
Anlagevermögen		
Immaterielle Vermögensgegenstände		
Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	2.237	2.643
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	34.532	24.277
Geleistete Anzahlungen	0	4.763
	36.769	31.683
Sachanlagen		
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	86.306	88.948
Technische Anlagen und Maschinen	893.460	844.586
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	19.248	20.593
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	15.092	19.401
	1.014.106	973.528
Finanzanlagen		
Anteile an verbundenen Unternehmen	734.852	731.448
Ausleihungen an verbundene Unternehmen	286.045	284.205
Beteiligungen	115.892	111.394
Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	3.718	4.318
Wertpapiere des Anlagevermögens	537.859	660.975
	1.678.366	1.792.340
	2.729.241	2.797.551
Umlaufvermögen		
Vorräte		
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	10.526	7.935
Unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen	736	541
Fertige Erzeugnisse und Waren	436	194
Geleistete Anzahlungen	85	0
	11.783	8.670
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	117.061	111.338
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	102.100	44.008
Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	5.778	6.946
Sonstige Vermögensgegenstände	60.641	5.940
	285.580	168.232
Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	208	227
	297.571	177.129
Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	2.023	794
	3.028.835	2.975.474

Passiva	31.12.2021	31.12.2020
	T€	T€
Eigenkapital		
Gezeichnetes Kapital	635.187	635.187
Kapitalrücklage	20.565	20.565
Gewinnrücklagen	1.108.491	1.148.691
Bilanzgewinn	191.075	172.637
	1.955.318	1.977.080
Sonderposten		
Sonderposten für Investitionszuwendungen zum Anlagevermögen	3.795	4.083
Sonderposten mit Rücklageanteil	30.026	37.640
	33.821	41.723
Rückstellungen		
Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	175.707	173.660
Steuerrückstellungen	12.658	18.036
Sonstige Rückstellungen	137.831	162.044
	326.196	353.740
Verbindlichkeiten		
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	6.371	305
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	98.831	70.262
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	549.360	466.473
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	8.272	408
Sonstige Verbindlichkeiten	41.766	54.558
davon aus Steuern	(5.601)	(24.275)
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit	(28)	(0)
	704.600	592.006
Passive Rechnungsabgrenzungsposten	8.900	10.925
	3.028.835	2.975.474

Gewinn- und Verlustrechnung

	2021 T€	2020 T€
Umsatzerlöse inkl. Strom- bzw. Energiesteuer	2.238.695	2.199.498
Strom- bzw. Energiesteuer	-89.859	-91.753
Umsatzerlöse	2.148.836	2.107.745
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	195	-163
Andere aktivierte Eigenleistungen	1.188	1.570
Sonstige betriebliche Erträge	111.008	287.984
Materialaufwand		
Aufwendungen für Roh- Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-1.258.928	-1.196.957
Aufwendungen für bezogene Leistungen	-515.525	-535.428
	-1.774.453	-1.732.385
Personalaufwand		
Löhne und Gehälter	-54.106	-50.746
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	-12.942	-14.809
davon für Altersversorgung	(-4.233)	(-6.737)
	-67.048	-65.555
Abschreibungen		
auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-96.871	-117.280
	-96.871	-117.280
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-133.162	-145.932
Erträge aus Beteiligungen	23.852	30.021
davon aus verbundenen Unternehmen	(9.357)	(15.490)
Ergebnis aus Ergebnisabführungsverträgen		
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	19.300	62.441
Aufwendungen aus Verlustübernahmen	-93.595	-145
	-74.295	62.296
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	29.072	23.456
davon aus verbundenen Unternehmen	(2.623)	(3.863)
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3.503	1.727
davon aus verbundenen Unternehmen	(429)	(-4)
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-15.401	-19.614
davon an verbundene Unternehmen	(1.900)	(1.935)
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-16.378	-90.429
Ergebnis nach Steuern	140.046	343.441
Sonstige Steuern	-530	-747
Jahresüberschuss	139.516	342.694
Gewinnvortrag	11.359	443
Entnahme aus den Gewinnrücklagen (im Vorjahr: Einstellung in die Gewinnrücklagen)	40.200	-170.500
Bilanzgewinn	191.075	172.637

Anhang

Allgemeines

Die wirtschaftliche Tätigkeit der envia Mitteldeutsche Energie AG mit Sitz in Chemnitz (im Folgenden auch kurz „enviaM“ genannt) erstreckt sich im Wesentlichen auf die Beschaffung und die gewerbliche Nutzung von Energie und Energieanlagen sowie auf die Versorgung mit elektrischer Energie, Gas und Wärme.

enviaM ist eine große Kapitalgesellschaft gemäß § 267 Abs. 3 und 4 HGB und ist im Handelsregister des Amtsgerichts Chemnitz unter der Nummer HRB 19751 eingetragen.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2021 wurden die Vorschriften des HGB für große Kapitalgesellschaften – unter Beachtung der Regelungen des AktG, des EnWG und des DMBilG – angewendet.

Soweit Angaben wahlweise in der Bilanz bzw. in der Gewinn- und Verlustrechnung oder im Anhang vorgenommen werden können, erfolgen diese Angaben grundsätzlich in der Bilanz bzw. in der Gewinn- und Verlustrechnung. Der Jahresabschluss wird in Euro (€) aufgestellt. Die Beträge werden in Tausend Euro (T€) angegeben. Das Geschäftsjahr entspricht dem Kalenderjahr.

Für die Gewinn- und Verlustrechnung wird das Gesamtkostenverfahren angewendet.

enviaM und ihre Tochtergesellschaften werden analog des Vorjahres in den Konzernabschluss der E.ON SE, Essen, einbezogen. Dieser Konzernabschluss wird gleichzeitig für den kleinsten und größten Konsolidierungskreis aufgestellt. Der Konzernabschluss wird nach den International Financial Reporting Standards (IFRS), wie sie in der Europäischen Union anzuwenden sind, aufgestellt. Konzernabschluss und Konzernlagebericht der E.ON SE werden beim Betreiber des Bundesanzeigers elektronisch eingereicht und bekannt gemacht (www.bundesanzeiger.de). Ein Antrag von Minderheitsgesellschaftern zur Aufstellung eines Konzernabschlusses und eines Konzernlageberichtes nach § 291 Abs. 3 Nr. 2 HGB wurde nicht gestellt. Aus diesem Grund ist enviaM unter Beachtung von § 291 HGB von der Verpflichtung befreit, einen eigenen Konzernabschluss und Konzernlagebericht aufzustellen.

Die VWS Verbundwerke Südwestsachsen GmbH, Lichtenstein/Sa., (im Folgenden kurz „VWS“ genannt) hat mit Verschmelzungsvertrag Nummer 2224 der Urkundenrolle für 2021 – L des Notars Prof. Dr. Oswald van de Loo, Dresden, vom 20. Juli 2021 im Innenverhältnis mit Wirkung ab 1. Januar 2021 ihr Vermögen als Ganzes mit allen Rechten und Pflichten unter Auflösung ohne Abwicklung im Wege der Verschmelzung durch Aufnahme gemäß §§ 2 Nr. 1 bis 32 i.V.m. §§ 46 ff und 60 ff UmwG auf enviaM übertragen. Vor Abschluss des Verschmelzungsvertrages auf enviaM hat die VWS am 29. Juni 2021 mit wirtschaftlicher Wirkung ab 1. Januar 2021 ihren Teilbetrieb Wärme auf envia Therm GmbH, Bitterfeld/Wolfen, abgespalten. Weiterhin hat die VWS vor Abschluss des Verschmelzungsvertrages auf enviaM und nach Abschluss des Abspaltungs- und Übernahmevertrages auf die envia Therm einen Verschmelzungsvertrag mit der Südwestsächsische

Netz GmbH, Crimmitschau, geschlossen. Damit hat die VWS die Südwestsächsische Netz GmbH im Wege der Verschmelzung unter Auflösung der Südwestsächsische Netz GmbH im Innenverhältnis mit Wirkung ab 1. Januar 2021 aufgenommen. Die enviaM hat somit sämtliche Vermögenswerte der VWS zuzüglich sämtlicher Vermögenswerte der Südwestsächsische Netz GmbH, die nach Abspaltung des Teilbetriebs Wärme verblieben, in Ausübung des Wahlrechts nach § 24 UmwG zu den in der Schlussbilanz zum 31. Dezember 2020 angesetzten Buchwerten übernommen. Aus der Verschmelzung entstand ein Verschmelzungsverlust in Höhe von 7.024 T€. Im Anlagengitter der enviaM werden die historischen Anschaffungs- und Herstellungskosten sowie die kumulierten Abschreibungen des verschmolzenen Anlagevermögens fortgeführt.

enviaM hat mit Wirkung zum 31. Dezember 2021 die wesentlichen Teile des von VWS übernommenen Anlagevermögens zum Buchwert in die Crimmitschau-Lichtenstein Netz GmbH & Co. KG, Crimmitschau, bzw. in die Stollberg Netz GmbH & Co. KG, Stollberg, eingebracht. Daher sind die in der Bilanz am 31. Dezember 2021 ausgewiesenen Beträge mit den Beträgen am 31. Dezember 2020 vergleichbar. Die Auswirkungen der Verschmelzung der VWS auf enviaM in der Gewinn- und Verlustrechnung sind von untergeordneter Bedeutung, so dass eine Vergleichbarkeit zwischen den Jahren 2021 und 2020 gegeben ist.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Aktiva

enviaM macht von dem Wahlrecht gemäß § 248 Abs. 2 HGB Gebrauch, selbst geschaffene immaterielle Vermögensgegenstände zu aktivieren. Sie werden zu Herstellungskosten aktiviert, sofern zum Abschlussstichtag zumindest eine hohe Wahrscheinlichkeit der tatsächlichen Entstehung eines Vermögensgegenstandes besteht. Zu den Herstellungskosten zählen die der Entwicklung direkt zurechenbaren Kosten durch den Verbrauch von Gütern, die Inanspruchnahme von Diensten und den Einsatz von Personal sowie angemessene Teile der Fertigungs- und Verwaltungsgemeinkosten gemäß § 255 Abs. 2 Satz 2 und 3 HGB.

Entgeltlich erworbene immaterielle Vermögensgegenstände sind zu Anschaffungskosten erfasst.

Selbst geschaffene und entgeltlich erworbene immaterielle Vermögensgegenstände werden entsprechend ihrer voraussichtlichen Nutzungsdauer – im Zu- und Abgangsjahr zeitanteilig - linear abgeschrieben.

Zugänge zu den Sachanlagen werden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet. Der Umfang der Anschaffungskosten entspricht § 255 Abs. 1 HGB. Die Herstellungskosten umfassen Einzelkosten für Material und Personal sowie angemessene Teile der Material-, Fertigungs- und Verwaltungsgemeinkosten gemäß § 255 Abs. 2 Satz 2 und 3 HGB. Geleistete Anzahlungen auf Sachanlagen werden mit dem Nennbetrag bewertet.

Die Abschreibungen erfolgen auf der Grundlage der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer. Bezogen auf den überwiegenden Anteil der Anschaffungs- oder Herstellungskosten werden den planmäßigen Abschreibungen folgende Nutzungsdauern zugrunde gelegt:

	Jahre
Immaterielle Vermögensgegenstände	
Software, Lizenzen	3 - 20
Sonstige Rechte	3 - 20
Dienstbarkeiten	20 - 40
Selbsterstellte immaterielle Vermögensgegenstände	5 - 10
Gebäude	12 - 50
Technische Anlagen	
Stromnetze	10 - 45
Umspann- und Schaltanlagen	10 - 25
Betriebs- und Geschäftsausstattung	1 - 20

Alle im Zeitraum vom 1. Januar 2008 bis 31. Dezember 2008 sowie alle nach dem 31. Dezember 2009 angeschafften Vermögensgegenstände des Sachanlagevermögens werden nach der linearen Methode abgeschrieben.

Bis zum 31. Dezember 2020 wurden auf Basis der Inanspruchnahme des Wahlrechtes gemäß der Übergangsregelung nach Art. 67 Abs. 4 EGHGB die planmäßigen Abschreibungen auf Sachanlagen für alle vor dem 1. Januar 2008 und für alle im Zeitraum vom 1. Januar 2009 bis 31. Dezember 2009 angeschafften Sachanlagen – soweit zum damaligen Zeitpunkt steuerlich zulässig – nach der degressiven Methode vorgenommen. Für diese Wirtschaftsgüter erfolgte – soweit bislang noch nicht durchgeführt -- ab 1. Januar 2021 die Umstellung auf die lineare Abschreibungsmethode, was zu einer Reduzierung der Abschreibungen um 8.548 T€ führte. Der Wechsel auf die lineare Abschreibungsmethode fand bis zum 31. Dezember 2020 zu dem Zeitpunkt statt, in dem die lineare Verteilung des Restbuchwertes auf die Restnutzungsdauer zu einer höheren Abschreibung führte als die Beibehaltung der degressiven Abschreibung.

Sonderabschreibungen nach dem FördergebietsG wurden in den Vorjahren vorgenommen und als Sonderposten mit Rücklageanteil ausgewiesen. Die entsprechenden Sachanlagen werden linear abgeschrieben.

Abnutzbare bewegliche Vermögensgegenstände des Sachanlagevermögens, deren Anschaffungs- oder Herstellungskosten mehr als 250,00 € und nicht mehr als 800,00 € betragen, werden mit Ausnahme der Zähler im Zugangsjahr vollständig abgeschrieben und im Anlagenspiegel als Abgang gezeigt.

Geringwertige Vermögensgegenstände des Sachanlagevermögens mit Anschaffungs- oder Herstellungskosten bis zu 250,00 € werden im Jahr der Anschaffung grundsätzlich aufwandswirksam erfasst.

Darüber hinaus werden außerplanmäßige Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen vorgenommen, soweit die beizulegenden Werte einzelner Vermögensgegenstände voraussichtlich dauerhaft unter dem Buchwert liegen. Im Falle des Wegfalls der Gründe für außerplanmäßige Abschreibungen erfolgen Zuschreibungen, die bei abnutzbaren Vermögensgegenständen des Anlagevermögens unter Berücksichtigung planmäßiger Abschreibungen ermittelt werden.

Die unter den Finanzanlagen ausgewiesenen Anteile an verbundenen Unternehmen sowie Beteiligungen und Wertpapiere des Anlagevermögens sind zu Anschaffungskosten, verzinsliche Ausleihungen zum Nennwert bewertet. Ist der beizulegende Wert aufgrund einer voraussichtlich dauernden Wertminderung niedriger, wurde dieser angesetzt.

Vorräte sind zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten gemäß § 255 Abs. 2 Satz 2 HGB unter Beachtung des Niederstwertprinzips bewertet.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind zum Nennwert bewertet. Alle erkennbaren Einzelrisiken wurden durch angemessene Abschläge berücksichtigt. Innerhalb der Forderungen aus Strom- und Gaslieferungen sind erhaltene Abschlagszahlungen mit dem abgegrenzten, noch nicht abgelesenen Verbrauch der Kunden verrechnet. Sofern es sich bei Vermögensgegenständen um Zweckvermögen zur Absicherung von Pensionsverpflichtungen handelt, erfolgt gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB eine Saldierung mit den Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen.

Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten sind zum Nennwert angesetzt.

Als aktive Rechnungsabgrenzungsposten werden Ausgaben vor dem Abschlussstichtag ausgewiesen, soweit sie Aufwand für Folgejahre darstellen.

Bestehende Differenzen zwischen handelsrechtlichen und steuerlichen Bilanzansätzen, die sich in späteren Geschäftsjahren voraussichtlich abbauen werden, führen sowohl zu aktiven als auch zu passiven latenten Steuern, die saldiert werden. Eine Nutzung des Wahlrechtes gemäß § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB erfolgt nicht, so dass nach Saldierung keine Aktivierung von latenten Steuern vorgenommen wird.

Passiva

Das Eigenkapital ist zum Nennwert bilanziert.

Steuerpflichtige Zuschüsse der öffentlichen Hand für Investitionen sind als Sonderposten für Investitionszuwendungen zum Anlagevermögen passiviert und werden über die Nutzungsdauer der begünstigten Vermögensgegenstände zugunsten der sonstigen betrieblichen Erträge aufgelöst.

In Vorjahren vorgenommene steuerrechtliche Sonderabschreibungen auf das Anlagevermögen gemäß § 4 FördergebietsG sowie Übertragungen gemäß § 6b EStG wurden bis zum 31. Dezember 2009 in den Sonderposten mit Rücklageanteil eingestellt. Der Sonderposten mit Rücklageanteil wurde bei erstmaliger Anwendung der Vorschriften des BilMoG am 1. Januar 2010 gemäß Art. 67 Abs. 3 Satz 1 EGHGB beibehalten. Die Auflösung zugunsten der sonstigen betrieblichen Erträge erfolgt konform zu den Nutzungsdauern der betroffenen Sachanlagen.

Bei der Bemessung der Rückstellungen wird allen erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten Rechnung getragen. Der Wertansatz erfolgt in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages unter Berücksichtigung erwarteter künftiger Kostensteigerungen.

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen sowie die sonstigen Rückstellungen für Vorruhestand, Altersteilzeit, Jubiläen und Sterbegeld wurden auf der Grundlage versicherungsmathematischer Berechnungen unter Berücksichtigung der Heubeck-Richttafeln 2018 G - die eine generationenabhängige Lebenserwartung berücksichtigen - nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected Unit Credit-Methode) bewertet.

Der Rückstellung für Vorruhestand liegt der Personalentwicklungsplan der enviaM bis 2028 zugrunde. Soweit das Austrittsdatum noch nicht feststeht, wurde ein durchschnittliches Austrittsdatum angenommen.

Soweit Zweckvermögen gemäß § 246 Abs. 2 HGB vorliegt, ergibt sich die Rückstellung aus dem Saldo des versicherungsmathematischen Barwertes der Verpflichtung und des beizulegenden Zeitwertes des zur Deckung gebildeten Zweckvermögens. Der beizulegende Zeitwert entspricht grundsätzlich dem Marktwert des verrechneten Zweckvermögens. Ergebnisauswirkungen aus der Änderung des Diskontierungszinssatzes, Zeitwertänderungen des Zweckvermögens und laufende Erträge des Zweckvermögens werden nach Verrechnung in den sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträgen bzw. Zinsen und ähnlichen Aufwendungen ausgewiesen.

Die Pensionsrückstellungen wurden mit dem von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt, abgezinst. Zwischen dem 10-Jahresdurchschnittszinssatz zum 31. Dezember 2021 (1,87 %; im Vorjahr: 2,30 %) und dem 7-Jahresdurchschnittszinssatz zum 31. Dezember 2021 (1,35 %; im Vorjahr: 1,60 %) ergibt sich bei der Bewertung der Pensionsrückstellungen ein Unterschiedsbetrag in Höhe von 15.425 T€ (im Vorjahr: 20.224 T€), der grundsätzlich ausschüttungsgesperrt ist.

Die für die Pensionsrückstellungen zugrunde gelegten Lohn- und Gehaltsteigerungen lagen analog des Vorjahres zwischen 0,00 % und 2,35 %. Für Renten wurden analog des Vorjahres Steigerungsraten zwischen 0,00 % und 1,60 % angenommen.

Das Wahlrecht nach Art. 28 Abs. 1 Satz 2 EGHGB wurde nicht in Anspruch genommen. Alle mittelbaren Pensionsverpflichtungen wurden in Höhe ihrer Unterdeckung bilanziert. Dabei wurde das Kassenvermögen der Unterstützungskasse vom Verpflichtungswert abgesetzt.

Die mittel- und langfristigen sonstigen Rückstellungen wurden entsprechend ihrer Restlaufzeit mit dem von der Deutschen Bundesbank zum 31. Dezember 2021 veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre abgezinst (§ 253 Abs. 2 Satz 1 HGB). Zur Anwendung kamen Zinssätze zwischen 0,30 % und 1,35 % (im Vorjahr: zwischen 0,44 % und 1,60 %). Erwartete künftige Kostensteigerungen wurden berücksichtigt.

Verbindlichkeiten sind mit ihrem Erfüllungsbetrag und erhaltene Anzahlungen mit dem Nennwert passiviert. Innerhalb der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sind Zahlungsverpflichtungen aus abgegrenzten noch nicht abgelesenen Netznutzungen mit den geleisteten Abschlagszahlungen verrechnet. Die Wertansätze der Eventualverbindlichkeiten entsprechen dem am Bilanzstichtag bestehenden Haftungsumfang.

Vereinnahmte Baukostenzuschüsse und Hausanschlusskosten werden im passiven Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen und rätierlich über einen Gesamtzeitraum von 20 Jahren zugunsten der Umsatzerlöse aufgelöst.

Abweichend vom Einzelbewertungsgrundsatz werden schwebende Energieverträge für Zwecke der Bewertung zu Portfolios zusammengefasst. Dabei handelt es sich bei den schwebenden Beschaffungsgeschäften um physisch zu erfüllende Warentermingeschäfte, die zur Marktpreisicherung für zukünftige Strom- und Gaslieferverträge dienen. Die Zusammenfassung der Portfolios richtet sich dabei nach den Vorgaben des Risikomanagements. Im Segment Geschäftskunden werden Energiebezugspreise durch eine bedarfsgerechte Back-to-Back-Beschaffung abgesichert. Für Energielieferungen im Segment Privat- und Geschäftskunden sowie Weiterverteiler (mit hoher Wahrscheinlichkeit erwartete Transaktionen) erfolgt eine strukturierte Beschaffung (Tranchenmodell), wobei auch Prognosedaten für Energielieferungen in branchenüblichen Zeiträumen (maximal bis 2026) berücksichtigt werden.

Es erfolgt eine portfoliobezogene Deckungsbeitragsrechnung, in der die Portfolios sachgerecht voneinander abgegrenzt und gesteuert werden. Die Energiebezugsaufwendungen werden dabei mittels Transferpreismodell zugeordnet. Das ermöglicht eine zukunfts- und vergangenheitsorientierte Betrachtung. Die Ergebnisse der Deckungsbeitragsrechnung können auf die Gewinn- und Verlustrechnung übergeleitet werden. Drohverlustrückstellungen sind gemäß Deckungsbeitragsrechnung nicht zu bilden.

Als passive Rechnungsabgrenzungsposten werden Einnahmen vor dem Abschlussstichtag ausgewiesen, soweit sie Ertrag für Folgejahre darstellen.

Erläuterungen zur Bilanz

Anlagevermögen

Das Anlagevermögen entwickelte sich im Geschäftsjahr wie folgt:

Buchwerte

	31.12.2021 T€	31.12.2020 T€
Immaterielle Vermögensgegenstände		
Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	2.237	2.643
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	34.532	24.277
Geleistete Anzahlungen	0	4.763
	36.769	31.683
Sachanlagen		
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	86.306	88.948
Technische Anlagen und Maschinen	893.460	844.586
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	19.248	20.593
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	15.092	19.401
	1.014.106	973.528
Finanzanlagen		
Anteile an verbundenen Unternehmen	734.852	731.448
Ausleihungen an verbundene Unternehmen	286.045	284.205
Beteiligungen	115.892	111.394
Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	3.718	4.318
Wertpapiere des Anlagevermögens	537.859	660.975
	1.678.366	1.792.340
Anlagevermögen	2.729.241	2.797.551

Anschaffungs- oder Herstellungskosten

Vortrag zum 01.01.2021 T€	Verschmelzung VWS T€	Zugänge T€	Umbuchungen T€	Abgänge T€	Stand am 31.12.2021 T€
3.256	0	348	0	-105	3.499
61.415	1.817	19.542	4.769	-1.738	85.805
4.763	0	0	-4.763	0	0
69.434	1.817	19.890	6	-1.843	89.304
225.532	3.395	1.480	1.091	-2.054	229.444
3.655.944	72.579	108.470	13.140	-92.303	3.757.830
62.382	1.670	5.095	204	-4.593	64.758
19.401	652	13.366	-14.441	-3.886	15.092
3.963.259	78.296	128.411	-6	-102.836	4.067.124
735.195	0	37.880	-12	-38.211	734.852
284.335	0	119.687	0	-117.977	286.045
111.747	0	4.874	12	-388	116.245
4.318	0	0	0	-600	3.718
660.975	0	0	0	-123.116	537.859
1.796.570	0	162.441	0	-280.292	1.678.719
5.829.263	80.113	310.742	0	-384.971	5.835.147

kumulierte Abschreibungen

	Vortrag zum 01.01.2021 T€
Immaterielle Vermögensgegenstände	
Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	613
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	37.138
Geleistete Anzahlungen	0
	37.751
Sachanlagen	
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	136.584
Technische Anlagen und Maschinen	2.811.358
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	41.789
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0
	2.989.731
Finanzanlagen	
Anteile an verbundenen Unternehmen	3.747
Ausleihungen an verbundene Unternehmen	130
Beteiligungen	353
Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0
Wertpapiere des Anlagevermögens	0
	4.230
Anlagevermögen	3.031.712

Verschmelzung VWS T€	Abschreibungen T€	Zuschreibungen T€	Umbuchungen T€	Abgänge T€	Stand am 31.12.2021 T€
0	667	0	0	-18	1.262
1.216	13.727	0	0	-808	51.273
0	0	0	0	0	0
1.216	14.394	0	0	-826	52.535
1.775	7.246	-736	0	-1.731	143.138
45.546	69.236	0	0	-61.770	2.864.370
1.342	5.995	0	0	-3.616	45.510
0	0	0	0	0	0
48.663	82.477	-736	0	-67.117	3.053.018
0	0	0	0	-3.747	0
0	0	-130	0	0	0
0	0	0	0	0	353
0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0
0	0	-130	0	-3.747	353
49.879	96.871	-866	0	-71.690	3.105.906

An nachstehend aufgeführten Unternehmen ist enviaM gemäß § 16 AktG beteiligt (Angabe gemäß § 285 Nr. 11 HGB).

Die folgenden verbundenen Unternehmen werden davon in den Konzernabschluss der E.ON SE einbezogen:

Name und Sitz der Gesellschaft	unmittelbare Beteiligung	mittelbare Beteiligung	Eigenkapital zum 31.12.2021	Ergebnis 2021
	%	%	T€	T€
Mitteldeutsche Netzgesellschaft Strom mbH, Halle (Saale) 1)	100,00		294.837	0
envia THERM GmbH, Bitterfeld-Wolfen 1)	100,00		69.510	0
enviaM Beteiligungsgesellschaft Chemnitz GmbH, Chemnitz 1)	100,00		56.366	0
envia TEL GmbH, Markkleeberg	100,00		29.693	78
EVIP GmbH, Bitterfeld-Wolfen 1)	100,00		11.347	0
envia SERVICE GmbH, Cottbus	100,00		3.981	1.190
Verteilnetz Plauen GmbH, Plauen 1)	100,00		25	0
MITGAS Mitteldeutsche Gasversorgung GmbH, Halle (Saale)	75,40		130.462	38.506
Mitteldeutsche Netzgesellschaft Gas mbH, Halle (Saale) 1)		100,00	25	0

1 Gewinnabführungsvertrag mit dem Mehrheitsgesellschafter

Die folgenden verbundenen Unternehmen werden nicht in den Konzernabschluss der E.ON SE einbezogen:

Name und Sitz der Gesellschaft	unmittelbare Beteiligung %	mittelbare Beteiligung %	Eigenkapital zum 31.12.2020 T€	Ergebnis 2020 T€
WEK Windenergie Kolkwitz GmbH & Co. KG, Kolkwitz	100,00		5.474	409
Windpark Lützen GmbH & Co. KG, Lützen	100,00		632	122
Ackermann & Knorr Ingenieur GmbH, Chemnitz	100,00		295	123
NRF Neue Regionale Fortbildung GmbH, Halle (Saale)	100,00		170	28
GKB Gesellschaft für Kraftwerksbeteiligungen mbH, Cottbus	100,00		102	5
Windpark Verwaltungsgesellschaft mbH, Lützen	100,00		61	8
Windenergie Frehne Management GmbH, Lützen	100,00		43	1
WPB Windpark Börnicke GmbH & Co. KG, Lützen	100,00		39	-7
enviaM Neue Energie Management GmbH, Lützen	100,00		35	1
WPK Windpark Kraasa GmbH & Co. KG, Lützen	100,00		32	-6
WET Windenergie Trampe GmbH & Co. KG, Lützen	100,00		32	-6
enviaM Zweite Neue Energie Management GmbH, Lützen	100,00		31	3
WKH Windkraft Hochheim Management GmbH, Lützen	100,00		28	1
SEG Solarenergie Guben Management GmbH, Lützen	100,00		28	1
EE2 Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG, Lützen	100,00		21	-4
SEW Solarenergie Weißenfels GmbH & Co. KG, Lützen	100,00		19	-5
SPG Solarpark Guben GmbH & Co. KG, Lützen	100,00		11	-12
Stollberg Netz Verwaltungs GmbH, Stollberg 3)	100,00		-	-
Windkraft Hochheim GmbH & Co. KG, Lützen	90,00		3.713	299
Crimmitschau-Lichtenstein Netz GmbH & Co. KG, Crimmitschau 3)	81,00		-	-
WGK Windenergie Großkorbetha GmbH & Co. KG, Lützen	75,00		7.100	277
Lößnitz Netz GmbH & Co. KG, Lößnitz	74,90		5.472	236
Oschatz Netz GmbH & Co. KG, Oschatz	74,90		808	164
bildungszentrum energie GmbH, Halle (Saale)	74,50	25,50	807	298
Macherner Bau- und Elektrogenossenschaft mbH, Machern 4)	51,00		362	136
SEN Solarenergie Nienburg GmbH & Co. KG, Lützen	50,00		21	-12
A/V/E GmbH, Halle (Saale)	25,90	25,10	2.022	268
Oschatz Netz Verwaltungs GmbH, Oschatz 1)		100,00	26	-5
Lößnitz Netz Verwaltungs GmbH, Lößnitz 1)		100,00	25	0
Mitteldeutsche Netzgesellschaft Gas HD mbH, Halle (Saale) 1)2)		100,00	25	0
Mitteldeutsche Netzgesellschaft mbH, Chemnitz		100,00	19	-1
E.ON TowerCo GmbH, Markkleeberg 3)		100,00	-	-
Crimmitschau-Lichtenstein Netz Verwaltungs GmbH, Crimmitschau 3)		100,00	-	-

1) Gewinnabführungsvertrag mit dem Mehrheitsgesellschafter

2) Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2021

3) Gründung in 2021

4) Erwerb in 2021

Darüber hinaus werden folgende Beteiligungen gehalten:

Name und Sitz der Gesellschaft	unmittelbare Beteiligung	mittelbare Beteiligung	Eigenkapital zum 31.12.2020	Ergebnis 2020
	%	%	T€	T€
Fernwärmeversorgung Zwönitz GmbH (FWZ), Zwönitz	50,00		4.416	654
Netzgesellschaft Grimma GmbH & Co. KG, Grimma	49,00		7.670	391
Stadtwerke - Strom Plauen GmbH & Co. KG, Plauen	49,00		6.812	1.513
Energieversorgung Marienberg GmbH, Marienberg 1)	49,00		3.588	581
Stadtwerke Roßlau Fernwärme GmbH, Dessau-Roßlau	49,00		1.565	384
Wärmeversorgung Mücheln GmbH, Geiseltal	49,00		948	127
Wärmeversorgung Wachau GmbH, Markkleeberg	49,00		220	47
Stollberg Netz GmbH & Co. KG, Stollberg 3)	49,00		-	-
Technische Werke Naumburg GmbH, Naumburg (Saale) 1)	47,00		11.875	0
Stadtwerke Bernburg GmbH, Bernburg (Saale) 1)	45,00		32.759	0
Energieversorgung Guben GmbH, Guben	45,00		17.362	0
Windenergie Frehne GmbH & Co. KG, Lützen	41,03		4.461	119
Stadtwerke Merseburg GmbH, Merseburg 1)	40,00		26.401	300
Stadtwerke Bitterfeld-Wolfen GmbH, Bitterfeld-Wolfen 1)	40,00		20.739	300
Heizkraftwerk Zwickau Süd GmbH & Co. KG, Zwickau	40,00		1.000	924
Städtische Werke Borna GmbH, Borna	36,75		5.535	793
Stadtwerke Aschersleben GmbH, Aschersleben	35,00		18.613	3.465
Windenergie Briesensee GmbH, Neu Zauche	31,48		1.618	65
Freiberger Stromversorgung GmbH (FSG), Freiberg	30,00		13.229	1.710
Sandersdorf-Brehna Netz GmbH & Co. KG, Sandersdorf-Brehna	27,60	21,40	4.826	405
Stadtwerke Schwarzenberg GmbH, Schwarzenberg/Erzgeb.	27,54		15.342	1.516
Zwickauer Energieversorgung GmbH, Zwickau 1)	27,00		45.360	673
Windkraft Jerichow-Mangelsdorf I GmbH & Co. KG, Burg	25,10		4.167	720
SEG Solarenergie Guben GmbH & Co. KG, Guben	25,10		2.308	88
Stadtwerke Zeitz GmbH, Zeitz	24,75		21.504	3.075
Stadtwerke Weißenfels GmbH, Weißenfels	24,50		24.614	3.390
Stadtwerke Meerane GmbH, Meerane	24,50		15.098	1.807
Stadtwerke Aue - Bad Schlema GmbH, Aue-Bad Schlema	24,50		14.281	2.104
Stadtwerke Reichenbach/Vogtland GmbH, Reichenbach im Vogtland	24,50		14.202	1.327
GISA GmbH, Halle (Saale)	23,90		13.144	1.702
VEM Neue Energie Muldentale GmbH & Co. KG, Markkleeberg		50,00	345	19
Erdgasversorgung Industriepark Leipzig Nord GmbH, Leipzig		50,00	202	11
eins energie in sachsen GmbH & Co. KG, Chemnitz		9,15	468.390	70.930

1) Gewinnabführungsvertrag mit dem Mehrheitsgesellschafter

3) Gründung in 2021

Bei den Wertpapieren des Anlagevermögens handelt es sich um Fondsanteile an einem Spezialfonds:

Spezialfondsart	Buchwert 31.12.2021 T€	Marktwert 31.12.2021 T€	Abweichung 31.12.2021 T€	Ausschüttung 2021 T€	Tägliche Rückgabe
Mischfonds	537.859	589.587	51.728	14.328	möglich

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen betreffen vor allem Ansprüche aus Verbrauchsabgrenzungen für Strom- und Gaslieferungen an Endkunden mit rollierender Verbrauchsablesung in Höhe von insgesamt 78.853 T€ (im Vorjahr: 83.647 T€). Den Forderungen aus Verbrauchsabgrenzungen in Höhe von 543.147 T€ (im Vorjahr: 545.173 T€) stehen erhaltene Anzahlungen von 464.294 T€ (im Vorjahr: 461.526 T€) gegenüber.

Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2021 T€	31.12.2020 T€
Finanzforderungen	74.250	5.332
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	7.835	11.612
Sonstige Forderungen	20.015	27.064
	102.100	44.008

Alle gleichartigen Forderungen und Verbindlichkeiten gegen bzw. gegenüber verbundenen Unternehmen, bei denen Gläubiger und Schuldner identisch sind und die die gleiche Fristigkeit aufweisen, werden saldiert ausgewiesen.

Die Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2021 T€	31.12.2020 T€
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	3.176	4.448
Sonstige Forderungen	2.602	2.498
	5.778	6.946

Innerhalb der sonstigen Vermögensgegenstände sind analog des Vorjahres keine Forderungen enthalten, die rechtlich erst nach dem Stichtag entstehen.

Von den Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen haben 9 T€ (im Vorjahr: 23 T€) eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr. Sie betreffen mit 1 T€ (im Vorjahr: 2 T€) Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und mit 8 T€ (im Vorjahr: 21 T€) sonstige Vermögensgegenstände.

Eigenkapital

Die Zusammensetzung und Entwicklung des Eigenkapitals ist nachfolgender Übersicht zu entnehmen:

	Vortrag zum 01.01.2021	Gewinn- ausschüttung	Entnahme aus den Rücklagen	Einstellung aus dem Jahres- überschuss	Stand am 31.12.2021
	T€	T€	T€	T€	T€
Gezeichnetes Kapital	635.187	0	0	0	635.187
Kapitalrücklage	20.565	0	0	0	20.565
Gewinnrücklagen					
Gesetzliche Rücklage					
gemäß § 27 Abs. 2 DMBilG	114.659	0	0	0	114.659
davon zugleich i.S.d. § 150 Abs. 2 AktG	(114.659)	(0)	(0)	(0)	(114.659)
Andere Gewinnrücklagen	1.034.032	0	-40.200	0	993.832
	1.148.691	0	-40.200	0	1.108.491
Bilanzgewinn	172.637	161.278	40.200	139.516	191.075
davon Gewinnvortrag	(443)	(0)	(0)	(0)	(11.359)
	1.977.080	161.278	0	139.516	1.955.318

Die Anteilseigner der enviaM zum Bilanzstichtag sind:

Aktionär	Anteilsverhältnis %	Aktien Stück
E.ON Vermögensverwaltungs GmbH, Essen	37,91	94.080.044
KBE Kommunale Beteiligungsgesellschaft mbH an der envia, Chemnitz	22,57	56.007.286
enviaM Beteiligungsgesellschaft mbH, Essen	19,99	49.588.590
KBM Kommunale Beteiligungsgesellschaft mbH an der envia Mitteldeutsche Energie AG, Bitterfeld-Wolfen	15,44	38.298.419
Städte, Gemeinden, Stadtwerke	4,09	10.145.660
E.ON SE, Essen	0,00	1
	100,00	248.120.000

Das gezeichnete Kapital (Grundkapital) ist in 248.120.000 auf den Namen lautende Stückaktien (Stammaktien) eingeteilt.

Der innogy SE, Essen, gehört mittelbar über die innogy International Participations N.V., Essen (seit 3. Januar 2022: E.ON International Participations N.V., Essen) und die E.ON Vermögensverwaltungs GmbH, Essen, (bis 14. Dezember 2021: innogy Zweite Vermögensverwaltungs GmbH, Essen) sowie vermittelt durch die E.ON Vermögensverwaltungs GmbH, Essen, und die RL Beteiligungsverwaltung mit beschränkter Haftung OHG, Essen, über die enviaM Beteiligungsgesellschaft mbH, Essen, die Mehrheit der Anteile an der enviaM. Die Mehrheit der Anteile an der innogy SE hält die E.ON

Beteiligungen GmbH, Essen. Die Mehrheit der Anteile an der E.ON Beteiligungen GmbH hält die E.ON SE, Essen. Sowohl der E.ON SE als auch der E.ON Beteiligungen sind damit gemäß § 20 Abs. 4 i.V.m. § 16 Abs. 1 AktG die Mehrheit der Anteile an enviaM zuzurechnen. Über diese Beteiligungsverhältnisse wurde enviaM letztmalig mit Schreiben vom 30. April 2021 informiert.

Sonderposten mit Rücklageanteil

	31.12.2021	31.12.2020
	T€	T€
Sonderposten mit Rücklageanteil		
Steuerrechtliche Sonderabschreibungen		
gemäß § 4 FördergebietsG	25.111	32.082
gemäß § 6b EStG	4.915	5.558
	30.026	37.640

Rückstellungen

Nachstehend aufgeführte Vermögensgegenstände, die dem Zugriff aller Gläubiger entzogen sind und ausschließlich der Erfüllung von Altersversorgungsverpflichtungen dienen, wurden gemäß § 246 Abs. 2 HGB mit diesen Schulden verrechnet; entsprechend wurde mit den zugehörigen Aufwendungen und Erträgen verfahren:

	Anschaffungskosten	Zeitwert	Erfüllungsbetrag
	31.12.2021	vor Verrechnung	vor Verrechnung
	T€	T€	T€
Unmittelbare Pensionsverpflichtungen aus deferred compensation			
Verrechnete Vermögensgegenstände			
Sonstige Vermögensgegenstände aus verpfändeten Rückdeckungsversicherungen	1.170	1.170	-
Verrechnete Schulden			
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen aus deferred compensation	-	-	1.170

	Anschaffungskosten 31.12.2020 T€	Zeitwert vor Verrechnung 31.12.2020 T€	Erfüllungsbetrag vor Verrechnung 31.12.2020 T€
Unmittelbare Pensionsverpflichtungen aus deferred compensation			
Verrechnete Vermögensgegenstände			
Sonstige Vermögensgegenstände aus verpfändeten Rückdeckungsversicherungen	1.124	1.124	-
Verrechnete Schulden			
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen aus deferred compensation	-	-	1.124

Die Anschaffungskosten und die beizulegenden Zeitwerte wurden auf der Grundlage versicherungsmathematischer Berechnungen ermittelt.

Ferner wurden Zinserträge in Höhe von 38 T€ (im Vorjahr: 30 T€) mit Zinsaufwendungen in Höhe von 38 T€ (im Vorjahr: 30 T€) verrechnet.

Die Steuerrückstellungen betreffen hauptsächlich Verpflichtungen aus Körperschaft- und Gewerbesteuer für die Veranlagungszeiträume 2013 bis 2016 und 2020.

Die sonstigen Rückstellungen beinhalten im Wesentlichen eingegangene Verpflichtungen gegenüber den Arbeitnehmern im Zusammenhang mit den Betriebsvereinbarungen zum Vorruhestand, ausstehende Eingangsrechnungen, Prozessrisiken, Zinszahlungsverpflichtungen sowie andere ungewisse Verbindlichkeiten.

Verbindlichkeiten

	31.12.2021		31.12.2020			
	T€	Restlaufzeit ≤ 1 Jahr T€	Restlaufzeit > 1 Jahr T€	T€	Restlaufzeit ≤ 1 Jahr T€	Restlaufzeit > 1 Jahr T€
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	6.371	6.371	0	305	305	0
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	98.831	98.831	0	70.262	70.262	0
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	549.360	549.360	0	466.473	466.473	0
davon aus Finanzierung	(384.843)	(384.843)	(0)	(417.737)	(417.737)	(0)
davon aus erhaltenen Anzahlungen	(19.883)	(19.883)	(0)	(0)	(0)	(0)
davon aus Lieferungen und Leistungen	(51.039)	(51.039)	(0)	(48.592)	(48.592)	(0)
davon Sonstige Verbindlichkeiten	(93.595)	(93.595)	(0)	(144)	(144)	(0)
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	8.272	8.272	0	408	408	0
davon aus erhaltenen Anzahlungen	(7.770)	(7.770)	(0)	(0)	(0)	(0)
davon aus Lieferungen und Leistungen	(502)	(502)	(0)	(408)	(408)	(0)
Sonstige Verbindlichkeiten	41.766	41.766	0	54.558	54.558	0
davon aus Steuern	(5.601)	(5.601)	(0)	(24.275)	(24.275)	(0)
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit	(28)	(28)	(0)	(0)	(0)	(0)
	704.600	704.600	0	592.006	592.006	0

In den Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sind mit 41.535 T€ (im Vorjahr: 45.653 T€) Abgrenzungen aus Verbindlichkeiten aus Netznutzungsentgelten enthalten, welche mit geleisteten Anzahlungen in Höhe von 35.145 T€ (im Vorjahr: 35.642 T€) verrechnet wurden.

Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Unter dem passiven Rechnungsabgrenzungsposten sind mit 7.703 T€ (im Vorjahr: 10.749 T€) Baukostenzuschüsse und Hausanschlusskosten bilanziert.

Ferner werden mit 1.197 T€ (im Vorjahr: 176 T€) sonstige Einnahmen vor dem Abschlussstichtag ausgewiesen, die Erträge für eine bestimmte Zeit nach dem Abschlussstichtag darstellen.

Latente Steuern

Zwischen enviaM und fünf Organgesellschaften besteht jeweils ein Gewinnabführungsvertrag und damit eine körperschaftsteuerliche und gewerbsteuerliche Organschaft. Die Ermittlung und ein ggf. erforderlicher Ansatz latenter Steuern erfolgt bei enviaM als Organträger.

Bei der Ermittlung der latenten Steuern wurde analog des Vorjahres ein unternehmensindividueller Steuersatz von 29,83 % zugrunde gelegt. Insgesamt übersteigen die aktiven latenten Steuern die passiven latenten Steuern, wodurch sich eine zukünftige Steuerentlastung ergibt, die nicht bilanziert wird.

Die aktiven latenten Steuern resultieren hauptsächlich aus Ansatz- bzw. Bewertungsunterschieden bei Rückstellungen. Die passiven latenten Steuern betreffen ausschließlich Bewertungsunterschiede bei Sachanlagen.

	01.01.2021	Veränderung	31.12.2021
	T€	T€	T€
Aktive latente Steuern	79.233	7.378	86.611
Passive latente Steuern	-28.908	-13.703	-42.611
	50.325	-6.325	44.000

Haftungsverhältnisse, sonstige finanzielle Verpflichtungen und außerbilanzielle Geschäfte gemäß § 251 bzw. § 285 Nr. 3 und Nr. 3a HGB

Die zugunsten anderer Unternehmen eingegangenen Verpflichtungen in Form von Bürgschaften und Garantien gegenüber Dritten in Höhe von 31.467 T€ (im Vorjahr: 25.039 T€) - davon gegenüber verbundenen Unternehmen: 31.277 T€ (im Vorjahr: 24.849 T€); davon gegenüber assoziierten Unternehmen: 190 T€ (im Vorjahr: 190 T€) - sind nicht zu passivieren, da die zugrunde liegenden Verbindlichkeiten aus den Erkenntnissen der Vergangenheit voraussichtlich auch in Zukunft durch die Unternehmen erfüllt werden können und daher nicht mit einer Inanspruchnahme zu rechnen ist.

Ferner hat enviaM drei verbundenen Unternehmen die Zusage erteilt, auf deren Anforderung Bürgschaften zur Absicherung der Vertragserfüllung gegenüber den Geschäftspartnern der verbundenen Unternehmen bis zu einer maximalen Höhe von insgesamt 70.000 T€ (im Vorjahr: 65.000 T€) zu übernehmen. Bis zum 31. Dezember 2021 wurden im Umfang von 11.123 T€ (im Vorjahr: 14.407 T€) Bürgschaften zugunsten dieser verbundenen Unternehmen durch enviaM übernommen. Ob die Restbeträge bis zum Ende der Laufzeit der Vereinbarungen am 31. Dezember 2022 bzw. am 31. Dezember 2025 noch in Anspruch genommen werden, ist nicht beurteilbar. Von einer Inanspruchnahme der enviaM aus diesen Bürgschaften ist nicht auszugehen, da bei den Bürgschaftsnehmern eine stabile Vermögens-, Finanz- und Ertragslage vorliegt.

Darüber hinaus ist enviaM gegenüber einem Beteiligungsunternehmen bis zum 30. Dezember 2033 verpflichtet, das Strom- und Gasnetz dieser Gesellschaft zu einem Kaufpreis von 9.000 T€ zu erwerben, sofern das Beteiligungsunternehmen seinen Verbindlichkeiten aus einem Darlehensvertrag gegenüber Dritten nicht nachkommt. Eine Inanspruchnahme der enviaM aus dieser Verpflichtung ist derzeit nicht wahrscheinlich, da das Beteiligungsunternehmen seinen Zahlungsverpflichtungen in der Vergangenheit stets nachgekommen ist und keine Anzeichen dafür vorliegen, dass es diesbezüglich in der Zukunft eine Änderung geben könnte.

Außerdem bestehen Verpflichtungen aus der gesamtschuldnerischen Haftung für Verpflichtungen gegenüber Arbeitnehmern in Höhe von 340 T€ (im Vorjahr: 304 T€). Eine Inanspruchnahme der enviaM aus dieser Verpflichtung ist nicht wahrscheinlich, da keine Hinweise vorliegen, wonach der Hauptschuldner als nicht zahlungsfähig eingeschätzt wird.

Im Jahr 2017 hat enviaM Anteile an einer Beteiligung verkauft. Sofern infolge weiterer Veräußerungen der Anteil der enviaM am Stammkapital dieser Beteiligung unter 25,1 % fällt, wird der Käuferin eine Put-Option zur Rückübertragung der verkauften Geschäftsanteile eingeräumt. Es wird derzeit nicht davon ausgegangen, dass diese Put-Option in Anspruch genommen werden kann, da Anteilsverkäufe durch enviaM zur Zeit nicht vorgesehen sind.

Ferner wurde den Mitgesellschaftern einer Beteiligung ein Andienungsrecht ihrer Anteile an der Gesellschaft bis zum 31. Dezember 2026 in Höhe von 19,00 % zu einem Kaufpreis von mindestens 703 T€ eingeräumt.

Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2021	Restlaufzeit			31.12.2020
	T€	< 1 Jahr T€	1 bis 5 Jahre T€	> 5 Jahre T€	T€
Dienstleistungsverträge	134.577	55.732	78.845	0	119.398
davon gegenüber verbundenen Unternehmen	(76.517)	(26.702)	(49.815)	(0)	(67.277)
davon gegenüber assoziierten Unternehmen	(58.060)	(29.030)	(29.030)	(0)	(52.120)
Strombeschaffungsverträge	889.503	570.556	318.947	0	855.383
davon gegenüber verbundenen Unternehmen	(482.700)	(362.657)	(120.043)	(0)	(515.913)
davon gegenüber assoziierten Unternehmen	(13.024)	(6.357)	(6.667)	(0)	(10.408)
Gasbeschaffungsverträge	4.640	3.521	1.119	0	3.926
davon gegenüber verbundenen Unternehmen	(4.640)	(3.521)	(1.119)	(0)	(3.317)
Miet-, Pacht- und Leasingverträge	12.365	2.748	9.617	0	14.655
davon gegenüber verbundenen Unternehmen	(12.365)	(2.748)	(9.617)	(0)	(14.655)
Bestellobligo aus erteilten Investitionsaufträgen	59.535	59.535	0	0	5.526
davon gegenüber verbundenen Unternehmen	(58.883)	(58.883)	(0)	(0)	(5.507)
Übrige sonstige finanzielle Verpflichtungen	5.094	5.094	0	0	0
davon gegenüber verbundenen Unternehmen	(5.094)	(5.094)	(0)	(0)	(0)
Summe sonstige finanzielle Verpflichtungen	1.105.714	697.186	408.528	0	998.888
davon gegenüber verbundenen Unternehmen	(640.199)	(459.605)	(180.594)	(0)	(606.669)
davon gegenüber assoziierten Unternehmen	(71.084)	(35.387)	(35.697)	(0)	(62.528)

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Umsatzerlöse

	2021 T€	2020 T€
Umsatzerlöse inkl. Strom- bzw. Energiesteuer		
Strom	1.774.010	1.775.825
Gas	36.532	3.788
Sonstige Umsatzerlöse	428.153	419.885
	2.238.695	2.199.498
Strom- bzw. Energiesteuer	-89.859	-91.753
	2.148.836	2.107.745

In den Umsatzerlösen sind periodenfremde Erlöse in Höhe von 18.701 T€ (im Vorjahr: -3.295 T€) enthalten, die im Wesentlichen aus der Verbrauchshochrechnung resultieren.

Die Umsatzerlöse wurden im Wesentlichen im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland erzielt.

Sonstige betriebliche Erträge

	2021 T€	2020 T€
Konzessionsabgabe	59.748	54.309
Auflösung des Sonderpostens mit Rücklageanteil	7.614	8.775
davon aus Sonderabschreibungen gemäß § 4 FördergebietsG	(6.971)	(8.507)
davon aus Sonderabschreibungen gemäß § 6b EStG	(643)	(268)
Auflösung von Rückstellungen	21.149	38.211
Wertanpassungen des Umlaufvermögens, ertragswirksame Vereinnahmung von Verbindlichkeiten und Zahlungseingänge auf ausgebuchte Forderungen	5.255	1.032
Abgänge von immateriellen Vermögensgegenständen und Sachanlagen	2.304	80.545
Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuwendungen zum Anlagevermögen	428	434
Abgang von Finanzanlagen	274	169
Zuschreibungen auf Finanzanlagen	130	90.369
Übrige Erträge	14.106	14.140
	111.008	287.984

Aufgrund der bestehenden Konzessionsverträge mit den Kommunen ist enviaM als Konzessionsnehmer verpflichtet, Konzessionsabgaben zu entrichten. Die von der Mitteldeutsche Netzgesellschaft Strom mbH, Halle (Saale), im Rahmen der Netznutzungsentgelte vereinnahmten Konzessionsabgaben werden an enviaM weitergeleitet.

Materialaufwand

Im Materialaufwand sind periodenfremde Aufwendungen in Höhe von 10.195 T€ (Vorjahr: -4.125 T€) enthalten, die im Wesentlichen aus energiewirtschaftlichen Abgrenzungen resultieren.

Abschreibungen

Die Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen enthalten in Höhe von 2.569 T€ (im Vorjahr: 948 T€) außerplanmäßige Abschreibungen.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

	2021 T€	2020 T€
Konzessionsabgabe	-59.748	-54.309
Verluste aus Wertminderungen und Abgängen von Gegenständen des Umlaufvermögens	-4.201	-4.664
Verluste aus Abgängen von immateriellen Vermögensgegenständen und Sachanlagen	-3.872	-6.147
Übrige sonstige betriebliche Aufwendungen	-65.341	-80.812
	-133.162	-145.932

Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge

In den Zinserträgen von verbundenen Unternehmen sind Negativzinsen aus Cash-Pool-Forderungen in Höhe von 299 T€ (im Vorjahr: 47 T€) enthalten.

Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Die Zinsen und ähnlichen Aufwendungen enthalten mit 15.364 T€ (im Vorjahr: 19.486 T€) die Aufzinsung von langfristigen Rückstellungen. In den Zinsaufwendungen von verbundenen Unternehmen sind Negativzinsen aus Cash-Pool-Forderungen in Höhe von 2.098 T€ (im Vorjahr: 1.974 T€) enthalten.

Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag betreffen im Wesentlichen Aufwendungen für Vorauszahlungen an das Finanzamt abzüglich der Erhöhung der Steuerforderungen im Berichtsjahr (im Vorjahr: zuzüglich der Steuerrückstellungen) in Höhe von insgesamt 37.120 T€ (im Vorjahr: 78.785 T€). Darüber hinaus sind periodenfremde Steueraufwendungen (6.749 T€; im Vorjahr: 19.226 T€) und periodenfremde Steuererträge (27.491 T€; im Vorjahr: 7.583 T€) enthalten.

Sonstige Anhangangaben

Geschäfte größeren Umfangs, die mit verbundenen oder assoziierten Unternehmen getätigt wurden (§ 6b Abs. 2 EnWG)

Im Geschäftsjahr wurden Geschäfte größeren Umfangs, die aus dem Rahmen der gewöhnlichen Energieversorgungstätigkeit herausfallen und für die Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage nicht von untergeordneter Bedeutung sind, mit verbundenen Unternehmen wie folgt getätigt:

	2021	2020
	T€	T€
Erträge aus der Verpachtung des regulierten Netzes	181.058	199.118
Erträge aus kaufmännischen Dienstleistungen	64.619	60.626
Erträge aus IT-technischen Dienstleistungen	55.071	47.530
Zinserträge aus Darlehensvereinbarungen	2.860	4.134
Zinserträge aus Cash-Pool-Vereinbarungen	436	-44
Aufwendungen aus kaufmännischen Dienstleistungen	6.477	9.079
Zinsaufwendungen aus Cash-Pool-Vereinbarungen	-1.900	-1.935

Ausschüttungsgesperrter Betrag

Der zum 31. Dezember 2021 gemäß § 253 Abs. 6 und § 268 Abs. 8 HGB gegen Ausschüttung gesperrte Betrag beläuft sich insgesamt auf 16.995 T€ (im Vorjahr: 22.079 T€), der in Höhe von 15.425 T€ (im Vorjahr: 20.224 T€) auf den Unterschiedsbetrag zwischen dem 7-Jahresdurchschnittszinssatz und dem 10-Jahresdurchschnittszinssatz bei der Bewertung von Pensionsrückstellungen (§ 253 Abs. 6 HGB) und in Höhe von 1.570 T€ (im Vorjahr: 1.855 T€) auf die in der Bilanz ausgewiesenen selbst erstellten immateriellen Vermögensgegenstände (§ 268 Abs. 8 HGB) entfällt, wobei die passiven latenten Steuern abgesetzt wurden. Unter Berücksichtigung der am 31. Dezember 2021 vorhandenen frei verfügbaren Rücklagen kann jedoch der gesamte Bilanzgewinn ausgeschüttet werden.

Sonstige Angaben

Bei enviaM waren im Jahresdurchschnitt die nachfolgend aufgeführten Mitarbeiteräquivalente (MÄ) beschäftigt:

	2021	2020
	MÄ	MÄ
Gewerbliche Arbeitnehmer	5	4
Angestellte	638	633
	643	637

Aufgrund der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil und der daraus resultierenden Beeinflussung des Steueraufwandes liegt das Jahresergebnis um 3,98 % (im Vorjahr: 1,28 %) über dem Betrag, der sonst auszuweisen gewesen wäre.

Es erfolgen keine Angaben über das vom Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr berechnete Gesamthonorar, da diese Angaben im Konzernanhang der E.ON SE enthalten sind.

Die im Geschäftsjahr angefallenen Forschungs- und Entwicklungskosten betragen 348 T€, die vollständig auf die selbstgeschaffenen immateriellen Vermögensgegenstände des Anlagevermögens entfallen.

Die Gesamtvergütung des Vorstandes der enviaM beläuft sich im Jahr 2021 auf insgesamt 1.886 T€. In den Bezügen sind 420 T€ aktienbasierte Vergütungen (beizulegender Zeitwert zum Zeitpunkt ihrer Gewährung) enthalten. Diese beinhalten 54.920 Stück eingeräumte virtuelle Aktien aus dem E.ON Performance Plan.

Die Bezüge der ehemaligen Vorstandsmitglieder beliefen sich auf 1.617 T€. Für Pensionsverpflichtungen gegenüber ehemaligen Vorstandsmitgliedern sind 6.988 T€ zurückgestellt.

Die Vergütung des Aufsichtsrates betrug 275 T€. Dem Beirat wurden 28 T€ vergütet.

Nach Schluss des Berichtszeitraumes sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der enviaM eingetreten.

Der Vorstand setzt sich wie folgt zusammen:

Dr. Stephan Lowis

Vorsitzender des Vorstandes

Dr. Andreas Auerbach

Vorstand Vertrieb

Sigrid Barbara Nagl

Vorständin IT/Immobilien – bis 30.04.2021 –

Vorständin Personal – seit 01.05.2021 –

Ralf Hiltenkamp

Vorstand Personal – bis 30.04.2021 –

Der Aufsichtsrat setzt sich wie folgt zusammen:

Bernd Böddeling

Senior Vice President

Energy Networks Germany der

E.ON SE

Vorsitzender

René Pöhls

Vorsitzender des gemeinsamen Gesamt-

betriebsrates der enviaM, MITGAS,

MITNETZ STROM und MITNETZ GAS

stellvertretender Vorsitzender

Thomas Zenker

Bürgermeister der Stadt Großräschen

2. stellvertretender Vorsitzender

Sven Bartz

Vorsitzender des gemeinsamen Betriebsrates

Chemnitz der enviaM, MITGAS,

MITNETZ STROM und MITNETZ GAS

Holger Bittner

Leiter der Abteilung Planung/

Geschäftssteuerung der

envia Mitteldeutsche Energie AG

Marcus Borck

Landesfachbereichsleiter Finanzdienst-

leistungen | Telekommunikation/IT des

ver.di Landesbezirkes Berlin-Brandenburg

Christina Dittrich

ehemaliges Mitglied des gemeinsamen

Betriebsrates Brandenburg von enviaM,

MITGAS, MITNETZ STROM und MITNETZ GAS

- bis 31.10.2021 -

Thomas Eulenberger

ehemaliger Bürgermeister der Stadt Penig

- bis 22.04.2021 -

Carl-Ernst Giesting

Geschäftsführer Regionale Marken der

E.ON Energie Deutschland GmbH

- bis 30.06.2021 -

Heiko Heinze

Vorsitzender des Betriebsrates der

envia SERVICE GmbH

Detlef Hillebrand

Geschäftsführer der Kommunale

Beteiligungsgesellschaft mbH an der

envia Mitteldeutsche Energie AG

Nadia Jakobi

Senior Vice President Business Controlling &
Customer Solutions der E.ON SE

Thomas Kröber

Vorsitzender des Gesamtbetriebsrates der
envia TEL GmbH
- seit 19.11.2021 -

Dr. Thomas König

Mitglied des Vorstandes der E.ON SE
Chief Operating Officer Networks

Bernward Küper

Geschäftsführer des Städte- und
Gemeindebundes Sachsen-Anhalt

Ute Liebsch

Bezirksleiterin des Bezirkes Cottbus der
Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie,
Energie

Astrid Münster

Bürgermeisterin der Stadt Bad Dübau
- seit 07.07.2021 –

Mike Ruckh

Geschäftsführer der KBE Kommunale
Beteiligungsgesellschaft mbH an der envia
- seit 22.04.2021 -

Dr. Joachim Schneider

ehemals Senior Vice President
Energy Networks Technology der E.ON SE

Karsten Schütze

Oberbürgermeister der Stadt Markkleeberg

Gerald Voigt

Bezirksleiter Dresden-Chemnitz der
Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie,
Energie

Birgit Zielke

Stellv. Vorsitzende des gemeinsamen
Betriebsrates Halle/Kabelsketal der enviaM,
MITGAS, MITNETZ STROM und MITNETZ GAS

Hanns-Christoph Zippel

Vorsitzender des gemeinsamen Betriebsrates
Sachsen-Anhalt der enviaM, MITGAS,
MITNETZ STROM und MITNETZ GAS

Gewinnverwendungsvorschlag

Der Vorstand legt dem Aufsichtsrat folgenden Vorschlag vor, den er der Hauptversammlung für die Verwendung des Bilanzgewinns in Höhe von 191.074.584,69 € unterbreiten will:

- | | |
|--|------------------|
| 1. Ausschüttung einer Bardividende von 0,77 € je Stückaktie
auf das Grundkapital von 635.187.200,00 € | 191.052.400,00 € |
| 2. Gewinnvortrag | 22.184,69 € |

Chemnitz, 17. Februar 2022

Der Vorstand

Dr. Stephan Lowis

Dr. Andreas Auerbach

Sigrid Barbara Nagl

Bestätigungsvermerk des unabhängigen
Abschlussprüfers
zum 31. Dezember 2021

envia Mitteldeutsche Energie AG, Chemnitz

Der folgende in Übereinstimmung mit § 322 HGB erteilte Bestätigungsvermerk bezieht sich auf den vollständigen Jahresabschluss, bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung und Anhang, sowie den Lagebericht und die Tätigkeitsabschlüsse „Elektrizitätsverteilung“, „Gasverteilung“ und „grundzuständiger Messstellenbetrieb für moderne Messeinrichtungen und intelligente Messsysteme“ der envia Mitteldeutsche Energie AG, Chemnitz, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2021. Die Tätigkeitsabschlüsse sind nicht im Geschäftsbericht abgedruckt. Sie werden zusammen mit dem Jahresabschluss und dem Lagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2021 im Bundesanzeiger veröffentlicht.

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die envia Mitteldeutsche Energie AG, Chemnitz

VERMERK ÜBER DIE PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES UND DES LAGEBERICHTS

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der envia Mitteldeutsche Energie AG, Chemnitz – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2021 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2021 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der envia Mitteldeutsche Energie AG für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2021 geprüft.

Die Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB (Angaben zur Frauenquote), die in Abschnitt „Erklärung zur Unternehmensführung“ des Lageberichts enthalten ist, haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2021 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2021 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum Lagebericht erstreckt sich nicht auf den Inhalt der oben genannten Erklärung zur Unternehmensführung

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen die folgenden nicht inhaltlich geprüften Bestandteile des Lageberichts:

- die Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB (Angaben zur Frauenquote), die in Abschnitt „Erklärung zur Unternehmensführung“ des Lageberichts enthalten ist.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die oben genannten sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zu den inhaltlich geprüften Lageberichtsangaben oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Falls wir auf der Grundlage der von uns durchgeführten Arbeiten zu dem Schluss gelangen, dass eine wesentliche falsche Darstellung dieser sonstigen Informationen vorliegt, sind wir verpflichtet, über diese Tatsache zu berichten. Wir haben in diesem Zusammenhang nichts zu berichten.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in

Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

SONSTIGE GESETZLICHE UND ANDERE RECHTLICHE ANFORDERUNGEN

Vermerk über die Prüfung der Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG

Wir haben geprüft, ob die Gesellschaft ihre Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG zur Führung getrennter Konten für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2021 eingehalten hat. Darüber hinaus haben wir die Tätigkeitsabschlüsse für die Tätigkeiten „Elektrizitätsverteilung“, „Gasverteilung“ und „grundzuständiger Messstellenbetrieb für moderne Messeinrichtungen und intelligente Messsysteme“ nach § 6b Abs. 3 Satz 1 EnWG sowie § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG – bestehend jeweils aus der Bilanz zum 31. Dezember 2021 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2021 sowie den als Anlage beigefügten Angaben zu den Rechnungslegungsmethoden für die Aufstellung der Tätigkeitsabschlüsse – geprüft.

- Nach unserer Beurteilung wurden die Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG zur Führung getrennter Konten in allen wesentlichen Belangen eingehalten.
- Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entsprechen die beigefügten Tätigkeitsabschlüsse in allen wesentlichen Belangen den deutschen Vorschriften des § 6b Abs. 3 Sätze 5 bis 7 EnWG und des § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG.

Wir haben unsere Prüfung der Einhaltung der Pflichten zur Führung getrennter Konten und der Tätigkeitsabschlüsse in Übereinstimmung mit § 6b Abs. 5 EnWG unter Beachtung des IDW Prüfungsstandards: Prüfung nach § 6b Energiewirtschaftsgesetz (IDW PS 610 n.F. (07.2021)) durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist nachfolgend weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir wenden als Wirtschaftsprüfungsgesellschaft die Anforderungen des IDW Qualitätssicherungsstandards: Anforderungen an die Qualitätssicherung in der Wirtschaftsprüferpraxis (IDW QS 1) an. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zur Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG zu dienen.

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Einhaltung der Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG zur Führung getrennter Konten. Die gesetzlichen Vertreter sind auch verantwortlich für die Aufstellung der Tätigkeitsabschlüsse nach den deutschen Vorschriften des § 6b Abs. 3 Sätze 5 bis 7 EnWG und des § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie als notwendig erachtet haben, um die Pflichten zur Führung getrennter Konten einzuhalten.

Die Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für die Tätigkeitsabschlüsse entspricht der im Abschnitt „Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht“ hinsichtlich des Jahresabschlusses beschriebenen Verantwortung mit der Ausnahme, dass der jeweilige Tätigkeitsabschluss kein unter Beachtung der deutschen Grundsätze

ordnungsmäßiger Buchführung den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Tätigkeit zu vermitteln braucht.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung der Einhaltung der Rechnungslegungspflichten der Gesellschaft nach § 6b Abs. 3 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG.

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen,

- ob die gesetzlichen Vertreter ihre Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG zur Führung getrennter Konten in allen wesentlichen Belangen eingehalten haben und
- ob die Tätigkeitsabschlüsse in allen wesentlichen Belangen den deutschen Vorschriften des § 6b Abs. 3 Sätze 5 bis 7 EnWG und des § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG entsprechen.

Ferner umfasst unsere Zielsetzung, einen Vermerk in den Bestätigungsvermerk aufzunehmen, der unsere Prüfungsurteile zur Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG beinhaltet.

Die Prüfung der Einhaltung der Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG zur Führung getrennter Konten umfasst die Beurteilung, ob die Zuordnung der Konten zu den Tätigkeiten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 4 EnWG sowie nach § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG sachgerecht und nachvollziehbar erfolgt ist und der Grundsatz der Stetigkeit beachtet wurde.

Unsere Verantwortung für die Prüfung der Tätigkeitsabschlüsse entspricht der im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ hinsichtlich des Jahresabschlusses beschriebenen Verantwortung mit der Ausnahme, dass wir für den jeweiligen Tätigkeitsabschluss keine Beurteilung der sachgerechten Gesamtdarstellung vornehmen können.

Leipzig, den 17. Februar 2022

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

gez. Strom
Wirtschaftsprüfer

gez. Lorenz
Wirtschaftsprüfer

Abkürzungsverzeichnis

Abs.	Absatz
AG	Aktiengesellschaft
AktG	Aktiengesetz
ARegV	Anreizregulierungsverordnung
Art.	Artikel
BDEW	Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V.
BEHG	Brennstoffemissionshandelsgesetz
BilMoG	Gesetz zur Modernisierung des Bilanzrechts (Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz- BilMoG)
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BNetzA	Bundesnetzagentur
bzw.	beziehungsweise
B2B	Business to Business
B2C	Business to Consumer
DIN	Deutsches Institut für Normung
CO2	Kohlenstoffdioxid
COVID-19-Gesetz	Gesetz zur Abmilderung der Folgen der COVID-19-Pandemie im Zivil-, Insolvenz- und Strafverfahrensrecht
DMBiIG	Gesetz über die Eröffnungsbilanz in Deutscher Mark und die Kapitalneufestsetzung (D-Markbilanzgesetz)
DRS	Deutscher Rechnungslegungs Standard
DSGVO	Datenschutzgrundverordnung
EBIT	earnings before interest, taxes
EBITDA	Earnings before Interest, Taxes, Depreciation and Amortization
EDV	Elektronische Datenverarbeitung
EED	Energie-Effizienz-Richtlinie
EEG	Gesetz für den Ausbau Erneuerbarer Energien (Erneuerbare-Energien-Gesetz)
EGHGB	Einführungsgesetz zum Handelsgesetzbuch
EnWG	Gesetz über die Elektrizitäts- und Gasversorgung (Energiewirtschaftsgesetz)
ErgnS	Ergebnis nach Steuern
EU-ETS	European Union Emissions Trading System
EStG	Einkommensteuergesetz
e.V.	eingetragener Verein
ff.	folgende
FTTH	fiber to the house
FördergebietsG	Fördergebietsgesetz
GasGVV	Gasgrundversorgungsverordnung

ggf.	gegebenenfalls
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GW	Gigawatt
GWA	Gatewayadministration
GWh	Gigawattstunde
H ₂	Wasserstoff
HGB	Handelsgesetzbuch
HRB	Handelsregister Abteilung B
HYPOS	Hydrogen Power Storage & Solutions
IFRS	International Financial Reporting Standard
IoT	Internet of Things
ISMS	Informationssicherheitsmanagementsystem
ISO	International Organization for Standardization
IT	Informationstechnik
i.V.m.	in Verbindung mit
kV	Kilovolt
kWh	Kilowattstunde
KWKG	Kraft-Wärme-Kopplungs-Gesetz
KZI	Kundenzufriedenheitsindex
MÄ	Mitarbeiteräquivalente
MessEV	Mess- und Eichverordnung
Mio.	Millionen
Mio.€	Millionen Euro
MitbestG	Mitbestimmungsgesetz
MsbG	Messstellenbetriebsgesetz
MWh	Megawattstunde
Nr.	Nummer
PPA	Power Purchase Agreements
RED	Erneuerbare-Energien-Richtlinie
SE	Societas Europaea
StromGVV	Stromgrundversorgungsverordnung
StromNEV	Stromnetzentgeltverordnung
T€	Tausend Euro
TWh	Terrawattstunden
u.a.	unter anderem
z.T.	zum Teil
z. B.	zum Beispiel

Impressum

Herausgeber

envia Mitteldeutsche Energie AG
Chemnitztalstraße 13
09114 Chemnitz
Telefon: 0371 482-0
Internet: www.enviaM-Gruppe.de
Sven Richter, Leiter Rechnungswesen und Steuern
Sven.Richter@enviaM.de
Dirk Benndorf, Projektleiter

Fotograf: enviaM

envia Mitteldeutsche Energie AG

Chemnitztalstraße 13
09114 Chemnitz

www.enviaM-Gruppe.de

Beteiligungsbericht 2022

gemäß § 75 a ThürKO

**über die unmittelbare Beteiligung an der
KEBT Kommunale Energie
Beteiligungsgesellschaft Thüringen AG, Erfurt
(KEBT AG)**

bzw.

**über die unmittelbare Beteiligung am KEBT-Konzern,
der die unmittelbare Beteiligung
TEAG Thüringer Energie AG enthält**

im Jahr 2021

Inhaltsübersicht:

Vorwort	2
unmittelbare Beteiligung an der KEBT AG	
Gegenstand des Unternehmens KEBT AG, Gründungsdatum und aktuelle Satzung	3
Stammkapital, Aktionäre der KEBT AG, Beteiligungsanteil, Abschlussprüfer, Organe der Gesellschaft	4
Vergütung der Organe, Gewinnverwendung, Anzahl der Arbeitnehmer, Grundzüge des Geschäftsverlaufes	5
Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Beteiligungen der KEBT AG	11
Ausgewählte Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der KEBT AG	15
unmittelbare Beteiligung am KEBT-Konzern	
Gegenstand des Unternehmens, Warum KEBT-Konzern, Konsolidierungskreis	16
Aktionärsstruktur des Konzerns, Stammkapital, Beteiligungsanteil, Abschlussprüfer, Organe des KEBT-Konzerns	17
Vergütung der Organe, Anzahl der Arbeitnehmer, Grundzüge des Geschäftsverlaufes	18
Erfüllung des öffentlichen Zwecks	37
Ausgewählte Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns	39
Beteiligungen des Konzerns	40

Vorwort:

Nach der Wiedervereinigung standen den Gemeinden und Städten in den jungen Bundesländern im Grundsatz 49 % der damals vorhandenen Betriebe und Einrichtungen für die Strom- und Gasversorgung zu. Dieser Anspruch wurde in der Folge gemindert durch die Ausgliederung von neu gegründeten Stadtwerken sowie durch Kapitalerhöhungen. Im Freistaat Thüringen sank damit der Anteil der Gemeinden und Städte an dem damaligen regionalen Stromversorger, TEAG Thüringer Energie AG, auf rd. 27 % und an dem damaligen regionalen Gasversorger, Gasversorgung Thüringen GmbH (GVT), auf rd. 10 %.

Im Jahr 1999 gelang es der kommunalen Seite, ihre Beteiligungsquote am regionalen Gasversorger GVT auf 49 % anzuheben. Im Jahr 2005 erfolgte die Fusion der TEAG und der GVT zur E.ON Thüringer Energie AG (ETE). Im Zuge dieser Fusion gelang es der kommunalen Seite, ihre Beteiligung am neu geschaffenen regionalen Energieversorgungsunternehmen auf 47 % zu erhöhen. Im kommunalen Energie-Pool, der KEBT Kommunalen Energie Beteiligungsgesellschaft Thüringen Aktiengesellschaft (KEBT AG), haben damals rd. 800 Gemeinden und Städte ihre Beteiligung an der E.ON Thüringer Energie AG gebündelt.

Am 20. November 2012 wurde der Kommunale Energiezweckverband Thüringen (KET) durch die Veröffentlichung der Satzung im Thüringer Staatsanzeiger gegründet. Die grundlegende Aufgabe und somit Gründungszweck des Kommunalen Energiezweckverbandes Thüringen (KET) ist der Erwerb von Anteilen an der TEAG Thüringer Energie AG. Zum Stand 31. Dezember 2021 sind 351 stimmberechtigte Mitglieder im KET vertreten.

Mit dem Beitritt zum KET haben die Kommunen ihre Aktien an der KEBT AG auf den KET übertragen. Der KET vertritt demnach rd. 75 % des Grundkapitals der Kommunalen Energie Beteiligungsgesellschaft Thüringen AG (KEBT AG).

Gemäß § 75 a der Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) hat jede Kommune jährlich zum 30. September einen Beteiligungsbericht über jedes Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts, an dem sie unmittelbar beteiligt ist, zu erstellen. Aus dieser Vorschrift folgt, dass für die unmittelbare Beteiligung an der KEBT AG ein entsprechender Beteiligungsbericht zu erstellen ist.

Die KEBT AG hat im Jahr 2017 alle vom KET an der TEAG gehaltenen Aktien erworben und hält im Ergebnis nunmehr 82,15 % der Stimmrechte aus Aktien an der TEAG. Damit ist die KEBT AG verpflichtet, nach § 290 HGB einen Konzernabschluss aufzustellen.

Die Gemeinde/Stadt hat nunmehr für die Beteiligung an der KEBT AG bzw. am KEBT-Konzern einen entsprechenden Beteiligungsbericht zu erstellen. In den Zahlen des KEBT-Konzerns ist u. a. die mittelbare Beteiligung an der TEAG Thüringer Energie AG enthalten. Die TEAG Thüringer Energie AG ist im KEBT-Konzernabschluss konsolidiert.

Die Kommunale Dienstleistungs-Gesellschaft Thüringen mbH (KDGT) hat es im Auftrag der KEBT Kommunale Energie Beteiligungsgesellschaft Thüringen AG (KEBT AG) für das Jahr 2021 übernommen, für die Kommunen mit Aktien an der KEBT AG einen Beteiligungsbericht für die Beteiligung an der KEBT AG zu erstellen. Die im Beteiligungsbericht über die Beteiligung an der KEBT AG aufgeführten Daten sind dem Jahresabschluss der KEBT AG für das Geschäftsjahr 2021 bzw. dem Konzernabschluss der KEBT für das Geschäftsjahr 2021 entnommen.

Zuschüsse und Kapitalentnahmen durch Gemeinde/Stadt

Durch die Gemeinde/Stadt wurden, wie bereits in den Vorjahren, keine Zuschüsse bzw. Kapitalentnahmen gemäß § 75 a ThürKO bei der unmittelbaren Beteiligung an der KEBT AG oder dem KEBT-Konzern vorgenommen.

Unmittelbare Beteiligung an der KEBT AG

Gegenstand des Unternehmens KEBT AG:

Gegenstand der Gesellschaft ist der Erwerb und die Verwaltung von Geschäftsanteilen der TEAG Thüringer Energie AG und die Wahrnehmung aller Gesellschafterrechte und -pflichten, die sich aus der Beteiligung an der Aktiengesellschaft ergeben sowie alle unmittelbar damit im Zusammenhang stehenden Geschäfte, insbesondere die Wahrnehmung und Sicherung der kommunal- und gesellschaftsrechtlich zulässigen Interessenvertretung der Aktionäre bei den Beteiligungsgesellschaften. Die Gesellschaft unterstützt ihre Aktionäre insbesondere bei deren Aufgaben zur Sicherung einer wirtschaftlich sinnvollen Daseinsvorsorge und bei der Darbietung einer sicheren Energieversorgung.

Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die zur Erreichung des Gesellschaftszwecks notwendig und nützlich sind. Sie kann Beteiligungen an anderen Unternehmen erwerben, andere Unternehmen übernehmen und/oder errichten.

Gründungsdatum der Gesellschaft

14. Juli 2005 (durch Umwandlung der KGVT Kommunale Gasversorgungsbeteiligungsgesellschaft Thüringen mbH und Umfirmierung der KGVT Gasversorgungsbeteiligungsgesellschaft Thüringen AG entstanden)

Aktuelle Satzung zum 31. Dezember 2021

in der Fassung vom 14. Juli 2017; eingetragen am 04. Januar 2018 beim Handelsregister des Amtsgerichts Jena unter der Nummer HR B 113190

Stammkapital 2.670.729,64 Euro, eingeteilt in 2.533.891 Stückaktien (2.022.448 Stückaktien der Aktiengattung A und 511.443 Stückaktien der Aktiengattung B)

**Aktionäre der
KEBT AG zum
31. Dezember 2021**

Aktionäre	Stück	%
Kommunaler Energiezweckverband Thüringen (KET) A-Aktien	1.389.563	54,84
Kommunaler Energiezweckverband Thüringen (KET) B-Aktien	511.443	20,19
Kommunen (Anzahl 249)	361.690	14,27
Kommunale Dienstleistungs-Gesellschaft Thüringen mbH	143.733	5,67
Gemeinde- und Städtebund Thüringen e. V.	429	0,02
Eigene Anteile der KEBT AG	127.033	5,01
Gesamt	2.533.891	100,00

Beteiligungsanteil Die Stadt Schmöln hat im Jahr 2021 unmittelbar einen Anteil von 0,0021 % (52 KEBT-Aktien) an der KEBT AG gehalten. Die KEBT-Aktien haben zum 31. Dezember 2021 einen Anteil am Grundkapital von 1,05 Euro je Aktie. (siehe Datenblatt)

Abschlussprüfer PWC PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

**Organe der
Gesellschaft im
Geschäftsjahr 2021**

Der **Aufsichtsrat** der KEBT AG, der aus sieben Mitgliedern besteht, setzte sich im Geschäftsjahr 2021 wie folgt zusammen:

Vorsitzender:

Herr Sven Gregor, Bürgermeister Eisfeld

Stellvertretender Vorsitzender:

Herr Thomas Weigelt, Bürgermeister Bad Lobenstein

Aufsichtsratsmitglieder:

Herr Olaf Czernomoriez, Start-up Gründungsberater

Frau Franka Hitzing, 1. Beigeordnete Bleicherode

Herr Ralf Rusch, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Gemeinde- und Städtebundes Thüringen e. V.

Herr Frank Schmidt, Bürgermeister Auma-Weidatal (ab dem 22.01.2021)

Herr Marco Seidel, Bürgermeister Tanna
Dem **Vorstand** der KEBT AG gehörten im Geschäftsjahr 2021

Herr Peter Hengstermann (bis zum 31.12.2021)
und Herr Stefan Reindl an.

Vergütung der Organe

Die Gesamtvergütung aller Mitglieder des Aufsichtsrates im Geschäftsjahr 2021 betrug 5.214,00 € (im Vorjahr: 5.078,00 €).

Auf die Angabe der Vorstandsbezüge wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Gewinnverwendung

Die Hauptversammlung der KEBT AG hat am 15. Juli 2021 beschlossen, aus dem ausgewiesenen Bilanzgewinn in Höhe von 77.857.202,82 Euro eine Bruttodividende in Höhe von 5,05 Euro pro Stückaktie (netto 4,25 Euro), das sind insgesamt 9.571.845,75 Euro (1.895.415 Stückaktien), an die Aktionäre auszuschütten, 40.000.000 Euro in andere Gewinnrücklagen einzustellen und den Restbetrag in Höhe von 28.285.357,07 Euro auf neue Rechnung vorzutragen. Die Ausschüttung der Dividende an die Aktionäre ist am 22. Juli 2021 erfolgt.

Anzahl der Arbeitnehmer

Die KEBT AG beschäftigte im Geschäftsjahr 2021 außer den beiden Vorstandsmitgliedern keine Arbeitnehmer. Die Aufgabenerfüllung wurde aufgrund eines Dienstleistungsvertrages durch die Kommunale Dienstleistungs-Gesellschaft Thüringen mbH (KDGT) übernommen. Die KDGT ist eine 100%ige Tochtergesellschaft des Gemeinde- und Städtebundes Thüringen e. V.

Grundzüge des Geschäftsverlaufes (Auszug aus dem Lagebericht der KEBT AG für das Geschäftsjahr 2021)

„... Die KEBT AG ist zum Bilanzstichtag unverändert mit 82,15 % an der TEAG beteiligt.

An der KEBT AG selber sind zum Bilanzstichtag 252 kommunale Aktionäre beteiligt. Der größte Anteilseigner ist hierbei mit rd. 79 % der Stimmrechtsanteile der Kommunale Energiezweckverband Thüringen - KET -, ein Zusammenschluss von wiederum 351 Gemeinden und Städten.

Die TEAG ist ein großer Energieversorger in Thüringen und für die zuverlässige und sichere Versorgung von Privat-, Gewerbe-, Industriekunden sowie von öffentlichen Einrichtungen mit Strom, Erdgas, Wärme und weiteren Dienstleistungen verantwortlich. ...

Die KEBT AG bündelt weiterhin die Aktienmehrheit ihrer kommunalen Aktionäre an der TEAG und unterstützt sie bei der Wahrnehmung und Sicherung der kommunal- und gesellschaftsrechtlichen Interessenvertretung. Weiterhin unterstützt die KEBT AG ihre kommunalen Aktionäre insbesondere bei deren Aufgaben zur Sicherung einer wirtschaftlich sinnvollen Daseinsvorsorge und der Darbietung einer sicheren Energieversorgung.

Die Gesellschaft ist weiterhin bestrebt, ihre Beteiligung an der TEAG Thüringer Energie AG zu halten und durch die Erzielung von Beteiligungserträgen den Kaufpreis schnellstmöglich zurück zu zahlen.

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen haben nur mittelbar über die Beteiligungsgesellschaft TEAG Einfluss auf die Entwicklung der KEBT AG.

Die TEAG-Unternehmensgruppe ist ein Energie-Dienstleistungsunternehmen mit Systemverantwortung in Thüringen und zählt mit über 500.000 Kunden bundesweit zu den größten kommunalen Energieversorgern und Infrastrukturdienstleistern. Dabei deckt das Angebotspektrum die ganze Bandbreite an energiewirtschaftlichen Leistungen ab. Neben den klassischen Wertschöpfungsstufen Erzeugung, Netze und

Vertrieb umfasst das TEAG-Geschäftsmodell weitere Tätigkeiten wie Telekommunikations-, Mobilitäts-, Mess- und Servicedienstleistungen. Dabei erbringt die TEAG-Unternehmensgruppe ihre Leistungen sowohl auf regulierten als auch auf wettbewerblichen Märkten.

Mit 1.888 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, verteilt auf 24 Standorte, ist der TEAG-Konzern flächendeckend in Thüringen vertreten. Die regionale Verbundenheit zeigt sich durch die dezentrale Struktur und der damit einhergehenden Kundennähe sowie der kommunalen Eigentümerstruktur. Aktuell sind ca. 630 Thüringer Kommunen mit insgesamt 84,8 Prozent an der TEAG beteiligt.

Der TEAG-Konzern umfasst neben der TEAG als Mutterunternehmen, insgesamt 57 Beteiligungen an Stadtwerken, Energie- und Dienstleistungsunternehmen.

Die Geschäftsgrundlage des TEAG-Konzerns bilden die „5 Netze“. Dieser integrierte Ansatz umfasst den Ausbau und Betrieb der Netze für Strom, Erdgas, Glasfaser, Wärme und Straßenbeleuchtung. Die bisherige „5-Netze“-Strategie wird durch den Aufbau eines 450MHz-Funknetzes und eines umfassenden Ladesäulen-Netzes für E-Fahrzeuge ergänzt. Der Betrieb der Netze erfolgt durch die TEAG-Tochtergesellschaften TEN Thüringer Energienetze GmbH & Co. KG, Thüringer Netkom GmbH und TWS Thüringer Wärme Service GmbH. Aktuell stehen ein rund 40.000 Kilometer (km) langes Strom- und Erdgasnetz sowie ein ca. 6.400 km langes und eigenes bzw. angemietetes Glasfasernetz zur Verfügung. Die Länge des Wärmenetzes beträgt 69 km. Die Netze für Straßenbeleuchtung umfassen knapp 7.300 Lichtpunkte in langfristiger Betriebsführung.

Die Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft wurde weiter von den Folgen der Corona-Pandemie geprägt. Dennoch kam es zu einer spürbaren Erholung gegenüber dem Vorjahr. Die Bundesregierung geht für das Geschäftsjahr 2021 von einem Wachstum des deutschen Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 2,7 Prozent aus (Vorjahr: -5,0 Prozent). Die mittel- und langfristigen Folgen der Pandemie sind zum aktuellen Zeitpunkt jedoch noch nicht abschließend bewertbar.

Auch die Thüringer Wirtschaft erholte sich. Die Wirtschaft des Freistaates wuchs im Geschäftsjahr 2021 um +2,6 Prozent. Im bundesweiten Vergleich platzierte sich Thüringen damit im guten Mittelfeld. Die Arbeitslosenquote sank auf 5,6 Prozent (Vorjahr: 6,0 Prozent).

Die Themen Klimaschutz und Digitalisierung rückten im Geschäftsjahr durch die Bundestagswahl und die Folgen der Corona-Pandemie weiter in den Vordergrund. Die Umgestaltung der Energiewirtschaft hin zur CO₂-Neutralität und der flächendeckende Ausbau einer schnellen Telekommunikations-Infrastruktur sind Voraussetzung für den Erhalt und die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Deutschland. Beide Aufgabengebiete haben direkten oder indirekten Einfluss auf das Geschäft der TEAG-Gruppe.

Mit Urteil vom 24. März 2021 erklärte das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) die bis dato gültigen nationalen Klimaschutzziele der Bundesrepublik als teilweise verfassungswidrig.

Im Kern ordnete der Gerichtshof eine Nachbesserung bei der Regelung der nationalen Klimaschutzmaßnahmen für den Zeitraum nach 2030 an. Die Bundesregierung verschärfte daraufhin ihre Vorgaben und definierte eine neue politische Zielgröße für die Reduktion von klimaschädlichen Treibhausgasen. Bis zum Jahr 2030 soll Deutschland seine CO₂-Emissionen um -65 Prozent gegenüber dem Vergleichsjahr 1990 senken.

Der Gesetzgeber verankerte zudem das Ziel der Treibhausgasneutralität bis spätestens 2045.

Der Klimaschutz steht auch im Fokus der neuen Bundesregierung. Die sog. „Ampel-Koalition“ aus SPD, Grünen und FDP nahm im vierten Quartal des Jahres ihre Arbeit auf. Zu erwarten ist eine weitere Konkretisierung verschiedener Sektorvorhaben, deren gesetzliche und regulatorische Rahmenvorgaben das Geschäftsmodell des TEAG-Konzerns auf allen Ebenen betreffen. Bereits ab dem Jahr 2040 soll die Energieversorgung in Thüringen bilanziell vollständig durch erneuerbare Energien aus eigenen Quellen gedeckt werden. Auf diesen Wandel muss sich der TEAG-Konzern als Energieversorger rechtzeitig vorbereiten; Ziel ist es, die Systemtransformation im Bereich der erneuerbaren Energien aktiv mitzugestalten.

In 2021 hatten in nahezu allen Geschäftsbereichen zahlreiche neue rechtliche Rahmenbedingungen Einfluss auf die Geschäftstätigkeit der TEAG-Gruppe. Im vierten Quartal des Jahres traten die Neufassungen der Strom- und Gasgrundversorgungsverordnung in Kraft und sorgten für z. T. signifikante Veränderungen, beispielsweise in Bezug auf die verschärften Voraussetzungen für Liefersperren. Die Neuregelungen haben nicht nur erhebliche Auswirkungen auf die Prozesse in der Grund- und Ersatzversorgung, sondern beeinflussen durch ihre Leitbildfunktion erheblich auch die Rahmenbedingungen beispielsweise für Produktverträge. Auch die aktuelle EnWG-Novelle hatte wesentliche Auswirkungen u. a. auf die Begründung, Gestaltung und Abwicklung von Lieferverhältnissen. Das in wesentlichen Teilen in 2021 verabschiedete „Gesetz für faire Verbraucherverträge“ führt ähnlich umfangreiche Veränderungen mit sich, u. a. in Fragen des Vertragsabschlusses, der Laufzeiten und Kündigungsfristen von Energielieferverträgen. Im Bereich der Strom- und Gasnetze trat die Verordnung zur Änderung der Anreizregulierungsverordnung und der Entgeltverordnung Strom und Gas in Kraft, mit entsprechenden regulatorischen Auswirkungen auf den TEAG-Konzern. Im Telekommunikationsbereich erfolgten umfangreiche Neuregelungen durch das sog. „Telekommunikationsmodernisierungsgesetz“, auch hier wurden zahlreiche Inhalte grundlegend überarbeitet. Daneben hatte das neue Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG) Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit der TEAG-Gruppe, v. a. im Gasvertrieb und in der dezentralen Wärmeversorgung.

Der prognostizierte, planmäßige Geschäftsverlauf wurde eingehalten. Für die an der TEAG gehaltene Beteiligung hat die Gesellschaft auch im Berichtszeitraum wieder eine Gewinnausschüttung erhalten.

Bedingt durch die Einlage weiterer KEBT-Aktien in den Kommunalen Energiezweckverband Thüringen durch insgesamt zehn Gemeinden und Städte sowie durch eine Eingliederung im Zusammenhang mit dem Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden hat sich die Anzahl der kommunalen Anteilseigner bis zum Bilanzstichtag auf 252 Aktionäre verringert.

An die kommunalen Aktionäre wurde wie schon in den Vorjahren eine Dividende in Höhe von brutto 5,05 € / KEBT-Aktie (in Summe € 9.571.845,75) ausgezahlt.

Die unverändert positive Ertragslage führte im Geschäftsjahr 2021 zu einem Jahresüberschuss von T€ 41.035 (Vorjahr: T€ 40.333). Bedingt durch den Unternehmenszweck ist der Jahresüberschuss wieder im Wesentlichen durch die erfolgte Dividendenausschüttung für 82,15 % der Anteile am Grundkapital der TEAG (T€ 48.615, Vorjahr T€ 48.615) entstanden. Haupteinflussfaktor auf die Ertragslage waren erneut die

insbesondere im Rahmen des Gesellschafterdarlehens zu zahlenden Zinsen (T€ 6.697, Vorjahr T€ 7.405). Die Ertragslage der Gesellschaft ist insgesamt als gut zu beurteilen.

Vermögensstruktur	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung
	in T€	in T€	in T€
Langfristige Investitionen	579.109,1	565.109,1	14.000,0
Kurzfristiges Vermögen	2.920,7	22.861,1	-19.940,4
Gesamtvermögen	582.029,8	587.970,2	-5.940,4

Kapitalstruktur	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung
Eigenkapital	291.608,7	260.145,1	31.463,6
Langfristiges Fremdkapital	254.262,6	290.046,5	-35.783,9
Kurzfristige Fremdkapital	36.158,5	37.778,6	3.257,4
Gesamtkapital	582.029,8	587.970,2	-5.940,4

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 5.940 auf T€ 582.030 (Vorjahr: T€ 587.970) verringert.

Die langfristigen Investitionen haben sich im Berichtszeitraum bedingt durch die Ausreichung eines Gesellschafterdarlehens an die TEAG in Höhe von T€ 14.000, mit einer Laufzeit bis zum Jahr 2029 sowie hälftiger Tilgung bis zum Jahr 2023, auf T€ 579.109 erhöht. Dieses Gesellschafterdarlehen ist insbesondere vor dem Hintergrund der Vermeidung von Verwahrentgelt gewählt worden. Die KEBT AG kann durch die Gewährung dieses Gesellschafterdarlehens geringfügige Zinsen in Höhe von 0,1 % erzielen, im Vergleich zur Zahlung von 0,5 % Verwahrentgelt. Die TEAG wiederum erhält dadurch ein günstiges Darlehen.

Das kurzfristige Vermögen verringerte sich deutlich um T€ 19.940 im Bereich der flüssigen Mittel auf T€ 2.916 (Vorjahr: T€ 22.860). Dies war bedingt durch eine weitere Sondertilgung des Gesellschafterdarlehens in Höhe von T€ 5.000 sowie durch das ausgereichte Gesellschafterdarlehen.

Das Eigenkapital der Gesellschaft erhöhte sich im Berichtszeitraum durch den Jahresüberschuss des Geschäftsjahres (T€ 41.035) auf T€ 291.609. Die Ausschüttung an die kommunalen Aktionäre (T€ 9.572) ist darin enthalten.

Das langfristige Fremdkapital verringerte sich durch die planmäßige Tilgung (T€ 30.062) und die Sondertilgung (T€ 5.000) des durch den Gesellschafter KET gestundeten Kaufpreises für die TEAG-Aktien auf T€ 254.263.

Das kurzfristige Fremdkapital veränderte sich um T€ 1.620. Ursächlich hierfür ist die Rückzahlung des kurzfristigen Darlehens (T€ 2.500) und die Verringerung der sonstigen Verbindlichkeiten, gegenläufig wirken sich die planmäßigen Tilgungen des Gesellschafterdarlehens sowie die Erhöhung der Steuerrückstellungen aus.

Die Eigenkapitalquote zum 31. Dezember 2021 beträgt 50,1 % (Vorjahr 44,2 %).

Zum Bilanzstichtag sind die langfristigen Investitionen (T€ 579.109) mit Eigenkapital (T€ 291.609) sowie lang- und kurzfristigem Fremdkapital (T€ 290.421) finanziert. Darüber hinaus verbleibt eine Kapitalreserve von T€ 2.921. Die Vermögenslage der KEBT AG ist ebenfalls als gut zu beurteilen.

Die Finanzlage der Gesellschaft ist wie schon im Vorjahr im Wesentlichen gekennzeichnet durch die Einzahlungen der Beteiligungserträge in Höhe von T€ 48.615 sowie Auszahlungen in Höhe von T€ 41.759 im Rahmen der Zins- und Tilgungsleistungen des Gesellschafterdarlehens, das sich wie folgt entwickelt hat:

Darlehenssumme				Restbetrag zum
31.12.2020	Tilgung	Zins	Kapitaldienst	31.12.2021
€	€	€	€	€
325.108.042,63	35.061.581,10	6.697.225,68	41.758.806,78	290.046.461,53

Weiterhin erfolgten im Geschäftsjahr Auszahlungen für Dividenden an die kommunalen Anteilseigner in Höhe von T€ 9.572 und Steuerverpflichtungen in Höhe von T€ 478. Der Finanzmittelfonds (flüssige Mittel) umfasste zum 31. Dezember 2021 T€ 2.916 (Vorjahr T€ 22.860). Die Reduzierung der flüssigen Mittel ist zum einen bedingt durch eine erneute Sondertilgung des Gesellschafterdarlehens in Höhe von T€ 5.000. Zum anderen hat die Ausreichung eines Gesellschafterdarlehens von T€ 14.000 an die TEAG zu einer Reduzierung der flüssigen Mittel geführt. Dieses ausgereichte Gesellschafterdarlehen wird bedingt durch seine Laufzeit bis zum Jahr 2029 den Finanzanlagen (Ausleihungen an verbundene Unternehmen) zugeordnet.

Die Zahlungsfähigkeit war im Berichtsjahr und ist ebenfalls zum Prüfungszeitpunkt gegeben. Sie ist auch für die überschaubare Zukunft gewährleistet.

Die KEBT AG verfügt über eine geordnete Finanzlage.

Wichtigster Leistungsindikator der Gesellschaft ist weiterhin das Jahresergebnis, das aufgrund des Tätigkeitsbereichs der Gesellschaft im Wesentlichen von den Beteiligungserträgen geprägt ist. Die im Geschäftsjahr erhaltenen Beteiligungserträge haben zu einem leicht verbesserten Finanzergebnis im Vergleich zum Geschäftsjahr 2020 geführt (T€ 41.907, Vorjahr T€ 41.194). Im Berichtszeitraum konnte im Vergleich zum Vorjahr ein leicht verbessertes Jahresergebnis (T€ 41.035, Vorjahr T€ 40.333) erzielt werden.

Die Gesellschaft beschäftigte im Geschäftsjahr 2021 - neben den beiden Vorständen - keine Arbeitnehmer. Die Aufgabenerfüllung wird durch die Kommunale Dienstleistungs-Gesellschaft Thüringen mbH wahrgenommen. ...

Das Ergebnis der Gesellschaft hängt weiterhin nahezu ausschließlich von der Gewinnausschüttung der TEAG ab. Für das laufende Geschäftsjahr geht der Vorstand trotz der anhaltenden Coronakrise und der Ukraine-Krise wieder von einer Dividende in Höhe von 20 € / TEAG-Aktie aus. Dieser Betrag wird der Gesellschaft voraussichtlich im Juni 2022 ausgezahlt. Der wirtschaftliche Erfolg der TEAG ist der Garant für die

Einnahmen aus Dividenden. Trotz eines erneut durch ein äußerst herausforderndes Wettbewerbsumfeld, die Energiewende sowie ganz besonders auch durch die Corona-Pandemie geprägtes Geschäftsjahr 2021 hat die TEAG ihr gesetztes Ergebnisziel übertreffen können.

Die Geschäftsaktivitäten der TEAG-Gruppe werden zunehmend durch umfassende Marktveränderungen geprägt. Diese Veränderungen betreffen u. a. die Dekarbonisierung, die Dezentralisierung und die Digitalisierung der Energiewirtschaft. Der Gesetzgeber nimmt durch die regulatorische Ausgestaltung der laufenden Transformationsprozesse dabei eine stetig wachsende Rolle im Marktgeschehen ein. Grundlegend geht der TEAG-Konzern aufgrund der Aufgabe im Rahmen der Daseinsvorsorge im Bereich Energie und Telekommunikation nicht davon aus, dass für die Unternehmen Bestandsgefährdung besteht. Auswirkungen auf die einzelnen Geschäftsfelder wird es dennoch sehr wohl geben.

So ergeben sich aktuell planerische Unsicherheiten kurz- und mittelfristig primär durch die im Zuge des Ukraine-Krieges ausgelösten Entwicklungen. Unmittelbar führten die Kriegshandlungen zu einer nochmaligen Steigerung der Preisdynamik an den Beschaffungsmärkten für Energie und zu Verwerfungen an den Kapitalmärkten. Bei der Beschaffung von Primärenergie würden weitere Preisanstiege, trotz einer langfristigen Beschaffungsstrategie, zusätzliche Herausforderungen mit sich führen.

Insgesamt erwartet der TEAG-Konzern derzeit weiterhin vor dem Hintergrund der prognostizierten Entwicklung für das Geschäftsjahr 2022 ein EBITDA i. H. v. 230 bis 250 Mio. € und ein EBT i. H. v. 90 bis 100 Mio. €. Der Jahresüberschuss des Unternehmens wird im kommenden Jahr voraussichtlich einen Wert zwischen 60 und 70 Mio. € erreichen. Für das Jahr 2022 plant die TEAG-Gruppe mit einem Investitionsvolumen für immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen i. H. v. insgesamt ca. 255 Mio. €. Die Investitionen werden geprägt u. a. vom Ausbau der Stromerzeugungsanlagen, dem zu erwartenden Lastzuwachs im Netz (infolge des Anstieges der Einspeisung bei den Erneuerbaren) sowie verschiedenen weiteren Themen, wie etwa dem Rollout der intelligenten Messsysteme, dem Aufbau der Ladeinfrastruktur im Bereich Elektromobilität und den Investitionen am Standort der Hauptverwaltung in Erfurt. Die Finanzierung ist neben dem operativen Cash-Flow durch die Aufnahme von zusätzlichem Fremdkapital sowie durch die Vereinnahmung von Bundes- bzw. Landesfördermitteln für den Glasfaserausbau gesichert.

In welchem Umfang es im Geschäftsjahr 2022 zu Abweichungen von dieser Planung kommen wird, hängt stark vom weiteren Verlauf der Corona-Pandemie und dem Verlauf der Ukraine-Krise bzw. deren globalen wirtschaftlichen Folgewirkungen ab. Vor dem Hintergrund der dynamischen Ereignisse analysiert der TEAG-Konzern fortlaufend mögliche Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage. Derzeit geht der TEAG-Konzern von keiner grundlegenden Gefährdung seiner Planungsprämissen für das kommende Geschäftsjahr aus.

Da das Ergebnis der KEBT AG, als reine Beteiligungsgesellschaft, fast ausschließlich von der Gewinnausschüttung der TEAG abhängig ist, hängen auch hier die möglichen Abweichungen im Vergleich zum Planansatz von den Entwicklungen der weltpolitischen und pandemischen Lage ab.

Durch diese Prognose beziehungsweise Risikoeinschätzung der TEAG erwartet die KEBT AG im laufenden Geschäftsjahr, wie schon im Berichtsjahr, aus heutiger Sicht einen nahezu konstanten Jahresüberschuss zwischen € 38 Mio. und € 40 Mio. ...“

Erfüllung des öffentlichen Zweckes

Die Aufgabe einer ordentlichen und gesicherten Energieversorgung fällt als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge in den gemäß Artikel 28 Absatz 2 Grundgesetz und über § 2 Absatz 2 der Thüringer Kommunalordnung verfassungsrechtlich gewährleisteten Aufgabenbestand der Gemeinden und Städte. Die Energieversorgung ist damit in erster Linie eine am Gemeinwohl orientierte öffentliche Aufgabe, die in der Gewährleistung einer für alle Bürger lebensnotwendigen Versorgungsstruktur besteht. Dabei werden von den Kommunen auch verbraucher- und umweltschützende Maßgaben mit berücksichtigt.

Gemeinden und Städte sind demnach verpflichtet, die Versorgung ihrer Gemeindegebiete mit Strom, Gas, Wärme und Breitband zu regeln. Aufgrund der in der Thüringer Kommunalordnung eingeräumten Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten hat die Gemeinde bzw. Stadt dabei einen Entscheidungsspielraum, ob sie die Versorgung mit Strom, Gas, Wärme und Breitband über ein eigenes kommunales Unternehmen oder über ein regionales Energieversorgungsunternehmen sichert.

Zahlreiche Kommunen im Freistaat Thüringen haben sich bei der Versorgung mit Strom, Gas, Wärme und Breitband für die Versorgung durch ein regionales Energieversorgungsunternehmen, die TEAG Thüringer Energie AG, Erfurt, entschieden.

Unternehmenszweck der KEBT AG ist unter anderem der Erwerb und die Verwaltung von Aktien an der TEAG Thüringer Energie AG und damit wird der Zweck, die Versorgung der Bevölkerung, der öffentlichen Einrichtungen, von Industrie und Gewerbe mit Strom, Gas, Wärme und Breitband einschließlich der Errichtung und Unterhaltung aller hierzu erforderlichen Versorgungsanlagen erfüllt. Diese mittelbare Beteiligung an der TEAG Thüringer Energie AG sichert den Gemeinden und Städten ein Mitgestaltungsrecht in Bezug auf die weitere Unternehmensentwicklung.

Beteiligungen der KEBT AG

unmittelbarer Anteilsbesitz

Anteilsbesitz (Beteiligungsliste)

Name und Sitz des Unternehmens	Höhe des Anteils am Kapital [in %]	Geschäftsjahr	Eigenkapital [in T€]	Ergebnis [in T€]
TEAG Thüringer Energie AG, Erfurt	82,15	2021	486.673	73.114

Name und Sitz des Unternehmens	Höhe des Anteils am Kapital [in %]	Geschäftsjahr	Eigenkapital [in T€]	Ergebnis [in T€]
TEN Thüringer Energienetze GmbH & Co.KG, Erfurt*	100,00	2021	84.663	0
TES Thüringer Energie Service GmbH, Jena*	100,00	2021	1.937	188
Thüringer Netkom GmbH, Weimar*	100,00	2021	37.651	3.897
TWS Thüringer Wärme Service GmbH, Rudolstadt*	100,00	2021	10.543	501
TMZ Thüringer Mess- und Zählerwesen Service GmbH, Ilmenau*	74,90	2021	3.624	-280

* Direkte Beteiligung an der TEAG

mittelbarer Anteilsbesitz

Name und Sitz des Unternehmens	Höhe des Anteils am Kapital [in %]	Geschäftsjahr	Eigenkapital [in T€]	Ergebnis [in T€]
1. Stadtwerke				
Energieversorgung Apolda GmbH, Apolda	49,00	2020	10.306	0 ¹⁾
Stadtwerke Arnstadt GmbH, Arnstadt	44,00	2020	11.111	0 ¹⁾
Stadtwerke Bad Langensalza GmbH, Bad Langensalza	40,00	2020	5.580	0 ¹⁾
Eisenacher Versorgungs-Betriebe GmbH (EVB), Eisenach	25,10	2020	13.243	0 ¹⁾
Stadtwerke Eisenberg Energie GmbH, Eisenberg	49,00	2020	365	0 ¹⁾
Netzgesellschaft Eisenberg mbH, Eisenberg	49,00	2020	3.833	0 ¹⁾

1) Ergebnisabführungsvertrag aufgrund einseitiger Organschaft

Name und Sitz des Unternehmens	Höhe des Anteils am Kapital [in %]	Geschäftsjahr	Eigenkapital [in T€]	Ergebnis [in T€]
SWE Energie GmbH, Erfurt	29,00	2020	47.902	1.000 ²⁾
SWE Netz GmbH, Erfurt	29,00	2020	57.545	2.000 ²⁾
Stadtwerke Gotha GmbH, Gotha	30,00	2020	17.641	0 ¹⁾
Energieversorgung Greiz GmbH, Greiz	49,00	2020	11.608	2.110
Energieversorgung Inselsberg GmbH, Waltershausen	20,00	2020	9.660	1.678
Stadtwerke Leinefelde-Worbis GmbH, Leinefelde-Worbis	49,00	2020	3.346	243
Stadtwerke Mühlhausen GmbH, Mühlhausen	23,90	2020	11.644	0 ¹⁾
Stadtwerke Neustadt an der Orla GmbH, Neustadt an der Orla	20,00	2020	8.405	849
Energieversorgung Nordhausen GmbH, Nordhausen	40,00	2020	14.410	0 ¹⁾
Energieversorgung Rudolstadt GmbH, Rudolstadt	23,90	2020	10.811	2.420
Stadtwerke Saalfeld GmbH - SWS -, Saalfeld/Saale	16,00	2020	9.206	0 ¹⁾
Stadtwerke Sondershausen GmbH, Sondershausen	23,90	2019/20	14.881	2.600
Stadtwerke Stadtroda GmbH, Stadtroda	24,90	2020	5.237	771
Stadtwerke Suhl/Zella-Mehlis GmbH, Suhl	44,42	2020	14.191	0 ¹⁾
Stadtwerke Weimar Stadtversorgungs-GmbH, Weimar	49,00	2020	22.107	0 ¹⁾
Energiewerke Zeulenroda GmbH, Zeulenroda-Triebes	74,00	2020	5.150	724

2) Ergebnisabführungsvertrag aufgrund einseitiger Organschaft und Bildung von Gewinnrücklagen zu Gunsten des jeweiligen Organträgers

Name und Sitz des Unternehmens	Höhe des Anteils am Kapital [in %]	Geschäfts- jahr	Eigenkapital [in T€]	Ergebnis [in T€]
2. Sonstige Beteiligungen				
EGB Thüringer Erdgasnetz-Beteiligungs-GmbH & Co. KG, Erfurt	100,00	2020	10	0
ENAG/Maingas Energieanlagen GmbH (EMEG), Eisenach ³⁾	50,00	2019/20	846	330
eness GmbH, München	100,00 ³⁾	2020	1.754	779
KEYWEB AG, Erfurt ⁴⁾	25,10	Anteilskauf in 2021		
KomSolar Service GmbH, Erfurt	100,00	2020	5.613	0
Neue Energien Bad Salzungen GmbH, Bad Salzungen	40,00	2020	721	67
NGA Netzgesellschaft Altenburger Land mbH, Erfurt	100,00	2020	25	0
NG Netzgesellschaft Schmalkalden GmbH & Co. KG, Schmalkalden	74,90	2020	4.734	224
Solarpark Edersleben GmbH, Nordhausen ⁵⁾	100,00	Anteilskauf in 2021		
Solarpark Wollersleben GmbH & Co.KG, Bleicherode ⁶⁾	40,00	Gründung in 2021		
TEN Thüringer Energienetze GmbH & Co. KG, Erfurt	100,00	2020	84.663	0 ⁷⁾
TEN Thüringer Energienetze Geschäftsführungs-GmbH, Erfurt	100,00	2020	36	2
TEP Thüringer Energie Speichergesellschaft mbH, Erfurt	100,00	2020	286	100
TES Thüringer Energie Service GmbH, Jena	100,00	2020	1.749	172

3) Erhöhung der Geschäftsanteile von 50,1% auf 100% (Geschäftsanteilskauf- und -abtretungsvertrag vom 15.07.2021)

4) Kauf von Aktien (Aktienkauf- und -abtretungsvertrag vom 9.02./10.02.2021)

5) Kauf von Geschäftsanteilen (Geschäftsanteilskauf- und -abtretungsvertrag vom 11.11.2021)

6) Gründung der Gesellschaft mit Eintragung ins Handelsregister am 02.11.2021

7) Ergebnisabführungsvertrag mit TEAG Thüringer Energie AG

Name und Sitz des Unternehmens	Höhe des Anteils am Kapital [in %]	Geschäfts- jahr	Eigenkapital [in T€]	Ergebnis [in T€]
Thüringer Netkom GmbH, Weimar	100,00	2020	35.754	3.409
TMZ Thüringer Mess- und Zählerwesen GmbH & Co. KG, Erfurt	30,00 ⁸⁾	2020	619	-17
TMZ Thüringer Mess- und Zählerwesen Service GmbH, Ilmenau	74,90	2020	3.904	-355
TRZ Thüringer Rechenzentrum GmbH, Erfurt	50,00	2020	5.975	-75
TWS Thüringer Wärme Service GmbH, Rudolstadt	100,00	2020	11.043	1.797
Thüringer Energie Vierzehnte Vermögensverwaltungs-GmbH, Erfurt	100,00	2020	25	0
TEAG Thüringer Energie Fünfzehnte Vermögensverwaltungs-GmbH, Erfurt	100,00	2020	25	0
TEAG Thüringer Energie Sechzehnte Vermögensverwaltungs-GmbH, Erfurt	100,00	2020	25	0
TEAG Thüringer Energie Siebzehnte Vermögensverwaltungs-GmbH, Erfurt	100,00	2020	25	0
Wärmegesellschaft Bad Lobenstein mbH, Erfurt	49,90	2020	74	-1
WGS - Wärmegesellschaft mbH Saalfeld, Saalfeld/Saale	24,00	2020	1.323	200
Wärmeversorgung Sollstedt GmbH, Sollstedt	49,00	2019/20	867	79
Windkraft Thüringen GmbH & Co. KG, Ilmenau	7,14	2020	16.550	1.328
450 MHz Verwaltungs GmbH, Erfurt	10,00 ⁹⁾	2020	9	-18

8) Einsieg eines weiteren Kommandisten (Anteilskauf- und –abtretungsvertrag vom 15.06.202) Verminderung der Anteile von 40,00% auf 30,00%

9) Einstieg weiterer Gesellschafter (Notarvertrag vom 27.04.2021) Verminderung der Geschäftsanteile von 17,78% auf 10,00%

Ausgewählte Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der KEBT AG

Auszug aus der **Bilanz** des Prüfberichtes zum Jahresabschluss zum 31. Dezember 2021:

Angaben in €	31.12.2021	31.12.2020
Aktiva		
Anlagevermögen		
Immaterielle Vermögensgegenstände Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte	1	1
Finanzanlagen		
Anteile an verbundenen Unternehmen	565.109.075	565.109.075
Ausleihungen an verbundene Unternehmen	<u>14.000.000</u>	<u>0</u>
	579.109.076	565.109.076
Umlaufvermögen		
Sonstige Vermögensgegenstände	4.304	1.000
Guthaben bei Kreditinstituten	<u>2.916.409</u>	<u>22.860.094</u>
	2.920.712,84	22.861.094
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0
Bilanzsumme Aktiva	582.029.789	587.970.170
Passiva		
Eigenkapital		
Gezeichnetes Kapital	2.543.697	2.543.697
Zur Durchführung der beschlossenen Kapitalerhöhung geleistete Einlagen	0	0
Kapitalrücklage	109.744.201	109.744.201
Andere Gewinnrücklagen	110.000.000	70.000.000
Bilanzgewinn/-verlust	<u>69.320.769</u>	<u>77.857.203</u>
	291.608.667	260.145.101
Rückstellungen	372.082	199.088
Verbindlichkeiten	290.049.040	327.625.981
Bilanzsumme Passiva	582.029.789	587.970.170

Auszug aus der **Gewinn- und Verlustrechnung** des Prüfberichtes zum Jahresabschluss vom 01. Januar 2021 bis 31. Dezember 2021:

Angaben in €	31.12.2021	31.12.2020
Sonstige betriebliche Erträge	98	6.321
Personalaufwand	93.615	93.508
Sonstige betriebliche Aufwendungen	299.525	286.429
Erträge aus Beteiligungen	48.615.180	48.615.180
Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	7.136	0
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	20	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	6.715.526	7.421.447
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	478.356	486.636
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	41.035.412	40.333.481
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	28.285.357	37.523.722
Bilanzgewinn	69.320.769	77.857.203

Unmittelbare Beteiligung am KEBT-Konzern

(im KEBT-Konzern ist die u.a. mittelbare Beteiligung an der TEAG Thüringer Energie AG enthalten)

Gegenstand des Unternehmens KEBT

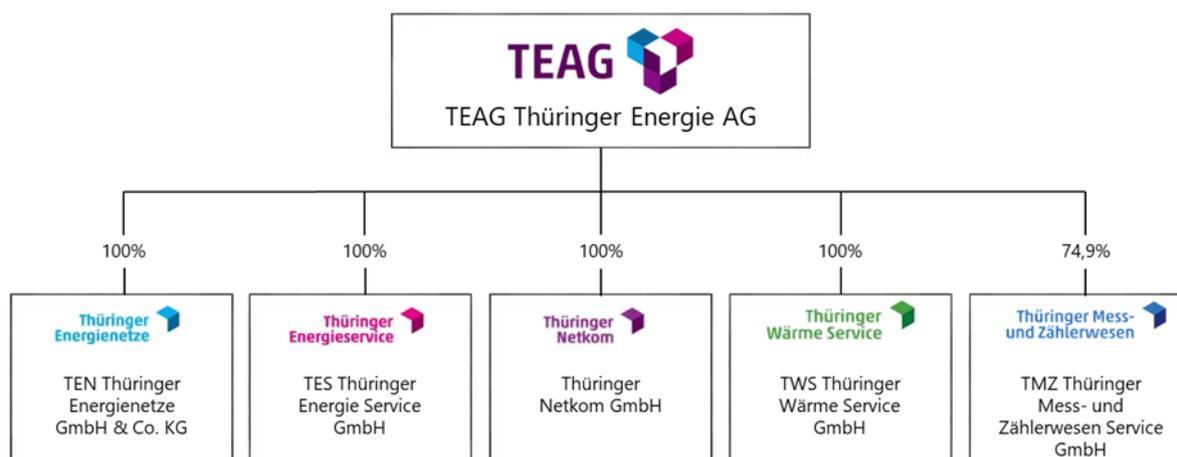
Gegenstand der Gesellschaft ist der Erwerb und die Verwaltung von Geschäftsanteilen der TEAG Thüringer Energie AG (TEAG) und die Wahrnehmung aller Gesellschafterrechte und -pflichten, die sich aus der Beteiligung an der Aktiengesellschaft ergeben sowie aller unmittelbar damit im Zusammenhang stehenden Geschäfte, insbesondere die Wahrnehmung und Sicherung der kommunal- und gesellschaftsrechtlich zulässigen Interessenvertretung der Aktionäre der KEBT AG bei der TEAG Thüringer Energie AG. Hauptaktionär der KEBT AG ist der Kommunale Energiezweckverband Thüringen, Erfurt (KET), dessen Geschäftszweck der Erwerb und die Verwaltung von Geschäftsanteilen der TEAG und der KEBT AG ist.

Warum KEBT-Konzern

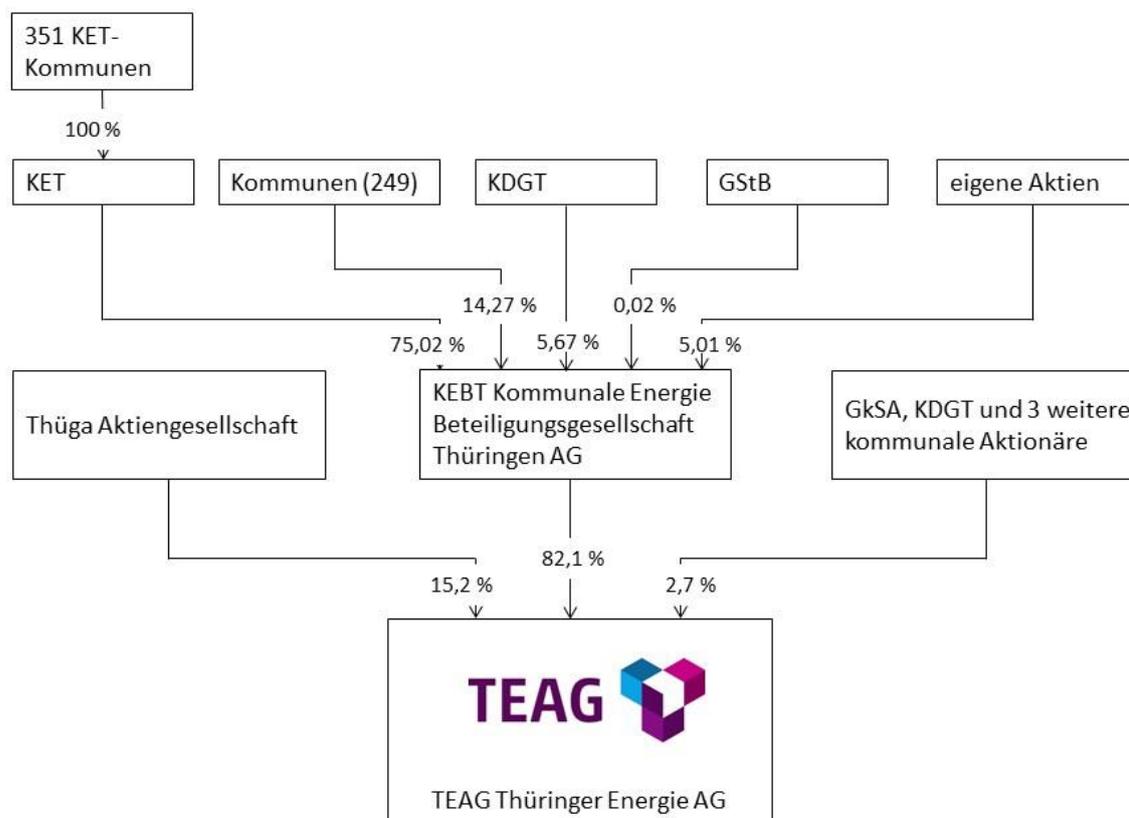
Zum Stichtag 31. Dezember 2021 hält die KEBT AG 82,15 % der Stimmrechte aus Aktien an der TEAG. Damit ist die KEBT AG verpflichtet, nach § 290 HGB einen Konzernabschluss aufzustellen.

Die KEBT AG ist ebenfalls gemäß § 290 HGB Mutterunternehmen des größten Konsolidierungskreises. Gemäß § 299 HGB entspricht das Geschäftsjahr des KEBT-Konzerns dem Geschäftsjahr des Mutterunternehmens.

Konsolidierungskreis des KEBT-Konzerns



**Aktionärsstruktur
des KEBT-Konzerns
zum 31. Dezember 2021**



Stammkapital 2.670.729,64 Euro, eingeteilt in 2.533.891 Stückaktien (2.022.448 Stückaktien der Aktiengattung A und 511.443 Stückaktien der Aktiengattung B)

Beteiligungsanteil Die Stadt Schmöln hat zum 31. Dezember 2021 unmittelbar einen Anteil von 0,0021 % (52 KEBT-Aktien) am KEBT-Konzern gehalten. Die KEBT-Aktien haben zum 31. Dezember 2021 einen Anteil am Grundkapital des KEBT-Konzerns von 1,05 Euro je Aktie. (siehe Datenblatt)

Abschlussprüfer PWC PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Organe des KEBT-Konzerns im Geschäftsjahr 2021 Der **Aufsichtsrat** des KEBT-Konzerns, der aus sieben Mitgliedern besteht, setzte sich im Geschäftsjahr 2021 wie folgt zusammen:

Vorsitzender:

Herr Sven Gregor, Bürgermeister Eisfeld

Stellvertretender Vorsitzender:

Herr Thomas Weigelt, Bürgermeister Bad Lobenstein

Aufsichtsratsmitglieder:

Herr Olaf Czernomoriez, Start-up Gründungsberater

Frau Franka Hitzing, 1. Beigeordnete Bleicherode

Herr Ralf Rusch, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Gemeinde- und Städtebundes Thüringen e. V.

Herr Frank Schmidt, Verbandsvorsitzender des KET und Bürgermeister Auma-Weidatal (ab 22.01.2021)

Herr Marco Seidel, Bürgermeister Tanna

Dem **Vorstand** der KEBT AG gehörten im Geschäftsjahr 2021

Herr Peter Hengstermann (bis 31.12.2021) und Herr Stefan Reindl an.

Vergütung der Organe

Die für die Tätigkeit im Geschäftsjahr an die Mitglieder des Aufsichtsrates gewährten Gesamtbezüge betragen 5.214,00 € (Vorjahr: 5.078,00 €).

Auf die Angabe der Vorstandsbezüge wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Anzahl der Arbeitnehmer

Zum Ende des Geschäftsjahres waren insgesamt 1.888 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter innerhalb des KEBT-Konzerns beschäftigt, 35 Prozent waren weiblich. Das Durchschnittsalter der Beschäftigten lag bei rund 45 Jahren. Die durchschnittliche Beschäftigungsdauer im Unternehmen betrug rund 16 Jahre.

Grundzüge des Geschäftsverlaufes (Auszug aus dem Lagebericht des Konzernabschlusses der KEBT AG für das Geschäftsjahr 2021)

„...Die KEBT zählt durch ihre Beteiligung an der TEAG als ein integrierter Energieversorger und Infrastrukturdienstleister. Das Angebotsspektrum deckt die ganze Bandbreite an energiewirtschaftlichen Leistungen ab. Neben den klassischen Wertschöpfungsstufen Erzeugung, Netze und Vertrieb, umfasst das Geschäftsmodell weitere Tätigkeiten wie Telekommunikations-, Mobilitäts-, Mess- und Servicedienstleistungen. Die Leistungen werden sowohl auf regulierten als auch auf wettbewerblichen Märkten erbracht.

Insgesamt umfasst der KEBT-Konzern 58 Beteiligungen an Energieversorgungs- und Dienstleistungsunternehmen. Der Konsolidierungskreis im Rahmen des Konzernabschlusses umfasst neben der KEBT 6 verbundene, vollkonsolidierte sowie 17 assoziierte, nach der Equity-Methode bewertete Unternehmen. Auf eine Konsolidierung der übrigen verbundenen bzw. assoziierten Unternehmen wurde aufgrund der untergeordneten Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns verzichtet.

Zu den verbundenen, vollkonsolidierten Gesellschaften gehören neben der TEAG, die TEN Thüringer Energienetze GmbH & Co. KG, Erfurt (TEN), die TES Thüringer Energie Service GmbH, Jena (TES), die Thüringer Netkom GmbH, Weimar (TNK), die TWS Thüringer Wärme Service GmbH, Rudolstadt (TWS) und die TMZ Thüringer Mess- und Zählerwesen Service GmbH, Ilmenau (TMZ).

...

Die Geschäftsgrundlage des KEBT-Konzerns bilden die „5 Netze“. Dieser integrierte Ansatz umfasst den Ausbau und Betrieb der Netze für Strom, Erdgas, Glasfaser, Wärme und Straßenbeleuchtung. Die bisherige „5 Netze“-Strategie wird durch den Aufbau eines 450MHz-Funknetzes und eines umfassenden Ladesäulen-Netzes für E-Fahrzeuge ergänzt.

Der Betrieb der Netze erfolgt durch die TEN, TNK und TWS. Aktuell stehen ein rund 40.000 Kilometer (km) langes Strom- und Erdgasnetz sowie ein ca. 6.400 km langes Glasfasernetz zur Verfügung. Die Länge des Wärmenetzes beträgt 69 km. Die Netze für Straßenbeleuchtung umfassen rund 7.300 Lichtpunkte in langfristiger Betriebsführung.

Die Geschäftstätigkeit als integriertes Energieversorgungs- und Energiedienstleistungsunternehmen unterteilt sich in die 7 Bereiche Energieerzeugung und Wärme, Strom- und Gasnetz, Energievertrieb, Messwesen, Telekommunikation, Beteiligungen und Sonstiges (Dienstleistungen, inkl. Gasspeicher).

Die Nutzung erneuerbarer Energien und effizienter Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) bilden die Grundlage der Geschäftstätigkeit im Bereich Energieerzeugung und Wärme. Im Bereich der konventionellen Energieerzeugung werden moderne, hocheffiziente Erdgaskraftwerke mit Kraft-Wärme-Kopplung betrieben, die wesentlich zur klimaschonenden und nachhaltigen Erzeugung beitragen. Gleichzeitig wird die regionale und überregionale Entwicklung der erneuerbaren Energien gefördert. Neben dem Betrieb von 3 eigenen Wasserkraftwerken wird mit verschiedenen Kooperationspartnern der Ausbau der Photovoltaik (PV) unterstützt. Durch den vollständigen Erwerb der eness GmbH, München (eness), wurde die Geschäftstätigkeit im Privatkundenbereich ausgebaut. Für die Betreuung von Gewerbekunden ist die KomSolar Service GmbH, Erfurt (KomSolar), zuständig. Mit dem Kauf der Solarpark Edersleben GmbH, Erfurt (SPE), wurde im Geschäftsjahr an der thüringischen Landesgrenze ein leistungsfähiger, moderner PV-Erzeugungspark erworben. Im Rahmen der Projekt-KG Solarpark Wollersleben GmbH & Co. KG, Bleicherode (SPW), wird mit Unterstützung der KomSolar die Errichtung einer neuen Freiflächen-Photovoltaikanlage geplant. Im Bereich Windkraft besteht über die Windkraft Thüringen GmbH & Co. KG, Erfurt (WKT), einer Kooperation der TEAG mit 13 Thüringer Stadtwerken und Energieversorgern, eine Beteiligung bei der Errichtung von Windparks sowie Freiflächen-Photovoltaikanlagen.

Über die TEN als regionaler Verteilnetzbetreiber (VNB) wird in Thüringen der sichere, effiziente und diskriminierungsfreie Betrieb der Strom- und Gasnetze gesichert. Die TEN als unabhängiger Netzbetreiber gewährleistet die gesetzlich festgelegte Trennung zwischen reguliertem Netzbetrieb und Vertrieb gemäß Energiewirtschaftsgesetz (EnWG). Zu den Verteilnetzen zählen neben dem TEN-eigenen 110-kV-Netz die gepachteten Strom- bzw. Gasnetze der TEAG, der NG Netzgesellschaft Schmalkalden GmbH & Co. KG, Schmalkalden (NGS), sowie der Stadtwerke Leinefelde-Worbis GmbH, Leinefelde-Worbis (SWL). Zusätzlich zum Netzbetrieb bietet die TEN verschiedene netzbezogene Dienstleistungen an. Diese beziehen sich beispielsweise auf die Projektierung, den Bau und den Betrieb kundeneigener Anlagen und Straßenbeleuchtungen sowie ein breites Spektrum an Dienstleistungen für andere Netzbetreiber und Stadtwerke. Die TEN fungiert weiterhin als grundyzuständiger Messstellenbetreiber.

Neben der Erzeugung und dem Netzbetrieb stellt der Energievertrieb ein weiteres, wesentliches Geschäftsfeld dar. Privat- und Geschäftskunden wird im Rahmen eines Komplettangebotes ein breites Angebotsspektrum an Energieprodukten und -lösungen zur Verfügung gestellt. Privat-, Gewerbe- und Industriekunden, Stadtwerke, Kommunen und Weiterverteiler werden mit Strom, Erdgas und Wärme versorgt. Darüber hinaus wird ein breites Portfolio an Dienstleistungen im Energiebereich angeboten. Zum Produktangebot für Stadtwerke und Kommunen zählen verschiedene spezifische Energielösungen, wie etwa Kooperationen bei der Nutzung erneuerbarer Energiequellen sowie die Zusammenarbeit in den Bereichen Straßenbeleuchtung und Energieeffizienz. Neben der Tätigkeit in den klassischen Geschäftsbereichen Strom, Gas und Wärme hat das Thema Elektromobilität in den vergangenen Jahren stark an Bedeutung gewonnen. Auch hier wird ein integriertes Komplettangebot bereitgehalten.

Mit dem Geschäftsfeld Mess- und Zählerwesen werden gezielt die Chancen der Digitalisierung der Energiewende genutzt. Die Kompetenzen im Bereich Messwesen werden durch die TMZ gebündelt, die am Markt als Full-Service-Dienstleister für Messstellenbetreiber auftritt. Für die TEN erbringt sie Messdienstleistungen im Rahmen des konventionellen Messwesens Strom und Gas sowie des Rollouts von modernen Messeinrichtungen (mME) und intelligenten Messsystemen (iMSys). Zudem erbringt die TMZ Dienstleistungen für weitere grundzuständige und wettbewerbliche Messstellenbetreiber und beteiligt sich so an Entwicklungen in den Bereichen Smart Metering, Smart Home, Smart Grid und Submetering.

Im Geschäftsfeld Telekommunikation werden umfangreiche Infrastruktur- und Telekommunikationsdienstleistungen zur Verfügung gestellt. Durch die stetige Erweiterung des hochmodernen, thüringenweiten Glasfasernetzes wird die Marktposition kontinuierlich ausgebaut. Die Versorgung von Städten und Gemeinden mit schnellen Internetverbindungen, sowohl in Ballungsgebieten als auch im ländlichen Raum, steht im Fokus der Tätigkeit. Die Vermarktung der großen, stetig wachsenden Auswahl moderner Produkte für Kommunikationszwecke gegenüber Privat- und Geschäftskunden erfolgt durch die TNK.

Aktuell hält der KEBT-Konzern Beteiligungen an 38 Unternehmen und 20 Stadtwerken. Dabei liegen die Beteiligungen an den Stadtwerken zwischen 16 und 74 Prozent. Durch diese aktiven Partnerschaften innerhalb der Energiebranche wird auf einen kontinuierlichen Wissenstransfer und auf die Erzielung wichtiger Synergieeffekte gesetzt.

Die KEBT ist ein kommunales Unternehmen, mehrheitlich im Eigentum Thüringer Kommunen. Sie ist dem Freistaat, seinen Bürgerinnen und Bürgern und den Thüringer Städten und Gemeinden fest verbunden. Die regionale unternehmerische Kernausrichtung, die um vertriebliche Aktivitäten im gesamten Bundesgebiet ergänzt wird, fußt heute auf einer „5-Netze-Strategie“. Mit dem bereits in den vergangenen Jahren kontinuierlich um neue Geschäftsfelder erweiterten Dienstleistungs- und Produktangebot steht das Unternehmen aktuell in einem ebenso großen Transformationsprozess, wie die gesamte Branche. Vielfältigste politische und gesellschaftliche Herausforderungen sind zu bewältigen. Die Geschäftstätigkeit wird dabei v. a. auf den Gebieten der Dekarbonisierung, der Dezentralisierung von Energieerzeugung und -verteilung sowie durch die Digitalisierung beeinflusst. Insbesondere die eingeleitete Energie- und Verkehrswende forcieren neue, zeitgemäße Geschäftsmodelle, wie sie gerade die Wohnungswirtschaft und der Verkehrssektor zunehmend nachfragen. Auch in anderen Bereichen der Daseinsvorsorge ergeben sich neue unternehmerische Herausforderungen, denen sich der KEBT-Konzern stellt.

Die jüngsten, politischen Entwicklungen und Entscheidungen sowohl auf Landes-, als auch Bundesebene zeigen sich aktuell in der im dritten Quartal 2021 in Kraft getretenen Gesetzesnovelle zum Klimaschutzgesetz. Die Aktualisierung des Gesetzes beinhaltet eine weitere Verschärfung der politischen Vorgaben zur Reduktion der CO₂-Emissionen. Diese energiepolitischen Entwicklungen sowie infrastrukturellen Vorhaben sind eng mit der strategischen Ausrichtung des Unternehmens und dem Erreichen seiner Ziele verknüpft. Die anstehende Systemtransformation wird durch einen beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien mitgestaltet. Dieser umfasst etwa die Planung, die Installation und den Betrieb von PV-Anlagen im Rahmen verschiedener Projektgesellschaften.

Das langfristige Ziel ist es, die gesamte Wertschöpfungskette des Unternehmens nachhaltig und digital auszurichten. Dies schließt den Um- und Ausbau der Erzeugung in Bezug auf erneuerbare Energien und dezentrale KWK-Anlagen ein. Zugleich wird der Auf- und Ausbau der „5 Netze“ fortgesetzt und somit eine konstante Netzstabilität gewährleistet.

In diesem Zusammenhang werden die Aktivitäten im Bereich des Aufbaus eines 450MHz-Funknetzes weiter verstärkt. Strategisch wird das Leistungsangebot auf eine „7-Netze-Strategie“ ausgebaut, die dann auch den Betrieb einer modernen Ladenetzinfrastruktur im Bereich Elektromobilität sowie Dienstleistungen für den Betrieb kommunaler Wasser- und Abwasserinfrastruktur umfassen wird.

Die interne Steuerung und Beurteilung der wirtschaftlichen Entwicklung und Ziele basieren auf einheitlichen Kennzahlen. Zu den wichtigsten Steuerungsgrößen zählen das Ergebnis vor Steuern, Zinsen und Abschreibungen (EBITDA), das Ergebnis vor Steuern (EBT) und der Jahresüberschuss. Zusätzlich zur weiteren Veranschaulichung werden im vorliegenden Lagebericht weitere Kennzahlen präsentiert. Hierzu gehören u. a. folgende finanzielle bzw. nichtfinanzielle Leistungsindikatoren: Cashflow, Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagevermögen, Erzeugungs- und Absatzmengen sowie Umwelt- und Arbeitnehmerbelange. ...

Die Themen Klimaschutz und Digitalisierung rückten im Geschäftsjahr durch die Bundestagswahl und die Folgen der Corona-Pandemie weiter in den Vordergrund. Die Umgestaltung der Energiewirtschaft hin zur CO₂-Neutralität und der flächendeckende Ausbau einer schnellen Telekommunikations-Infrastruktur sind Voraussetzung für den Erhalt und die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Deutschland. Beide Aufgabenfelder haben direkten oder indirekten Einfluss auf die Geschäftstätigkeiten.

Mit Urteil vom 24. März 2021 erklärte das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) die bis dato gültigen nationalen Klimaschutzziele der Bundesrepublik als teilweise verfassungswidrig. Im Kern ordnete der Gerichtshof eine Nachbesserung bei der Regelung der nationalen Klimaschutzmaßnahmen für den Zeitraum nach 2030 an. Die Bundesregierung verschärfte daraufhin ihre Vorgaben und definierte eine neue politische Zielgröße für die Reduktion von klimaschädlichen Treibhausgasen. Bis zum Jahr 2030 soll Deutschland seine CO₂-Emissionen um -65 Prozent gegenüber dem Vergleichsjahr 1990 senken. Der Gesetzgeber verankerte zudem das Ziel der Treibhausgasneutralität bis spätestens 2045.

Der Klimaschutz steht auch im Fokus der neuen Bundesregierung. Die sog. „Ampel-Koalition“ aus SPD, Grünen und FDP nahm im vierten Quartal des Jahres ihre Arbeit auf. Zu erwarten ist eine weitere Konkretisierung verschiedener Sektorvorhaben, deren gesetzliche und regulatorische Rahmenvorgaben das Geschäftsmodell auf allen Ebenen betreffen. Bereits ab dem Jahr 2040 soll die Energieversorgung in Thüringen bilanziell vollständig durch erneuerbare Energien aus eigenen Quellen gedeckt werden. Auf diesen Wandel muss sich der KEBT-Konzern rechtzeitig vorbereiten. Ziel ist es, die Systemtransformation im Bereich der erneuerbaren Energien aktiv mitzugestalten.

In 2021 hatten in nahezu allen Geschäftsbereichen zahlreiche neue rechtliche Rahmenbedingungen Einfluss auf die Geschäftstätigkeit. Im vierten Quartal des Jahres traten die Neufassungen der Strom- und Gasgrundversorgungsverordnung in Kraft und sorgten für z. T. signifikante Veränderungen, beispielsweise in Bezug auf die verschärften Voraussetzungen für Liefer sperren. Die Neuregelungen haben nicht nur erhebliche Auswirkungen auf die Prozesse in der Grund- und Ersatzversorgung, sondern beeinflussen durch ihre Leitbildfunktion erheblich auch die Rahmenbedingungen beispielsweise für Produktverträge. Auch die aktuelle EnWG-Novelle hatte wesentliche Auswirkungen u. a. auf die Begründung, Gestaltung und Abwicklung von Lieferverhältnissen. Das in wesentlichen Teilen in 2021 verabschiedete „Gesetz für faire Verbraucherverträge“ führt ähnlich umfangreiche Veränderungen mit sich, u. a. in Fragen des Vertragsabschlusses, der Laufzeiten und Kündigungsfristen von Energielieferverträgen.

Im Bereich der Strom- und Gasnetze trat die Verordnung zur Änderung der Anreizregulierungsverordnung und der Netzentgeltverordnung Strom und Gas in Kraft, mit entsprechenden regulatorischen Auswirkungen auf das Netzgeschäft. Im Telekommunikationsbereich erfolgten umfangreiche Neuregelungen durch das sog. „Telekommunikationsmodernisierungsgesetz“, auch hier wurden zahlreiche Inhalte grundlegend überarbeitet. Daneben hatte das neue Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG) Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit, v. a. im Gasvertrieb und in der dezentralen Wärmeversorgung.

Am Standort des Heizkraftwerkes Jena (HKW Jena) wurden Erweiterungs- und Modernisierungsarbeiten fortgeführt. Hierdurch wird der Ausbau einer moderneren, umweltfreundlicheren und flexibleren Energieerzeugung vorangetrieben. Die Bauarbeiten erhöhen Flexibilität und Wirkungsgrad der Anlage und senken die Emissionswerte signifikant. Die Anlage ist zudem ein idealer Komplementär zur Energieerzeugung aus den volatilen erneuerbaren Energien. Der Ausbau des HKW Jena umfasst die Errichtung einer hocheffizienten Gasmotorenanlage mit ca. 60 MW und eines Druckwärmespeichers mit einer Kapazität von 600 MWh.

Die vorfristige Inbetriebnahme des Druckwärmespeichers über eine alternative Ladepumpe erfolgte im letzten Quartal des Berichtszeitraumes. Der Probebetrieb der Gasmotorenanlage ist für Ende 2022 vorgesehen. Die Aufnahme des Dauerbetriebs ist für das Jahr 2023 geplant. Die Gesamtfertigstellung der Kraftwerkserweiterung wird voraussichtlich 2023 erfolgen.

Zudem wurden verschiedene Effizienzmaßnahmen im Heizkraftwerk am Standort Rudolstadt/ Schwarza (HKW Schwarza) durchgeführt. Der Neubau des Filterhauses der Gasturbinen führt nun bei gleichem Gaseinsatz zu einer höheren Stromausbeute.

Die Beschaffung von CO₂-Zertifikaten hat aufgrund politischer und wirtschaftlicher Entwicklungen weiter an Bedeutung gewonnen. Die Mitte des Jahres erlassene Gesetzesinitiative der EU „Fit for 55“ sieht eine deutliche Verknappung von Emissionsberechtigungen vor. In Deutschland wurde die Zuteilung der Emissionsberechtigungen für den Zeitraum der vierten Handelsperiode (2021-2025) durch die Deutsche Emissionshandelsstelle, Berlin, vorgenommen. Infolge der Verringerung des Emissionswertes für Wärmeerzeugung und Anwendung eines Kürzungsfaktors für Stromerzeuger haben sich die Zuteilungsmengen gegenüber der vorangegangenen Handelsperiode dabei deutlich gemindert. Im ersten Quartal 2021 trat zudem das neue BEHG in Kraft. Im Rahmen des sog. nationalen Emissionshandels legt es für die Sektoren Wärme und Verkehr die Grundlagen für eine Bepreisung von CO₂-Emissionen sowie einen entsprechenden Zertifikatehandel, insofern diese nicht vom EU-Emissionshandel erfasst werden. Mit Inverkehrbringen von Brennstoffen sind entsprechende Zertifikate zu erwerben und abzugeben. Vor dem Hintergrund der geschilderten Entwicklungen wurde die Beschaffungsstrategie weiter optimiert.

In Zusammenarbeit mit Kommunen, Stadtwerken und der Wohnungswirtschaft erfolgt eine Umsetzung klimafreundlicher Quartiersprojekte. Hierzu gehört auch der Ausbau der dezentralen Fernwärmeversorgung. Am Standort Weida werden derzeit ca. 1.500 Haushalte mit Fernwärme beliefert. Darüber hinaus wird ein umfassendes Dienstleistungspaket aus den Bereichen Telekommunikation, Straßenbeleuchtung und E-Mobilität angeboten. Die Weiterentwicklung des Quartiersprojektes Weida über den aktuellen Berichtszeitraum hinaus ist durch einen Förderzuschlag für innovative KWK-Projekte gegeben. Die am Standort Weida produzierte und verbrauchte Wärme wird zukünftig zu 35 Prozent CO₂-neutral sein. Die Fertigstellung des Projektes ist für Ende 2022 vorgesehen. In 2021 wurde im Rahmen des Quartierprojektes Weida bereits Fernwärme im Umfang von 4.911,2 MWh erzeugt.

Zusammen mit einer Wohnungsbaugesellschaft in Nordhausen hat die TWS eine Absichtserklärung für ein gemeinsames Quartiersprojekt in Nordhausen unterzeichnet. In diesem Projekt soll die Energieversorgung für 3 Wohnblöcke mit insgesamt ca. 170 Wohneinheiten und einem Wärmebedarf von ca. 550 MWh pro Jahr grundlegend neugestaltet, ein Mieterstrommodell umgesetzt, die Messdienstleistung neu aufgestellt und eine Ladeinfrastruktur für E-Fahrzeuge errichtet werden. Die TWS wird diese Gesellschaft mit Wärme beliefern, investiert in neue Anlagentechnik (bzw. Wärmepumpen) und bietet Wartungs- und Instandhaltungsdienstleistungen an. Der Lieferbeginn von Wärme durch die TWS ist für Anfang 2022 vorgesehen, die Wärmepumpen sollen in den Jahren 2022 und 2023 errichtet werden.

Gemeinsam errichtete die TWS mit einer Energiegenossenschaft am Standort Werther das erste sog. „kalte Nahwärmenetz“ Thüringens. Über einen Oberflächenkollektor wird dem Erdboden Wärme auf einem Temperaturniveau von 2° bis 10° C entzogen. Die gewonnene Wärmeenergie wird beim Endverbraucher mittels Wärmepumpen auf ein nutzbares Temperaturniveau angehoben. Die TWS ist in diesem Gemeinschaftsprojekt für die Errichtung und den Betrieb des Kollektors und Netzes zuständig. Die Inbetriebnahme des kalten Nahwärmesystems ist bis spätestens 31. Mai 2022 vorgesehen. Den zukünftigen Hauseigentümern plant die TWS Pacht- bzw. Kaufverträge für Wärmepumpen und PV-Anlagen anzubieten. Der Ausbau von kalten Nahwärmenetzen zur CO₂-neutralen Wärmeversorgung in Neu- und Altbaugebieten gehört zu den grundlegenden Zielen der TWS.

Im Bereich Windkraft erfolgt die Erzeugung erneuerbarer Energien über die WKT. An dieser sind neben der TEAG 13 Thüringer Stadtwerke beteiligt. Im Kooperationsmodell bündelt die WKT Kompetenzen bei der Planung und Durchführung von Windenergieprojekten. Derzeit stockt der Ausbau von Onshore-Windkraftanlagen, da kaum noch Baugenehmigungen zu erhalten sind. Es fehlen neu ausgewiesene Flächenpotentiale aufgrund der weiterhin andauernden regionalen Planungsverfahren zur Ausweisung neuer Windvorranggebiete.

Die WKT hat im Stadtgebiet von Eisenach eine Windenergieanlage mit einer Leistung von 4,2 MW erworben. Die Anlage wurde in Kooperation mit der TEN in die Infrastruktur des naheliegenden Bestandparks Mihla integriert.

Mit Unterstützung der KomSolar und zusammen mit weiteren regionalen Partnern verfolgt die WKT ein erstes Photovoltaik-Freiflächenprojekt in Nordthüringen mit einer Leistung von ca. 20 MW. Für die zukünftige Realisierung von Vorhaben im Bereich der erneuerbaren Energien außerhalb des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes (EEG) wurde ein innovatives Direktvermarktungsmodell für Endverbraucher zur Verteilung der Grünstrommengen inkl. Herkunftsnachweisen entwickelt.

Da die Bedeutung von PV-Anlagen bei der Stromerzeugung weiterhin stark zunimmt, wurden die Geschäftsaktivitäten in diesem Bereich verstärkt und u. a. Vertriebsmaßnahmen für PV-Anlagen bei Gewerbekunden weiter in den Mittelpunkt gerückt. Für die Betreuung von Gewerbekunden im PV-Bereich ist die KomSolar tätig. Sie stellt individuelle Lösungen im gewerblichen Umfeld bereit und übernimmt Planung, Installation und Betrieb von PV-Anlagen. Die enes übernimmt die Geschäftstätigkeiten im Privatkundenbereich.

Im Geschäftsjahr konnte durch die Pacht von Grundstücken zum Anlagenbau zusätzliches Erzeugungsvolumen im PV-Bereich i. H. v. 10 MWp vertraglich gesichert werden. ...

Der TEN als regionalem VNB (Verteilnetzbetreiber) in Thüringen kommt eine Schlüsselstellung beim Betrieb der Netzinfrastruktur zu. Das wichtigste Ziel ist der sichere Betrieb der Netze und Anlagen unter Einhaltung aller physikalischen und technischen Parameter, um den Schutz der kritischen Infrastruktur jederzeit gewährleisten zu können. Dabei wird die TEN vor immer größere Herausforderungen gestellt. Prozesse und Aufgaben die im Strombereich bisher ausschließlich bei den Übertragungsnetzbetreibern (ÜNB) lagen, weiten sich zunehmend auf die VNB aus. Hierzu gehören u. a. die Spannungshaltung im Verbund und umfangreiche Aufgaben im Rahmen des sog. „Redispatch 2.0“.

Die Netzführung der TEN konnte die sicherheitsrelevante Zertifizierung gemäß des IT-Sicherheitskatalogs der BNetzA bzw. das ISMS Überwachungsaudit 2021 erfolgreich abschließen.

Im vierten Quartal starteten erste Prozesse zum sog. „Redispatch 2.0“. Unter Redispatch versteht man die Änderung der Einsatzplanung von konventionellen und regenerativen Erzeugungsanlagen zur Energieversorgung. Durch den Redispatch 2.0 soll es zu einem verbesserten, vorausschauenden Engpassmanagement bzw. einer Behebung von Netzengpässen, verursacht durch die fluktuierende Einspeisung erneuerbarer Energien, kommen. Das Vorhaben macht die VNB zu einer tragenden Säule im Engpassmanagement. Aufgrund von diversen Verzögerungen bei der Marktimplementierung regte der BDEW Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e. V. (BDEW) zum Zweck eines gesicherten Einstieges und in Abstimmung mit der BNetzA und dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie eine branchenweite Übergangslösung an. Diese wurde im Geschäftsjahr erfolgreich von der TEN implementiert. Die TEN setzte den Prozess als Dienstleistungserbringer für 22 Weiterverteiler um.

Die TEN führte im Geschäftsjahr die Arbeiten zur Errichtung des 450MHz-Funknetzes weiter fort. Der Aufbau eines modernen 450MHz-Funksystems dient der Gewährleistung der sicheren Informationsübertragung zum Zweck von Netzsteuerungsprozessen. Es wurde insbesondere der Planungsanteil weiter intensiviert, sodass sich derzeit ca. zwei Drittel der insgesamt 73 notwendigen Funkstandorte im Genehmigungs- und Planungsprozess befinden. Die Anzahl von Funkteilnehmern in der netzdienlichen Datenübertragung wurde erhöht, Automatisierungskonzepte wurden entsprechend aktualisiert. Zudem wurden weitere Funkstandorte ertüchtigt bzw. gebaut. Insgesamt waren im Berichtszeitraum 11 Funkstandorte in Betrieb. 6 weitere Funkmasten wurden neu errichtet und stehen zur Montage der Funktechnik bereit.

Die TEN bietet ein umfangreiches Netzdienstleistungs-Angebot im nicht-regulierten Bereich. Im Strombereich umfasst das Leistungsspektrum u. a. die Planung und Errichtung von kundeneigenen Anlagen und deren Instandhaltung sowie umfangreiche Dienstleistungen für Stadtwerke und Netzbetreiber. Im Bereich Gas bietet sie verschiedene Dienstleistungen, wie etwa die Planung und Errichtung von entsprechenden gastechnischen Anlagen. Einen Großteil ihres Dienstleistungsumsatzes erwirtschaftet die TEN zudem mit dem Bau von Netzanschlusslösungen für Einspeiseanlagen zur Energieerzeugung aus regenerativen Quellen. Im Rahmen von Werkleistungsverträgen erhielt die TEN in 2021 Aufträge im Wert von insgesamt 7,1 Mio. € (in den Bereichen Mittel- und Niederspannung, Gasanlagen sowie Straßenbeleuchtung).

Durch Erarbeitung individueller Lösungen sorgt die TEN in den Thüringer Kommunen für eine moderne, umweltfreundliche Straßenbeleuchtung. Mit maßgeschneiderten, klimafreundlichen Beleuchtungskonzepten wurden in zahlreichen Thüringer Kommunen effiziente und emissionsarme Beleuchtungspunkte auf Grundlage der LED-Technologie geschaffen; über Werkleistungsverträge hat die TEN im Geschäftsjahr ca. 500 hochmoderne LED-Beleuchtungspunkte neu errichtet bzw. Altanlagen umgerüstet.

Kommunalen Dienstleistungskunden unterbreitet die TEN eine Komplettlösung (Projektierung, Bau, Betrieb und Wartung) zu einer kalkulierbaren Jahrespauschale. Die im Eigentum der TEAG befindlichen Straßenbeleuchtungsanlagen sind mittlerweile in 8 Thüringer Kommunen im Einsatz und werden langfristig durch die TEN betrieben. Insgesamt lagen in 2021 langfristige Betriebsführungsverträge für rund 7.300 Lichtpunkte in verschiedenen Betreibermodellen vor. ...

In 2021 lag der Fokus des Konzessionsmanagements auf der Wiedererlangung bzw. Verlängerung auslaufender Konzessionsverträge im Gasbereich sowie der wettbewerblichen Übernahme von Strom- und Gasfremdkonzessionen. Bisher wurden 283 Gas-Konzessionsverträge, und damit rund 92,5 Prozent des früheren Bestandes, wiedererlangt. In 2021 kamen im Gasbereich 10 offene Vergabeverfahren noch nicht zum Abschluss. Im Strombereich lag unter den Bestandskonzessionen zum Ende des Geschäftsjahres 1 noch offenes Vergabeverfahren mit der Gemeinde Ettersburg vor. Unter den Strom-Fremdkonzessionen waren 2 Bewerbungsverfahren mit den Gemeinden Gößnitz bzw. Greiz noch nicht abgeschlossen.

Nach dem Corona-bedingten Rückgang im Vorjahr kam es in 2021 zu einer Erholung und weitgehenden Stabilisierung der Absatzmengen. Große Herausforderungen führten die v. a. im zweiten Halbjahr stark gestiegenen Beschaffungspreise mit sich. Infolge der massiven Preissteigerungen erhöhte sich der Druck auf die Energiediscounter, was zu einem deutlichen Anstieg von Insolvenzen und in der Folge zu einer hohen Kundenaufnahme in der Grund- und Ersatzversorgung bei der TEAG führte. Im Privatkundengeschäft wurde bei Bestandskunden eine Preisanpassung der Gaslieferverträge ab dem 1. Januar 2022 notwendig. Bei den Stromprodukten konnte der Preis für Bestandskunden infolge einer langfristigen Beschaffungsstrategie über den 31. Dezember 2021 hinaus stabil gehalten werden. Um noch besser auf spezifische Kundenbedürfnisse eingehen zu können, wurde das Produktportfolio aktualisiert.

Im Geschäftskundensegment konzentrierte sich ein Großteil der Vertragsabschlüsse auf das Jahresende. Der Grund hierfür lag in der unterjährigen Zurückhaltung vieler Geschäftskunden im Hinblick auf den starken Preisanstieg. Mengenmäßig kam es zu einer Erholung. Aufgrund der Marktpreisentwicklung fragten Kunden zunehmend nach neuen Liefermodellen. Auch das Interesse an Produkten mit kurzfristigen Preisbildungsmodellen nahm zu.

Im Berichtszeitraum wurden zahlreiche Lieferverträge mit Thüringer Stadtwerken verlängert. Zudem wurden Vollversorgungsverträge mit Stadtwerken in Hessen, Niedersachsen und Brandenburg abgeschlossen. Für Stadtwerkskunden wurden verschiedene Dienstleistungsangebote zur Umsetzung neuer gesetzlicher Anforderungen, die sich u. a. aus den Vorgaben des nationalen Emissionshandelsrechtes, der aktuellen EnWG-Novelle sowie im Bereich Redispatch 2.0 ergeben, erarbeitet.

Im Geschäftsjahr wurde die Anzahl der betriebenen öffentlichen Ladestationen weiter erhöht. Gemeinsam mit verschiedenen Kooperationspartnern liegt der Verantwortungsbereich thüringenweit auf den Betrieb von über 800 Ladepunkten. Der Schwerpunkt liegt insbesondere auf der Errichtung von Schnellladeinfrastruktur. Im Zuge dessen wurde das Portfolio des Ladeinfrastrukturnetzes um insgesamt 18 DC-Ladepunkte an 7 Standorten vergrößert. In Ergänzung zum Ausbau an Einzelhandelsmärkten erfolgte eine Erweiterung der Ladestandorte an den Thüringer Autobahnen um 27 HPC-Schnellladepunkte. In Coburg wurde zudem einen ersten HPC-Schnellladepark außerhalb Thüringens in Betrieb genommen. Des Weiteren wurde im Geschäftsjahr der Grundstein für Ausbauprojekte von Ladenetzinfrastruktur in Wohnquartieren gelegt. Hier soll in Zukunft auch Mietern ohne eigenen Stellplatz das Laden ihrer E-Fahrzeuge ermöglicht werden.

Im Geschäftsjahr fand eine Erholung und Stabilisierung der Absatz- und Beschaffungsmengen statt. Die Geschäftsentwicklung erholte sich spürbar von den Auswirkungen der Corona-Krise des Vorjahreszeitraumes.

Der Stromabsatz erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um +182,6 GWh auf 8.522,5 GWh. ...

Im Privatkundengeschäft war auch im aktuellen Berichtszeitraum ein starker Wettbewerbsdruck zu spüren. Angesichts einer konstant hohen Preis- und Produktvielfalt am Markt hält die hohe Wechselbereitschaft der Kunden weiter an. Durch proaktive Neukundengewinnung und Maßnahmen zur Kundenbindung konnten Kundenabwanderungen zu Wettbewerbern weitgehend kompensiert werden. Zusätzlich wirkte sich der witterungsbedingte Mehrabsatz bei Heizstromkunden positiv auf die Absatzmenge aus. Insgesamt lag der Gesamtabsatz im Privatkundenbereich mit 1.059,2 GWh auf Vorjahresniveau. Damit entspricht der Absatz im Privatkundengeschäft einem Anteil von 12,4 Prozent am Gesamtstromabsatz.

Im Bereich der Geschäftskunden erholte sich der Absatz vom Rückgang des Vorjahreszeitraumes infolge der Corona-Pandemie. Durch erfolgreiche Vertriebsaktivitäten konnten zudem weitere Großkunden gewonnen werden. Insgesamt wurden im Geschäftskundenbereich 2.497,5 GWh Strom geliefert, was einem Zuwachs i. H. v. +338,5 GWh gegenüber dem Vorjahreswert entspricht. Die abgesetzte Strommenge bei den Geschäftskunden beläuft sich auf einen Anteil von 29,3 Prozent am Gesamtstromabsatz.

Beim Stromabsatz an Vertriebspartner, v. a. Stadtwerke und sonstige Stromkunden, wurde im Geschäftsjahr ein Absatz i. H. v. insgesamt 4.194,9 GWh, und damit ein leichter Rückgang i. H. v. -37,7 GWh, verzeichnet. Der Anteil des Stromabsatzes an Vertriebspartner und sonstige Kunden lag bei 49,2 Prozent.

Die Strombeschaffung erfolgte über zahlreiche Händler, Beteiligungsunternehmen sowie über eigene und über fremde Kraftwerke. Mittel- und langfristig soll das Händlerportfolio noch weiter diversifiziert werden, um den sich verändernden Marktbedingungen auch in Zukunft gerecht zu werden.

Im Geschäftsjahr verringerte sich der Erdgasabsatz im Vergleich zum Vorjahr um -46,1 GWh auf 6.612,0 GWh. ...

Im Privatkundengeschäft führten die kälteren Temperaturen, trotz einer im Vergleich zum Vorjahr geringeren Kundenanzahl, zu einer leichten Zunahme der Absatzmengen. Der Erdgasabsatz erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um +45,2 GWh auf 1.733,8 GWh. Die hohe Wettbewerbsintensität im Privatkundenbereich führte zu starken Kundenbewegungen. Trotz verschiedener Kundenbindungsmaßnahmen und Maßnahmen zur Neukundengewinnung konnten die Verluste aus Kundenabwanderung nicht vollständig kompensiert werden.

Im Bereich der Geschäftskunden wurden 2.267,2 GWh Erdgas geliefert, was einem Zuwachs von +60,7 GWh gegenüber dem Vorjahreswert entspricht. Der Anstieg ist insbesondere auf eine Steigerung der Abnahmemenge bei Großkunden zurückzuführen.

Beim Erdgasabsatz an Vertriebspartner wurde im Geschäftsjahr mit 2.610,9 GWh einen Rückgang des Absatzes um -5,5 Prozent verzeichnet. Dies ist im Wesentlichen bedingt durch Veränderungen bei den Rückverkäufen an Vorlieferanten. Die Beschaffung erfolgte in Kooperation mit einer Vielzahl von Handelspartnern aus breit diversifizierten Quellen.

Der Wärmeabsatz belief sich im Geschäftsjahr auf 1.234,2 GWh (Vorjahr: 1.149,2 GWh).

Hiervon entfielen auf die zentralen Wärmeerzeugungsanlagen in Jena und Bad Salzungen 543,9 GWh (Vorjahr: 491,6 GWh) sowie auf die Erzeugungsanlage in Rudolstadt/ Schwarzburg 655,9 GWh (Vorjahr: 629,3 GWh).

Im Bereich der dezentralen Wärmeversorgung wurden zum Bilanzstichtag 65 dezentrale Erzeugungsanlagen mit einer installierten thermischen Leistung i. H. v. 21,1 MW sowie einer installierten elektrischen Leistung i. H. v. 1,6 MW betrieben. Mit Hilfe der dezentralen Erzeugungsanlagen wurden 22 kommunale Kunden versorgt (v. a. Rathäuser, Sportzentren und Schulen). Im Bereich der Wohnungswirtschaft wurden 28 weitere Abnehmer beliefert. Hier wurde Wärme sowohl für fernwärmeversorgte Kunden, als auch für dezentral versorgte Ein- und Mehrfamilienhäuser bereitgestellt. Zudem wurden verschiedene Gewerbetreibende, Jugendherbergen, Seniorenheime und Hotels beliefert.

In der TEAG-Unternehmensgruppe ist zunächst die TEN als grundzuständiger Messstellenbetreiber für die Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben des Messstellenbetriebsgesetzes verantwortlich. Die TMZ übernimmt dabei als Full-Service-Dienstleister unternehmensintern diese Aufgabe. Die TMZ ist für die komplette Prozesskette des Messstellenbetriebes, vom Einbau der Messeinrichtungen bis hin zur Aufbereitung der Messdaten für Abrechnungszwecke zuständig. Im Auftrag der TEN betreute sie in diesem Zusammenhang ca. 590.000 Strom- und 110.000 Gaszähler.

Eine moderne und hochsichere Smart-Meter-Infrastruktur soll wesentlich zur Digitalisierung der Energiewirtschaft und damit zum Erfolg der Energiewende beitragen. Nachdem mit der Markterklärung des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik der Startschuss für den Rollout von iMSys bereits im Vorjahr gefallen ist, wurde der verpflichtende Einbau für Messlokationen mit einem Jahresstromverbrauch zwischen 6.000 und 100.000 kWh pro Jahr forciert. Im Geschäftsjahr stattete die TMZ 1.944 Messlokationen (Vorjahr: 200) im Netz der TEN mit iMSys aus. Zukünftig wird sich die Zahl der zu verbauenden Geräte mit neuen Markterklärungen erhöhen und der Rollout weiter an Dynamik gewinnen.

Im Geschäftsjahr 2021 vereinbarten die EAM Netz GmbH, Kassel, und die TMZ eine langfristige Zusammenarbeit im Bereich Smart Metering. Darüber hinaus überführte die TMZ 2 Kundenprojekte im Bereich des wettbewerblichen Messstellenbetriebes erfolgreich in den Produktivbetrieb. Über einen Rahmenvertrag mit einem Betreiber einer Infrastruktur für iMSys konnte die TMZ einen ersten wichtigen Ankerkunden im Bereich der Wohnungswirtschaft gewinnen. Das Unternehmen gehört zu den führenden Dienstleistern in der Immobilienwirtschaft.

Auch im Geschäftsjahr 2021 stiegen die Kundenzahlen im Telekommunikationsbereich an. Die TNK zählte mehr als 73.000 Kunden, was einem Zuwachs von +14,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr entspricht. Die Grundlage für die Geschäftstätigkeit im Bereich Telekommunikation liegt im thüringenweiten Glasfasernetz, das aus einem Backbone-Netz und ca. 500 durch die TNK erschlossenen Ortschaften besteht. Das sich im Eigentum der TNK befindliche Glasfasernetz hat eine Gesamtlänge von ca. 6.000 km. Die Geschäftsaktivitäten wurden weiter ausgebaut und durch neue Segmente ergänzt. ...

Über die TNK wird der Ausbau einer modernen, digitalen Glasfaserinfrastruktur bis ins Haus vorangetrieben. In insgesamt 16 derzeit bezuschlagten Ausbauprojekten wird der Beseitigung der sog. „weißen Flecken“ nachgegangen und, insbesondere im ländlichen Raum, für einen schnellen Glasfaseranschluss gesorgt. Beim Netzausbau werden sowohl Glasfaser-Förderprojekte im Rahmen des Bundesbreitband-Förderprogrammes, als auch eigenwirtschaftlichen Erschließungen umgesetzt. Weitere Erschließungsprojekte sind in der Vorbereitung bzw. werden im Rahmen von Wirtschaftlichkeitsvorgaben geprüft.

Eine intensive Vermarktung der geförderten und eigenwirtschaftlich errichteten sog. „Fiber-to-the-Building“ bzw. „Fiber-to-the-Home-Anschlüsse“ (FTTB/ H-Anschlüsse) ist geplant und wird in den Folgejahren zu deutlichen Nutzerzuwächsen führen.

Das Breitband-Geschäft wird unverändert von einem starken Preis- und Bandbreitenwettbewerb geprägt. Gleichzeitig hält der Trend einer steigenden Nachfrage bei höheren Bandbreiten unvermindert an.

Vor diesem Hintergrund verfolgt die TNK die Strategie, kleinere lokale Kabelnetzbetreiber in das TNK-eigene Netz einzubinden, um langfristig auch darüber Kunden zu binden und sich eine stärkere Wettbewerbsposition in regionalen Märkten zu sichern.

Im Geschäftsjahr lagen die Schwerpunkte der Investitionen im Telekommunikationsbereich auf dem Glasfaserausbau von insgesamt 16 geförderten Gebieten, dem Bau diverser Kundenanbindungen sowie dem eigenwirtschaftlichen Ausbau von Kommunikationsinfrastruktur. Die Investitionen erfolgten u. a. im Landkreis Unstrut-Hainich, im Ilm-Kreis, im Altenburger Land sowie in Zeulenroda-Triebes im Landkreis Greiz.

In 2021 wurde im Rahmen eines Gemeinschaftsprojektes der beiden Unternehmen SachsenGigaBit GmbH, Dresden, und der TEAG ein Rechenzentrum im Thüringer Wald in Betrieb genommen. Es wurde in einer Bauzeit von nur 14 Monaten betriebsfertig errichtet. Das moderne Rechenzentrum ist an das nationale und internationale Glasfasernetz angeschlossen. Die Datenhoheit wird in Thüringen gehalten. Auch unter ökologischen Gesichtspunkten genügt das Rechenzentrum modernsten Ansprüchen. Der Strom zum Betrieb stammt aus regenerativen Energiequellen. Der Gebäudekomplex selbst wurde in energieeffizienter Bauweise errichtet. Die produzierte Abwärme wird selbst genutzt oder an benachbarte Unternehmen abgegeben. Zu den Mietern bzw. Kunden des neuen Rechenzentrums gehören v. a. Großkunden, kommunale Verwaltungen sowie perspektivisch auch Krankenhäuser, Versicherungen und Banken. Die TNK hat das Rechenzentrum von der TRZ Thüringer Rechenzentrum GmbH, Erfurt (TRZ), gepachtet, betreibt und vermarktet es.

Zum 31. Dezember 2021 umfasste das Beteiligungsportfolio insgesamt 58 Unternehmen. Zum Stichtag war die KEBT über die TEAG an 20 Energieversorgern, 12 Energieprojektgesellschaften, 10 Energiedienstleistungsgesellschaften, 5 Netzgesellschaften sowie 10 sonstigen Unternehmen aus den Bereichen Wärmeerzeugung, erneuerbare Energien und energienahe Dienstleistungen beteiligt. Da die Mehrzahl der Stadtwerke ihre Strom- und Gasnetzbetriebe auf Netzgesellschaften übertragen hat, ist die KEBT zudem an 13 Netzgesellschaften mittelbar beteiligt. Im Geschäftsjahr wurde das Beteiligungsportfolio um Projektvorhaben im Bereich der erneuerbaren Energien sowie durch Vermarktung von IT-Dienstleistungen erweitert. Mit diesem Schritt soll das Beteiligungsergebnis auf einem stabilen Niveau gehalten und zugleich weiteres Wachstum generiert werden. Durch Gewinnausschüttung der Gesellschaften des Beteiligungsportfolios wurde in 2021 ein Beteiligungsergebnis i. H. v. 16,6 Mio. € erzielt.

Zur Ausdehnung der Geschäftstätigkeit im Bereich der erneuerbaren Energien wurden im Berichtszeitraum von der TEAG weitere Anteile an der eness i. H. v. +49,9 Prozent erworben, wodurch diese zu einer 100 Prozent Tochter der TEAG wurde. Zudem erfolgte die Gründung der SPW, die zum Gegenstand hat, in Wollersleben eine Freiflächen-Photovoltaikanlage mit einem Potential von bis zu 20 MWp zu projektieren. Die TEAG ist an der SPW mit einem Anteil von 40 Prozent beteiligt. Im Rahmen der SPE wird in Edersleben, in Sachsen-Anhalt an der Grenze zu Thüringen, ein Solarpark mit einer Anlagenleistung von ca. 2,8 MWp betrieben. Im Berichtszeitraum erwarb die TEAG 100 Prozent der Anteile auch dieser PV-Gesellschaft.

Ergänzend hierzu erfolgte im letzten Quartal des Jahres durch die TEAG der Abschluss des Kaufvertrages an der Innosun GmbH, Sömmerda (Innosun), im Rahmen einer Beteiligung i. H. v. 50,1 Prozent. Die Übertragung der Anteile tritt mit wirtschaftlicher Wirkung zum 1. Januar 2022 in Kraft.

Eine Erweiterung der Geschäftstätigkeit bei der Vermarktung von IT-Dienstleistungen erfolgte im Geschäftsjahr im Rahmen der TRZ durch die Fertigstellung und Inbetriebnahme des Rechenzentrums im Thüringer Wald.

Durch die Anbindung an das Thüringer Glasfasernetz der TNK wird es den Kunden ermöglicht, die Datenhoheit und -sicherheit in Thüringen zu halten. Das Rechenzentrum wird von der TNK vermarktet und betrieben. Zur Abrundung der Geschäftstätigkeit als Dienstleister bei der Bereitstellung von Rechenzentrumskapazitäten wurden im Berichtszeitraum zudem Aktienanteile i. H. v. +25,1 Prozent an der Keyweb AG, Erfurt (Keyweb) erworben.

Der Aufbau des neuen, bundesweiten 450MHz-Funknetzes wird über eine Beteiligung der TEAG an der 450MHz Beteiligung GmbH, Erfurt, i. H. v. 10 Prozent mitgestaltet. Die 450MHz Beteiligung GmbH selbst verfügt über 25 Prozent der Anteile an der 450connect GmbH, Köln (450connect), wodurch die TEAG an dieser mittelbar zu 2,5 Prozent beteiligt ist. Die 450connect ist Deutschlands alleiniger Betreiber des 450MHz-Funknetzes. Mit dem 450MHz-Funknetz wird eine flächendeckende und schwarzfallsichere Funknetzinfrastruktur für die Bereiche Strom, Gas, (Ab-) Wasser und Fernwärme entstehen. Hiermit wird ein zentraler Schritt auf dem Weg zur Digitalisierung der Energie-Infrastruktur unternommen. ...

Seit 2006 besteht ein integriertes Managementsystem für Gesundheits-, Arbeitsschutz- und Umweltschutzbelange, das 2011 erstmalig zertifiziert und seit 2016 durch ein zertifiziertes Energiemanagementsystem nach ISO 50001 ergänzt wird (HS2E-Management). Hierzu finden regelmäßige Überwachungsaudits statt. Durch dieses System werden konkrete Verhaltensansätze und übergreifende Mindeststandards festgelegt. ...

Der KEBT-Konzern fühlt sich dem Umweltschutz und dem damit verbundenen sparsamen Umgang mit natürlichen Ressourcen verpflichtet. Es ist das Bestreben, mögliche Umweltbelastungen zu vermeiden oder auf ein Minimum zu reduzieren. So war auch dieses Geschäftsjahr konzernweit durch unterschiedliche Maßnahmen zur Förderung der Energiewende und des Klimaschutzes geprägt. Zu den Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz zählt u. a. die im Geschäftsjahr weiter vorangetriebene Modernisierung des HKW Jena mit der einhergehenden Effizienzsteigerung.

Einen weiteren Baustein bildeten branchenübergreifende Kooperationen zur Erhöhung der Energieeffizienz. Weiterhin wurde am Energieeffizienz-Netzwerk „EVU Thüringen“ mit 14 weiteren Thüringer Stadtwerken und Regionalversorgern teilgenommen.

Der KEBT-Konzern strebt eine Schlüsselfunktion bei der Umsetzung der Energiewende in Thüringen an. Im Berichtsjahr wurden über die TEAG-Unternehmensgruppe mit regenerativen Erzeugungsanlagen 13,1 Mio. kWh Strom erzeugt. Mit der KomSolar Stiftung werden Gemeinden und Städte bei ihrem Engagement für eine nachhaltige Energieerzeugung und aktiven Klimaschutz unterstützt. Hierfür wurden inzwischen rund 100 PV-Anlagen auf Dächern kommunaler Liegenschaften errichtet.

Zudem wurde die Elektrifizierung des unternehmensinternen Fuhrparks weiter vorangetrieben. Ein 25-prozentiger Anteil an E-Fahrzeugen am gesamten Fahrzeugbestand wurde realisiert. Die zunehmende Elektrifizierung des Fuhrparks erfordert auch den Ausbau von Ladeinfrastruktur an den verschiedenen Unternehmensstandorten.

Zum Ende des Geschäftsjahres standen den Mitarbeitern thüringenweit über 200 Ladepunkte an verschiedenen Standorten zur Verfügung.

Das Geschäftsjahr 2021 wurde umfassend durch die Themen Klimaschutz, Energiewende und Digitalisierung geprägt. In einem teils sehr dynamischen Marktumfeld hatten in nahezu allen Geschäftsbereichen zahlreiche neue rechtliche bzw. regulatorische Regelungen und Rahmenbedingungen Einfluss auf die Geschäftstätigkeit. Die anhaltende Corona-Pandemie führte zu zusätzlichen Herausforderungen.

Dennoch erwirtschaftet der KEBT-Konzern im Berichtszeitraum ein EBT i. H. v. 78,3 Mio. € (Vorjahr: 60,5 Mio. €) sowie einen Jahresüberschuss i. H. v. 52,3 Mio. € (Vorjahr: 45,3 Mio. €) und konnte damit seine im letzten Geschäftsjahr gesetzten Ziele, ein EBT zwischen 58 Mio. € und 68 Mio. € sowie einen Konzernjahresüberschuss zwischen 38 Mio. € und 48 Mio. € übertreffen. Die Planüberschreitung resultiert im Wesentlichen aus einem höheren energiewirtschaftlichen Rohertrag sowie höheren Erträgen aus dem CTA-Deckungsvermögen.

Das EBITDA lag mit -3,0 Mio. € unter dem Vorjahresniveau. Dieser Ergebnisrückgang resultiert insbesondere aus gestiegenen Personalaufwendungen i. H. v. +5,6 Prozent bzw. +7,5 Mio. €, die im Wesentlichen durch einen Anstieg der Aufwendungen für Altersversorgungsverpflichtungen bedingt sind. Dem entgegen verminderten sich die sonstigen betrieblichen Aufwendungen gegenüber dem Vorjahr um -3,1 Mio. € auf 22,5 Mio. €. Ursächlich hierfür waren insbesondere geringere Aufwendungen für Dienst- und Fremdleistungen i. H. v. -3,2 Mio. €.

Die Umsatzerlöse beliefen sich auf 1.858,7 Mio. € (Vorjahr: 1.927,2 Mio. €), bei einem Materialaufwand i. H. v. 1.531,8 Mio. € (Vorjahr: 1.617,4 Mio. €). Das Rohergebnis lag mit 378,2 Mio. € auf Vorjahresniveau (379,1 Mio. €), wobei der energiewirtschaftliche Rohüberschuss um +12,5 Mio. € im Vergleich zum Vorjahr angestiegen ist. Der Anstieg wurde nahezu zu gleichen Teilen aus den Sparten Netz, Vertrieb und Erzeugung realisiert. Bezogen auf die absoluten Abweichungen wurde in der Prognose für das Geschäftsjahr 2021 ein leichter Anstieg der Umsatzerlöse unterstellt. Die Abweichungen zum Planansatz sind im Wesentlichen durch deutlich geringere EEG-Erlöse bedingt, die durch die höhere Strom- und Gasvermarktung nicht kompensiert werden konnten. Im Vergleich zum Vorjahr wurde für den Materialaufwand in 2021 ein geringfügig niedrigerer Wert prognostiziert. Der Materialaufwand verringerte sich um -5,3 Prozent im Vergleich zum Vorjahr und entwickelte sich nahezu proportional zum Rückgang der Umsatzerlöse. Dies ist im Wesentlichen auf einen korrespondierend niedrigeren EEG-Bezug zurückzuführen. Dagegen kam es vorwiegend preisbedingt zu höheren Beschaffungskosten für Strom und Gas. Für das nahezu ausgeglichene Rohergebnis ist gegenläufig zum energiewirtschaftlichen Rohüberschuss die Entwicklung der sonstigen betrieblichen Erträge heranzuziehen. Der Rückgang von insgesamt -15,0 Mio. € resultiert aus niedrigeren Auflösungen von Rückstellungen (-15,9 Mio. €), die vorrangig im Zusammenhang mit der Rückstellung zum Regulierungskonto stehen.

Das Investitionsvolumen in Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände lag mit 170,5 Mio. € unter dem geplanten Wert von rund 215 Mio. €. Ursächlich hierfür waren insbesondere Projektverzögerungen im Breitbandausbau. Auch beim Bau der Gasmotorenanlage in Jena war es nicht möglich, die Verzögerungen der Vorjahre aufzuholen. Durch gezielte Investitionen und ein generell hohes Investitionsniveau sowie die kontinuierliche Arbeit zur Verbesserung von Strukturen und Optimierung von Prozessen, wurden die Grundlagen gelegt, um sich erfolgreich am Markt zu behaupten. Hierdurch konnten die Weichen zur Bewältigung der Herausforderungen und Veränderungen in den klassischen und neuen Geschäftsfeldern gestellt werden. ...

Insgesamt beliefen sich die Investitionen im Geschäftsjahr auf 187,8 Mio. €, die sich auf die Bereiche Erzeugung und Wärme, Stromnetz, Gasnetz, Intelligente Messsysteme, Telekommunikation, Finanzanlagen und Sonstiges (IT, Immobilien, Vertrieb) verteilen. ...

Im Geschäftsjahr wurden im Bereich Erzeugung und Wärme Investitionen i. H. v. insgesamt 25,0 Mio. € getätigt.

Zur Modernisierung und Erweiterung der Erzeugungsanlagen wurden im Geschäftsjahr weitere Maßnahmen an den Erzeugungsanlagen in Jena und Bad Salzungen durchgeführt. Ein Großteil der Investitionen entfiel auf die neue Gasmotorenanlage in Jena (19,0 Mio. €). Die Erweiterungsinvestition in die Erzeugungsanlage führt zu erheblichen Effizienzverbesserungen. Am Standort Kraftwerk Rudolstadt/ Schwarza wurden 2,0 Mio. € investiert. Als größte Investitionsmaßnahme erfolgte im vierten Quartal des Jahres der planmäßige Austausch einer Gasturbine. Weitere 0,6 Mio. € flossen in den Einbau von eichrechtskonformen Messeinrichtungen in Jena, ein Update des Leitsystems in Grabe und Spichra und den Neuanschluss von Fernwärmekunden in Bad Salzungen.

Im Bereich der dezentralen Wärmeerzeugungsanlagen wurden im Geschäftsjahr 1,7 Mio. € investiert. Der größte Teil der Investitionen erfolgte im Rahmen der Fortführung des Projekts zur dezentralen Wärmeversorgung am Standort Weida (1,4 Mio. €).

Im Bereich der Wärmenetze beliefen sich die Investitionen auf 1,7 Mio. €. Die Investitionen umfassen v. a. die Erneuerung von Hausanschlussstationen im Netz der Wärmeversorgung Bad Lobenstein.

Im Geschäftsjahr wurden in die Strom-, Gasverteil- und Straßenbeleuchtungsnetze Investitionen i. H. v. insgesamt 84,4 Mio. € getätigt.

Auf das Stromverteilnetz entfielen Investitionen i. H. v. 66,4 Mio. €. Davon wurden 36,1 Mio. € für Anlagen im Bau sowie 17,8 Mio. € als fertige Anlagen an die TEAG verrechnet. Diese sind als Erlöse bei der TEN erfasst. Weitere 2,3 Mio. € sind in der TEAG als Direktanlagenzugänge bilanziert. Die restlichen 10,2 Mio. € wurden für das 110-kV-Netz eingesetzt und führten zu Anlagenzugängen bei der TEN.

Ein Schwerpunkt der Investitionen lag mit 28,1 Mio. € auf dem Ausbau des Mittel- und Niederspannungsnetzes. Im Zuge der Baumaßnahmen wurden ca. 155 km Mittel- und Niederspannungsleitungen errichtet und 98 Transformatorstationen neu- bzw. umgebaut. Zusätzlich wurden im Geschäftsjahr insgesamt 2.388 Hausanschlüsse neu errichtet.

Um weitere Netzgebiete im Mittelspannungsnetz auf die internationale Normspannung 20 kV umstellen zu können, wurden Vorbereitungsarbeiten an den Standorten Grimmenthal-Simmershausen und Königsee durchgeführt. Dabei wurden 6 Transformatorstationen ersetzt und ca. 3 km Mittelspannungskabel neu verlegt. Insgesamt werden damit 91,3 Prozent des Mittelspannungsnetzes mit 20 kV betrieben. Des Weiteren hat die TEN im Geschäftsjahr 9,6 Mio. € in Zähler, Mess- und Prüfgeräte, Werkzeuge sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung investiert.

In Hochspannungsleitungen und Umspannwerke wurden 28,7 Mio. € investiert. Bedingt durch die stetig wachsende Einspeisung von regenerativen Energien war der Neubau der 110-kV-Leitungen Vieselbach nach Erfurt-Ost auf der vorhandenen Trasse auf einer Strecke von ca. 4 km sowie die Errichtung von 15 Hochspannungsmasten erforderlich. Im Bereich der Umspannwerke führte die TEN sowohl Erweiterungsinvestitionen als auch Ersatzneubauten durch.

Zu den bedeutendsten Investitionen im Geschäftsjahr zählten die jeweiligen Ersatzneubauten der 110-kV Umspannwerke Remptendorf und Hermsdorf. Als Fortführung aus dem vergangenen Geschäftsjahr erfolgte in Zusammenarbeit mit der Stadtwerke Jena Netze GmbH, Jena, der Ersatzneubau des 110-kV-Umspannwerkes Jena Hardenberg als gasisolierte Innenraumschaltanlage.

In das Erdgasverteilnetz flossen Investitionen i. H. v. 18,0 Mio. €. Davon wurden 9,9 Mio. € für Anlagen im Bau sowie 7,2 Mio. € als fertige Anlagen an die TEAG verrechnet. Diese sind als Erlöse bei der TEN erfasst. Weitere 0,9 Mio. € sind in der TEAG als Anlagenzugänge bilanziert. Auf Investitionen im Bereich der Transport- und Verteilungsanlagen sowie Hausanschlüsse entfielen 16,6 Mio. €. Rund 63 km Gasleitungen und 2.237 Gashauseschlüsse wurden in verschiedenen Druckstufen neu errichtet oder rekonstruiert. Schwerpunkte im vergangenen Geschäftsjahr waren die Neuerschließungen in Wendehausen, Obermaßfeld und Grimmenthal, Schwarzbach, Scheibe-Alsbach und Ruppertsdorf sowie die Errichtung von 2 Gasdruckregelstationen.

Investitionsschwerpunkte im Gas-Hochdrucknetz waren der Ersatzneubau einer Gas-Hochdruckleitung im Bereich Cursdorf - Oberweißbach und am Standort eines großen Batterieherstellers am Erfurter Kreuz sowie Baumaßnahmen in Verbindung mit einer Ortsumgehung bei Mühlhausen. Etwa 1,4 Mio. € wurden in Messeinrichtungen, Netzleit- und Übertragungstechnik sowie in Betriebs- und Geschäftsausstattung investiert. ...

Im Geschäftsjahr wurden im Bereich Telekommunikation Investitionen i. H. v. insgesamt 35,2 Mio. € getätigt. Im Breitbandgeschäft erfolgten Investitionsausgaben i. H. v. 24,5 Mio. €. Die Schwerpunkte lagen hier v. a. im geförderten Glasfasernetzausbau, im eigenwirtschaftlichen Ausbau neuer Orte mit Glasfaser sowie in der Netzerweiterung. Weitere Investitionen betrafen den Ausbau der Übertragungstechnik i. H. v. 4,8 Mio. €. Hier wurden Erweiterungen der Backbone-Netzinfrastrukturen aufgrund der stetig wachsenden Anforderung an Diensten und Serviceleistungen mit hohem Datenvolumen vorgenommen. Darüber hinaus erfolgte die Inbetriebnahme und Integration des neuen Rechenzentrumsstandortes in die vorhandene Netzwerkinfrastruktur. Weitere 2,1 Mio. € wurden in Kabeltechnik investiert. Durch die Investitionen in Übertragungstechnik und Lichtwellenleiter wurde auf den wachsenden Bandbreitenbedarf aus der Sicht der Kunden reagiert.

Im Geschäftsjahr wurden im Wesentlichen Investitionen in Beteiligungen i. H. v. insgesamt 13,7 Mio. € getätigt. Insbesondere der Ausbau des PV-Bereichs stand dabei im Mittelpunkt. Durch Zukauf von Anteilen i. H. v. +49,9 Prozent an der eness wurde diese zu einer 100 Prozent Tochter der TEAG. Zudem erfolgte durch die TEAG der vollständige Anteilskauf an der SPE sowie eine weitere Stärkung des Eigenkapitals der KomSolar zur Durchführung ihrer vielfältigen PV-Projekte. Im Geschäftsfeld Telekommunikation wurden im Rahmen einer 10 Prozent Beteiligung an der 450MHz Beteiligung GmbH finanzielle Mittel für den Anteilskauf an der 450connect zur Verfügung gestellt, zudem wurden Anteile an der Keyweb durch die TEAG erworben. ...

Für die Unternehmensgruppe existieren derzeit und für das folgende Geschäftsjahr weder durch Einzelrisiken noch durch aggregierte Positionen bestandsgefährdende Risiken. Das vorhandene Risikodeckungspotential ist ausreichend, um den aggregierten Gesamtrisikoumfang zu tragen. Die Risikotragfähigkeit ist dabei sowohl für den KEBT-Konzern, als auch für die gesamte TEAG-Unternehmensgruppe gegeben. Dennoch unterliegt der Konzern gewissen Unsicherheiten, die die Geschäftsaktivitäten beeinflussen können. Durch den Einsatz geeigneter Kontroll- und Überwachungssysteme sowie entsprechender Sicherungsmaßnahmen werden diese Risiken weitestgehend begrenzt. Neben den Risiken können sich unterschiedliche Sachverhalte auch positiv auf die Geschäftstätigkeiten auswirken.

Die frühzeitige Identifizierung, Überwachung und Steuerung dieser Chancen erfolgt ebenfalls im Rahmen des Chancen- und Risikomanagements. Dabei gilt es, die entsprechenden Chancenpotenziale sowohl auf den Ebenen der Geschäftsbereiche als auch auf Konzernebene zu erkennen und geeignete Maßnahmen einzuleiten. Auf Grundlage der internen Chancen- und Risikoerkennung und -bewertung haben die folgenden Sachverhalte eine wesentliche Bedeutung auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage.

Übergreifende Risiken ergeben sich im Geschäftsjahr und für das Folgejahr durch die noch nicht überwundene Corona-Pandemie. Trotz zwischenzeitlicher Erfolge in der Pandemiebekämpfung ist eine weitere Ausbreitung der Krankheit aufgrund der im europäischen Vergleich niedrigen Impfquote Deutschlands wahrscheinlich. Die Krankheit stellt dabei weiterhin nicht nur eine gesundheitliche Gefahr dar, sondern kann ebenfalls zu wirtschaftlichen Folgeschäden führen. Durch die hohe Dynamik des Pandemiegeschehens ergeben sich nicht abschließend quantifizierbare Risiken für alle Geschäftsbereiche. Diese großen betriebswirtschaftlichen und technischen Herausforderungen werden mit einer Vielzahl von bislang erprobten Gegenmaßnahmen reduziert bzw. vermieden. Das Ziel ist immer der sichere Betrieb der Infrastrukturen bei gleichzeitiger Minimierung der Infektionsrisiken. Die bisher ergriffenen Maßnahmen wurden in Abschnitt II.2.7 dargestellt. In Abhängigkeit der weiteren Entwicklung werden ggf. weitere Maßnahmen ergriffen.

Des Weiteren ergeben sich durch diverse Neuausrichtungen und angepasste Positionen des KEBT-Konzerns verschiedene strategische Entwicklungschancen. Vor allem die Dynamik des Marktumfelds und die damit verbundenen Transformationsprozesse führen zu stetigen Veränderungen. Diese Veränderungen gehen über die bisherigen, im Rahmen der Hochrechnungen bzw. Mittelfristplanungen betrachteten Ansätze hinaus. Somit entstehen neue Geschäftschancen, die den Unternehmenserfolg maßgeblich beeinflussen.

Übergreifende Entwicklungschancen entstehen insbesondere durch neue, innovative Technologien. Daraus resultieren entsprechende Produkte und Dienstleistungen. Potenziale und Synergien sind aktuell u. a. beim Ausbau der Ladeinfrastruktur für E-Fahrzeuge, im Messwesen sowie beim weiteren Ausbau des Dienstleistungsgeschäftes (z. B. Geoinformationssysteme, Redispatch 2.0, Glasfaser) vorhanden. Neue Herausforderungen entstehen v. a. beim Rollout der „intelligenten Messtechnik“. Aufgrund des derzeit stattfindenden Transformationsprozesses von konventionellen zu iMSys und ungeklärten Prozessdetails unterliegt das Messwesen erheblichen Unsicherheiten.

Die Entwicklungen neuer Technologien sind jedoch gleichzeitig mit möglichen strategischen Risiken verbunden. Prinzipiell unterliegt die Energiebranche einer permanenten strukturellen Veränderung.

Durch den sich verstärkenden Trend zur Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen wird die Branche noch schneller weitere Umbrüche erfahren. Unter dem Einfluss der Dekarbonisierung, der Dezentralisierung und der Digitalisierung entstehen im Marktumfeld zunehmend neue Geschäftsfelder, deren Erfolg maßgeblich vom Innovationsgrad und von Skaleneffekten in der Marktbearbeitung bestimmt wird. Erkennbar ist diese Entwicklung neben der stetig wachsenden Komplexität auch an der zunehmenden Zahl an Kooperationen und den vorhandenen Tendenzen zur Marktkonzentration. Vor allem die durchgeführten strukturellen Veränderungen großer Energieversorger wirken sich auf die Bereiche Vertrieb, Netze und Erzeugung aus. Zusätzlich wachsen Marktteilnehmer aus ihren bisherigen Nischen heraus und intensivieren den Wettbewerb. Gleichzeitig führen Schnittstellen zu anderen Branchen zu weiteren Risiken. Durch den Markteintritt neuer Wettbewerber kann sich die Intensität und die Form des Wettbewerbs innerhalb der Energiebranche grundlegend verändern.

Sämtliche Geschäftsfelder sind von einer zunehmenden Digitalisierung und einer steigenden Komplexität der Prozesse gekennzeichnet. Dadurch steigt die unternehmensübergreifende Abhängigkeit von den verwendeten IT-Systemen hinsichtlich deren Verfügbarkeit und Stabilität. Ein Ausfall der IT-Unterstützung ist mit erheblichen Personal- und Wiederbeschaffungskosten sowie längeren Bearbeitungszeiten verbunden. Cyberangriffe stellen eine reale Bedrohungslage für Betreiber kritischer Infrastrukturen dar.

Die Zielstellung der Angriffe ist dabei vielfältig und reicht von Datendiebstahl bis hin zu Datenverschlüsselung und Lösegelderpressung. Technische Maßnahmen zur Vermeidung dieses Risikos sind u. a. ein internes Kontrollsystem, Backup-Strategien, Berechtigungs- und Zutrittsmanagement, mehrstufige Firewalls und Verschlüsselungstechnologien. Darüber hinaus erfolgen regelmäßige Schulungen und die Kommunikation von aktuellen Bedrohungsszenarien zur Sensibilisierung.

Zusätzliche Risiken ergeben sich auch aus witterungsbedingten Umwelteinflüssen bzw. den sich abzeichnenden Folgen des Klimawandels. Extremwetterlagen wie Sturm, Orkan, Hagel, Nassschnee oder extreme Hitze können zu erheblichen Schäden an den Netzanlagen führen. Neben den materiellen Schäden besteht zusätzlich das Risiko hinsichtlich anhaltender Versorgungsunterbrechungen und damit verbundener wirtschaftlicher Folgeschäden. Aufgrund verschiedener Krisenkonzepte, Sicherheitsmaßnahmen und entsprechender Investitionen (z. B. in Erdverkabelung) ist das Risikopotenzial jedoch bisher als niedrig zu bewerten. Im Hinblick auf die Hochwasserereignisse vom Sommer 2021 ist speziell zum Thema Hochwasserprävention in 2022 die Durchführung einer Studie mit einem spezialisierten Berater geplant.

Im Bereich Telekommunikation entstehen im Rahmen des Glasfaserausbau Risiken durch konkurrierende Infrastruktur. Konkret bestehen Risiken durch die von der Bundesregierung geplante Erweiterung der Förderbarkeit des Breitbandausbaus auf Basis von Lichtwellenleitern („Förderung der grauen Flecken“). Die bisherige Förderung von Anschlüssen kleiner 30 Mbit/ s („weiße Flecken“) soll zukünftig auf alle nicht-glasfaserbasierten Anschlüsse ausgeweitet werden. Für Sicherungsmaßnahmen wird das politische Geschehen beobachtet, zudem werden entsprechende Netzausbauplanungen vorgenommen bzw. erfolgt eine Beteiligung an den Ausschreibungen für den Breitbandausbau. ...

Vor dem Hintergrund der Energiewende ist in den kommenden Geschäftsjahren eine insgesamt signifikante Änderung der energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu erwarten. In Bewusstsein der anstehenden gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Aufgaben wird geplant, die Aktivitäten im Bereich der erneuerbaren Energien zu stärken, zu erweitern und zu optimieren. Zugleich ergeben sich zahlreiche branchenspezifische Herausforderungen, auf die Energieversorger reagieren müssen. Hierzu gehören sinkende Stromeinspeise-Vergütungen, die generelle Zunahme von Anlagengrößen sowie einschlägige Automatisierungs- und Digitalisierungsbedarfe. Diese lässt die Komplexität von Projekten zukünftig stark zunehmen. Hinzu kommt der allgemeine Personal- und Dienstleistungsmangel in der Branche. Auch wenn die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen teils zunehmend schwieriger werden, wird das Ziel gesetzt, die Geschäftsaktivitäten im Bereich der erneuerbaren Energien den konventionellen Erzeugungs- und Vertriebsaktivitäten mindestens gleichzustellen.

Zur Erörterung der laufenden Transformation der Energieversorgungsstrukturen ist der KEBT-Konzern über die TWS in verschiedene Arbeitsgremien des Freistaates Thüringen eingebunden. Im Mittelpunkt der Gespräche stehen der Ausbau von Erzeugungsanlagen zur Energiegewinnung aus erneuerbaren Energien sowie verschiedene Fragenstellungen aus dem Bereich der Sektorenkopplung.

Durch die Erweiterungsinvestitionen am Standort des HKW Jena wird auf die stetig wachsenden Ansprüche an Flexibilität und Effizienzsteigerungen bei der Strom- und Wärmeerzeugung reagiert.

Auch bei der Entwicklung von Quartiersprojekten wird das Engagement fortgesetzt. Am Standort Gera wird ein Quartiersprojekt in Kooperation mit einem kommunalen Unternehmen der Wohnungswirtschaft angestrebt. Auch hier sollen durch eine dezentrale Wärmeversorgung Energieverbrauch und CO₂-Emissionen deutlich reduziert werden. Der Baubeginn ist für das zweite Quartal 2022 vorgesehen. Die Strategie bei der Beschaffung von Primärenergie und Emissionszertifikaten wird im Hinblick auf den anhaltenden, starken Anstieg bei den Beschaffungspreisen auch im kommenden Jahr weiter optimiert.

Den Betrieb der Energienetze wird durch die TEN verantwortet, das regulierte Geschäft stellt mit Abstand das wichtigste Geschäftsfeld des Unternehmens dar. Die regulatorischen Festlegungen der BNetzA sind daher von zentraler Bedeutung. Auf den Berichtszeitraum entfiel das dritte Jahr der dritten Regulierungsperiode im Strom- sowie das vierte Jahr der dritten Regulierungsperiode im Gasbereich. Da die Bescheide zur Festlegung der Erlösbergrenzen in der dritten Regulierungsperiode vorliegen, ist eine gute Ausgangslage zur Planung des neuen Geschäftsjahres gegeben. Die seitens der BNetzA zugestandenen Eigenkapitalrenditen sind seit Beginn der dritten Regulierungsperiode jedoch stark rückläufig. Dieser Trend wird sich nach der Bestätigung der Zinssätze durch den BGH mit Urteil vom 9. Juli 2019 voraussichtlich auch in den kommenden Regulierungsperioden fortsetzen. Gegen Ende des Geschäftsjahres legte die BNetzA für die vierte Regulierungsperiode erneut vergleichsweise niedrige Eigenkapitalzinssätze fest. Mit dem Eintritt in die vierte Regulierungsperiode ist daher mit einem spürbaren Ergebnisrückgang zu rechnen, der im Wesentlichen auf die geringere Kapitalverzinsung zurückzuführen ist. Ziel ist es, das Unternehmensergebnis trotz dieser Entwicklung auch langfristig weiter stabil zu halten.

Für das Geschäftsjahr 2022 werden im Bereich der Stromkonzessionen derzeit keine Netzabgänge bzw. -zugänge erwartet. Im Bereich Gas wird für das kommende Geschäftsjahr mit Verhandlungen zu mehreren Alt-Konzessionen gerechnet.

Auch im Netzbereich werden zukünftig neue und innovative Lösungen entwickelt, um das Dienstleistungsportfolio zu erweitern. Derzeit werden u. a. neue Dienstleistungspakete zur Vermarktung kommunaler Lichtpunkte als Ladestelle für Elektrofahrzeuge erarbeitet.

Die Prognose der Geschäftsentwicklung im Vertriebsbereich wird durch mehrere parallele Marktentwicklungen bestimmt. Das Marktumfeld stellt sich derzeit als besonders herausfordernd und volatil dar. Für die Zukunft wird auf der Absatzseite eine unvermindert hohe Wettbewerbsintensität bei einer durch eine sehr dynamische Preisentwicklung geprägten Beschaffungsseite erwartet. Für das Geschäftsjahr 2022 sind ein Stromabsatz i. H. v. rund 9.500 GWh, ein Gasabsatz i. H. v. rund 6.700 GWh sowie ein Wärmeabsatz i. H. v. rund 1.200 GWh geplant. Die zukünftige Geschäftsentwicklung wird dabei auch durch die mittel- und langfristigen Auswirkungen der Corona-Pandemie sowie durch neue gesetzliche Rahmenbedingungen beeinflusst. Hierzu gehören etwa das neue Gesetz für faire Verbraucherverträge sowie die aktuelle EnWG-Novelle. ...

Die intensive thüringenweite Vermarktung der Breitband-Produkte wird auch in den Folgejahren weiter fortgeführt. Ein neuer Schwerpunkt wird auf die Vermarktung fertiggestellter FTTB/ H-Anschlüsse gesetzt. Daneben bleiben die Aktivitäten der TNK als Infrastrukturanbieter für Mobilfunkdienstleister und überregionale Carrier sowie bei der Vermarktung von individuellen Produkten für Geschäftskunden weiterbestehen.

Mit der thüringenweiten Vermarktung des Telekommunikationsangebotes gewinnen produktübergreifende Synergieeffekte auch innerhalb der TEAG-Gruppe weiter an Bedeutung. Kundenpotenziale sollen zunehmend durch günstige Produkt-Bundles aus Strom-, Gas- und Breitbandprodukten-Produkten gehoben werden.

Das erwartete Umsatzwachstum im Privatkundengeschäft im Folgejahr wird dazu führen, dass die Kosten für Vorleistungen, Marketing- und Provisionsaufwendungen deutlich steigen. Abgefedert wird dieser Kostenanstieg u. a. durch geringere Gebühren für Nutzungsüberlassungen von Übertragungswegen. Ebenfalls positiv auf die Wirtschaftlichkeit wirken sich die beschiedenen Zuwendungen aus dem geförderten Ausbau aus. Die Deckungsbeiträge im Privatkundengeschäft werden in den kommenden Jahren deutlich steigen. In Folge der anhaltenden Wachstumsdynamik im Telekommunikationsgeschäft werden auf absehbare Zeit organisatorische und strukturelle Anpassungen notwendig sein. Hier wird v. a. mit einem wachsenden Personalbedarf gerechnet.

Durch die Digitalisierung des Messwesens entstehen in der Wohnungswirtschaft neue Geschäftsmodelle. Hier arbeitet die TNK nach wie vor eng mit anderen Unternehmenseinheiten zur Realisierung von Pilotprojekten und neuen Marktkonzepten zusammen.

Im Breitband-Geschäft wird ein anhaltend intensiver Preis- und Produktwettbewerb erwartet. Dieser Herausforderung wird durch den Ausbau einer modernen Netzinfrastruktur in Kombination mit einem gezielten Preis-, Laufzeit- und Kampagnenmanagement begegnet.

Infolge der dynamischen Entwicklungen am Markt, von der rasanten Entwicklung des Einkaufspreises von Primärenergie bis hin zu neuen gesetzlich-regulatorischen Rahmenbedingungen, ist zukünftig mit tendenziell rückläufigen Ergebnisbeiträgen aus Beteiligungen zu rechnen. Auch aufgrund der andauernden Corona-Pandemie wird von möglichen Absatz- und Ergebnisrückgängen im Beteiligungsportfolio ausgegangen. Um dennoch ein weiterhin hohes Beteiligungsergebnis zu erzielen und strategisches Wachstum zu generieren, wurde das Beteiligungsportfolio im Bereich erneuerbare Energien und IT erweitert. In beiden Geschäftsbereichen werden Dienstleistungen auch zukünftig proaktiv vermarktet.

Das Beteiligungsergebnis wird auch im kommenden Geschäftsjahr erneut von der TEAG und deren Stadtwerksbeteiligungen bestimmt werden. Die Thüringer Stadtwerke haben sich im schwierigen Marktumfeld der letzten Jahre sehr gut behaupten können und liefern einen seit mehreren Jahren relativ stabilen Ergebnisbeitrag auf hohem Niveau. Jedoch wird mittelfristig mit tendenziell rückläufigen Ergebnissen aus Stadtwerksbeteiligungen gerechnet, insbesondere mit dem Beginn der vierten Regulierungsperiode. Voraussichtlich gegenläufig wirken sich höhere Beteiligungserträge aus Projektgesellschaften aus. Zukünftig stehen zudem weitere Investitionsentscheidungen im Bereich der CO₂-neutralen Strom- und Wärmeerzeugung an.

Die Geschäftsaktivitäten des KEBT-Konzerns werden zunehmend durch umfassende Marktveränderungen geprägt. Diese Veränderungen betreffen u. a. die Dekarbonisierung, die Dezentralisierung und die Digitalisierung der Energiewirtschaft. Der Gesetzgeber nimmt durch die regulatorische Ausgestaltung der laufenden Transformationsprozesse dabei eine stetig wachsende Rolle im Marktgeschehen ein. Mit dem Ziel, sich in Thüringen und über die Landesgrenzen des Freistaates hinaus als Vorreiter der Energiewende zu positionieren, wird der KEBT-Konzern die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Prozesse aufmerksam begleiten und sich den neuen Rahmenbedingungen frühzeitig stellen.

Im kommenden Geschäftsjahr wird sie den Aus- und Umbau der Erzeugungsanlagen zur intensiveren Nutzung regenerativer Energiequellen weiter forcieren. Ergänzend zur „5 Netze“-Strategie wird der KEBT-Konzern zunehmend auch auf neue Akzente setzen; beispielsweise durch die Beteiligung am Aufbau des 450MHz-Funknetzes sowie den Ausbau der Ladesäulen-Infrastruktur für E-Fahrzeuge. Neben der Entwicklung neuer Geschäftsmodelle in Wachstumsmärkten, wie etwa in der Telekommunikation, dem Messwesen und den erneuerbaren Energien, stellt sich der KEBT-Konzern auch den Herausforderungen und Veränderungen in den klassischen Geschäftsfeldern. Auch hier werden neue Dienstleistungsangebote und Produkte entwickelt. Im Rahmen von Quartiersvorhaben beispielsweise spielen unternehmens- bzw. spartenübergreifende Kombiprodukte und Dienstleistungen eine immer wichtigere Rolle. Ebenso gewinnt die Individualisierung von Produkten und Dienstleistungen, etwa im PV-Bereich, zunehmend an Bedeutung. Zur Stabilisierung der Margen wird die Kundenakquise auch im Geschäftsjahr 2022 über die Landesgrenzen Thüringens weiter ausgebaut.

Aus dem Übergang von der dritten in die vierte Regulierungsperiode und der durch die BNetzA festgelegten niedrigeren Eigenkapitalverzinsung ergeben sich unternehmerische Auswirkungen, die die Ergebnissituation in den Netzbereichen nachhaltig negativ beeinflussen. Da die Eigenkapitalverzinsung den zugestandenen regulatorischen Gewinn von Netzbetreibern darstellt, muss sich der KEBT-Konzern in diesem zentralen Geschäftsfeld neuen Rahmenbedingungen stellen. Neue technische Anforderungen an das Hoch- und Mittelspannungsnetz sowie veränderte gesetzliche Regelungen erfordern dabei stetige Investitionen in die Netze. Hier wird der KEBT-Konzern auch im kommenden Geschäftsjahr 2022 eine kontinuierliche Optimierung und Priorisierung der Netzinvestitionen vornehmen.

Planerische Unsicherheiten ergeben sich kurz- und mittelfristig primär durch die im Zuge des Ukraine-Krieges ausgelösten Entwicklungen. Unmittelbar führten die Kriegshandlungen zu einer nochmaligen Steigerung der Preisdynamik an den Beschaffungsmärkten für Energie und zu Verwerfungen an den Kapitalmärkten. Bei der Beschaffung von Primärenergie würden weitere Preisanstiege, trotz einer langfristigen Beschaffungsstrategie, zusätzliche Herausforderungen mit sich führen.

Vor dem Hintergrund der prognostizierten Entwicklung erwartet der KEBT-Konzern für das Geschäftsjahr 2022 ein EBITDA i. H. v. 230 bis 250 Mio. € und ein EBT i. H. v. 65 bis 80 Mio. €. Der Jahresüberschuss wird im kommenden Jahr voraussichtlich einen Wert zwischen 45 und 55 Mio. € erreichen. Für das Jahr 2022 plant der KEBT-Konzern mit einem Investitionsvolumen für immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen i. H. v. insgesamt ca. 255 Mio. €. Die Investitionen werden geprägt u. a. vom Ausbau der Stromerzeugungsanlagen, dem zu erwartenden Lastzuwachs im Netz (infolge des Anstieges der Einspeisung bei den Erneuerbaren) sowie verschiedenen weiteren Themen, wie etwa dem Rollout der iMSys, dem Aufbau der Ladeinfrastruktur im Bereich Elektromobilität und den Investitionen am Standort der TEAG-Hauptverwaltung in Erfurt. Die Finanzierung ist neben dem operativen Cash-Flow durch die Aufnahme von zusätzlichem Fremdkapital sowie durch die Vereinnahmung von Bundes- bzw. Landesfördermitteln für den Glasfaserausbau gesichert.

In welchem Umfang es im Geschäftsjahr 2022 zu Abweichungen von dieser Planung kommen wird, hängt stark vom weiteren Verlauf der Corona-Pandemie und dem Verlauf der Ukraine-Krise bzw. deren globalen wirtschaftlichen Folgewirkungen ab. Vor dem Hintergrund der dynamischen Ereignisse analysiert der KEBT-Konzern fortlaufend mögliche Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage. Derzeit geht der KEBT-Konzern von keiner grundlegenden Gefährdung seiner Planungsprämissen für das kommende Geschäftsjahr aus.

Erfüllung des öffentlichen Zweckes

Die Aufgabe einer ordentlichen und gesicherten Energieversorgung fällt als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge in den gemäß Artikel 28 Absatz 2 Grundgesetz und über § 2 Absatz 2 der Thüringer Kommunalordnung verfassungsrechtlich gewährleisteten Aufgabenbestand der Gemeinden und Städte. Die Energieversorgung ist damit in erster Linie eine am Gemeinwohl orientierte öffentliche Aufgabe, die in der Gewährleistung einer für alle Bürger lebensnotwendigen Versorgungsstruktur besteht. Dabei werden von den Kommunen auch verbraucher- und umweltschützende Maßgaben mit berücksichtigt.

Gemeinden und Städte sind demnach verpflichtet, die Versorgung ihrer Gemeindegebiete mit Energie zu regeln.

Aufgrund der in der Thüringer Kommunalordnung eingeräumten Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten hat die Gemeinde oder Stadt dabei einen Entscheidungsspielraum, ob sie die Energieversorgung über ein eigenes kommunales Unternehmen oder über ein regionales Energieversorgungsunternehmen sichert.

Der überwiegende Teil der Kommunen im Freistaat Thüringen hat sich dabei für die Versorgung durch ein regionales Energieversorgungsunternehmen, die TEAG Thüringer Energie AG (TEAG), entschieden. Die TEAG sichert dabei für die Gemeinden und Städte die Energieversorgung, auch wenn durch die Liberalisierung des Energiemarktes die Versorgung der Gemeinden und Städte mit Energie auch von weiteren Unternehmen vorgenommen werden kann.

Die Beschaffung bzw. Erzeugung sowie die Verteilung von Energie ist auch wesentlicher Gegenstand der TEAG. Die mittelbare Beteiligung an der TEAG über die KEBT AG (bzw. den KEBT-Konzern) sichert den Gemeinden und Städten ein Mitgestaltungsrecht in Bezug auf die weitere Unternehmensentwicklung. Dabei steht die Beteiligung der Gemeinden und Städte an der TEAG im Einklang mit ihrer Leistungsfähigkeit.

Durch den Erwerb der Anteile an der TEAG vom privaten Anteilseigner E.ON Energie AG im Jahr 2013 hält die kommunale Seite rund 85 % an der TEAG.

Ausgewählte Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des KEBT-KonzernsAuszug aus der **Bilanz** des Konzernabschlusses zum 31. Dezember 2021:

Angaben in T€	31.12.2021	31.12.2020
Aktiva		
Anlagevermögen	2.167.644	2.096.472
Umlaufvermögen	320.711	261.809
Rechnungsabgrenzungsposten	830	466
Akt. Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	1.850	2.495
Bilanzsumme	2.491.035	2.361.242
Passiva		
Eigenkapital	438.835	410.277
Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung	326.634	337.285
Zuschüsse	106.809	100.833
Sonderposten für Investitionszuschüsse	23.822	0
Rückstellungen	413.835	370.237
Verbindlichkeiten	970.607	922.682
Rechnungsabgrenzungsposten	6.971	7.113
Passive latente Steuern	203.522	211.815
Bilanzsumme	2.491.035	2.361.242

Auszug aus der **Gewinn- und Verlustrechnung** des Konzernabschlusses zum 31. Dezember 2021:

Angaben in T€	31.12.2021	31.12.2020
Umsatzerlöse, Erhöhung/Verminderung (VJ) des Bestandes an unfertigen Leistungen, andere aktivierte Eigenleistungen	1.867.549	1.939.069
Sonstige betriebliche Erträge	42.443	57.486
Materialaufwand	1.531.798	1.617.386
Personalaufwand	142.338	134.744
Abschreibungen	105.075	118.743
Abschreibungen auf Finanzanlagen	2.000	0
Sonstige betriebliche Aufwendungen	22.449	25.597
Erträge aus at Equity bewerteten Unternehmen	14.878	12.853
Erträge aus sonstigen Beteiligungen, Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	2.254	1.633
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.299	1.530
Zinsen und ähnliche Aufwendungen, Aufwendungen aus Verlustübernahmen	46.513	55.625
Ergebnis vor Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	78.250	60.476
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	25.951	15.204
Jahresüberschuss	52.299	45.272
Nicht beherrschende Anteile	11.717	10.857
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	34.415	26.424
Gezahlte Dividenden an Gesellschafter des Mutterunternehmens	9.572	9.572
Einstellung in andere Gewinnrücklagen	24.843	16.852
Bilanzgewinn	40.582	34.415

Beteiligungen des KEBT-Konzerns mit der Höhe des Anteils am Kapital

Konzernzugehörigkeit und Abgrenzung des Konsolidierungskreises

Gemäß § 290 Absatz 1 HGB ist die KEBT Kommunale Energie Beteiligungsgesellschaft Thüringen Aktiengesellschaft (KEBT) grundsätzlich verpflichtet, einen Konzernabschluss aufzustellen.

Die KEBT ist gemäß § 290 HGB Mutterunternehmen des größten Konsolidierungskreises. Konzernabschluss und Konzernlagebericht werden nach § 325 HGB beim Betreiber des Bundesanzeigers elektronisch eingereicht und dort bekannt gemacht. Diese Unterlagen sind im Bundesanzeiger zugänglich. Im Konzernabschluss werden neben der KEBT sechs inländische Tochterunternehmen vollkonsolidiert und 17 inländische Gemeinschafts- bzw. assoziierte Unternehmen nach der Equity-Methode einbezogen.

Folgende verbundene Unternehmen sind neben der KEBT in den Konzernabschluss einbezogen:

Gesellschaft	Sitz	Anteil (%)
TEAG Thüringer Energie AG	Erfurt	82,15
TEN Thüringer Energienetze GmbH & Co. KG*	Erfurt	100,00
TES Thüringer Energie Service GmbH*	Jena	100,00
Thüringer Netkom GmbH*	Weimar	100,00
TWS Thüringer Wärme Service GmbH*	Rudolstadt	100,00
TMZ Thüringer Mess- und Zählerwesen Service GmbH*	Ilmenau	74,90

* direkte Beteiligung der TEAG

Nicht einbezogene Anteile an verbundenen Unternehmen:

Gesellschaft	Sitz	Anteil (%)
EGB Thüringer Erdgasnetz-Beteiligungs GmbH & Co. KG*	Erfurt	100,00
EGB Thüringer Erdgasnetz-Beteiligungsverwaltungs GmbH* **	Erfurt	100,00
eness GmbH*	München	100,00
FBB Fernwärme Bad Blankenburg GmbH	Bad Blankenburg	74,00
KomSolar Service GmbH*	Erfurt	100,00
NGA Netzgesellschaft Altenburger Land mbH*	Erfurt	100,00
NG Netzgesellschaft Schmalkalden GmbH & Co. KG*	Schmalkalden	74,90
NG Netzgesellschaft Schmalkalden Verwaltungs-GmbH* **	Schmalkalden	74,90
Solarpark Edersleben GmbH*	Erfurt	100,00
TEN Thüringer Energienetze Geschäftsführungs-GmbH*	Erfurt	100,00
TEP Thüringer Energie Speichergesellschaft mbH*	Erfurt	100,00
Thüringer Energie Vierzehnte Vermögensverwaltungs-GmbH*	Erfurt	100,00
TEAG Thüringer Energie Fünfzehnte Vermögensverwaltungs-GmbH*	Erfurt	100,00
TEAG Thüringer Energie Sechszehnte Vermögensverwaltungs-GmbH*	Erfurt	100,00
TEAG Thüringer Energie Siebzehnte Vermögensverwaltungs-GmbH*	Erfurt	100,00

* direkte Beteiligung der TEAG

** Geschäftsführungsgesellschaften innerhalb der jeweiligen Einheits-KG (mittelbare Beteiligung des KEBT-Konzerns)

Aufgrund der untergeordneten Bedeutung (in Bezug auf Ergebnisbeiträge sowie Umsatzerlöse) der vorstehend aufgeführten Gesellschaften für die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns bzw. der Vorhaltung von vier Vorratsgesellschaften erfolgte unter Anwendung des § 296 Abs. 2 HGB keine Einbeziehung in den Konzernabschluss.

Gemeinschafts- und assoziierte Unternehmen, die nach der Equity-Methode bewertet werden:

Gesellschaft	Sitz	Anteil (%)
Eisenacher Versorgungs-Betriebe GmbH (evb)*	Eisenach	25,10
Energieversorgung Apolda GmbH*	Apolda	49,00
Energieversorgung Greiz GmbH*	Greiz	49,00
Energieversorgung Nordhausen GmbH*	Nordhausen	40,00
Energieversorgung Rudolstadt GmbH*	Rudolstadt	23,90
Energiewerke Zeulenroda GmbH*	Zeulenroda-Triebes	74,00
Stadtwerke Arnstadt GmbH*	Arnstadt	44,00
Stadtwerke Bad Langensalza GmbH*	Bad Langensalza	40,00
Stadtwerke Gotha GmbH*	Gotha	30,00
Stadtwerke Mühlhausen GmbH*	Mühlhausen	23,90
Stadtwerke Sondershausen GmbH*	Sondershausen	23,90
Stadtwerke Suhl/Zella-Mehlis GmbH*	Suhl	44,42
Stadtwerke Weimar Stadtversorgungs-GmbH*	Weimar	49,00
SWE Energie GmbH*	Erfurt	29,00
SWE Netz GmbH*	Erfurt	29,00
TRZ Thüringer Rechenzentrum GmbH*	Erfurt	50,00
ENAG/MAINGAS Energieanlagen GmbH i. L. (EMEG)* **	Eisenach	50,00

* direkte Beteiligung der TEAG

** Unternehmen befindet sich seit 01.10.2020 in Liquidation (Handelsregistereintrag vom 01.10.2020)

Nicht nach der Equity-Methode einbezogene assoziierte Unternehmen:

Gesellschaft	Sitz	Anteil (%)
Energieversorgung Inselberg GmbH*	Waltershausen	20,00
Keyweb AG*	Erfurt	25,10
Netzgesellschaft Eisenberg mbH*	Eisenberg	49,00
Neue Energien Bad Salzungen GmbH*	Bad Salzungen	40,00
Solarpark Wollersleben GmbH & Co. KG*	Bleicherode	40,00
Stadtwerke Eisenberg Energie GmbH*	Eisenberg	49,00
Stadtwerke Leinefelde-Worbis GmbH*	Leinefelde-Worbis	49,00
Stadtwerke Neustadt an der Orla GmbH*	Neustadt an der Orla	20,00
Stadtwerke Stadtroda GmbH*	Stadtroda	24,90
TMZ Thüringer Mess- und Zählerwesen Geschäftsführungsgesellschaft mbH**	Erfurt	40,00
TMZ Thüringer Mess- und Zählerwesen GmbH & Co. KG*	Erfurt	30,00
Wärmeversorgung Bad Lobenstein*	Bad Lobenstein	49,90
Wärmeversorgung Sollstedt GmbH*	Sollstedt	49,00
WGS - Wärmeversorgung mbH Saalfeld*	Saalfeld	24,00

* direkte Beteiligung der TEAG

** Geschäftsführungsgesellschaften innerhalb der jeweiligen Einheits-KG (mittelbare Beteiligung des KEBT-Konzerns)

Aufgrund der Bedeutung hinsichtlich ihrer Geschäftstätigkeit und des daraus resultierenden Einflusses auf die Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns erfolgt die Einbeziehung der in vorstehender Übersicht aufgezählten Gesellschaften in den Konzernabschluss zum Buchwert.

Erstellungsdatum:

.....
Unterschrift (Ober-)Bürgermeister/in



Beteiligungsbericht

Stadtwerke Schmölln GmbH

für das

Geschäftsjahr 2021

Inhaltsverzeichnis

A. Übersichten

	Seite
1. Vorwort	3
2. Gegenstand des Unternehmens Stadtwerke Schmölln GmbH	3
3. Gesellschafter der Stadtwerke Schmölln GmbH	3
4. Organe der Gesellschaft	4
5. Gewinnverwendung	4
6. Anzahl der Arbeitnehmer	4
7. Grundzüge des Geschäftsablaufes (Auszug aus Lagebericht)	4
8. Erfüllung des öffentlichen Zwecks	6
9. Ausgewählte Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Stadtwerke Schmölln GmbH	6
10. Bezüge des Aufsichtsrates der Stadtwerke Schmölln GmbH	8

B. Beteiligungen der Stadtwerke Schmölln GmbH

Neue Energie Schmölln GmbH	9
----------------------------	---

A. Übersichten

1. Vorwort

Die Gesellschaft wurde am 27.07.1993 durch die Stadt Schmölln gegründet. Zweck dieser Gründung war die Bewirtschaftung und Unterhaltung der kommunalen Fernwärmeerzeugungs- und Verteilungsanlagen. Nach der Entflechtung der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung Leipzig i.L. erfolgte zum 01.01.1995 die Übertragung der Vermögenswerte der Wasserversorgung von der Stadt Schmölln auf die Stadtwerke Schmölln GmbH. Das Vermögen der Trinkwasserversorgung der ehemaligen Gemeinde Großstößnitz wurde zum 01.01.1996 von der Stadt Schmölln erworben.

Die Trinkwasserversorgung für das Versorgungsgebiet der Stadt Schmölln erfolgt seit 01.01.1995 nach den Allgemeinen Bedingungen für die Versorgung mit Wasser (AVB Wasser V).

Für die Abwasserentsorgung erfolgt die Betriebsführung für die Stadt Schmölln auf der Grundlage eines Betriebsführungsvertrages. Die Entsorgungsbedingungen, Gebühren und Beiträge richten sich dabei nach den durch die Stadt Schmölln erlassenen Satzungen.

Neben diesen Hauptgeschäftsfeldern sind die Betriebsführung der Gemeindewerke "Oberes Sportental" sowie die Betreibung eines Freizeitbades weitere wichtige Aufgabengebiete.

2. Gegenstand des Unternehmens Stadtwerke Schmölln GmbH

Die Tätigkeit der Gesellschaft für das Stadtgebiet Schmölln einschließlich der Ortsteile umfasst:

- (1) Die Erzeugung, Förderung und den Vertrieb von
 - Fernwärme
 - Wasser
 - Elektroenergie
- (2) Die Errichtung und Betreibung von städtischen oder eigenen Sport- und Freizeiteinrichtungen.
- (3) Kommunale Wirtschaftsförderung im Sinne von Gebäude- und Grundstücksmanagement städtischer oder eigener Grundstücke im Interesse der städtischen Entwicklung.
- (4) Die Verwaltung und Bewirtschaftung kommunalen Eigentums.

Die Gesellschaft kann zur Erfüllung des Gesellschaftszweckes Grundvermögen erwerben und veräußern.

Die Gesellschaft ist berechtigt, alle im Zusammenhang mit dem Gesellschaftszweck stehenden oder zu dessen Erreichung dienlichen Hilfsgeschäfte zu betreiben.

Die Gesellschaft hat das Recht, Interessengemeinschaften, Arbeitsgemeinschaften, Bietergemeinschaften oder andere Formen der Zusammenarbeit mit Unternehmen zu bilden.

Die Gesellschaft kann andere Unternehmen gleicher oder verwandter Art gründen, erwerben oder sich an ihnen beteiligen wie auch Zweigniederlassungen errichten.

Das Unternehmen kann auch für andere Unternehmungen und Gebietskörperschaften Geschäftsbesorgungen im Sinne des Gesellschaftszwecks vornehmen.

3. Gesellschafter der Stadtwerke Schmölln GmbH

Die Stadt Schmölln ist alleinige Gesellschafterin der Stadtwerke Schmölln GmbH.

Die Stadtwerke Schmölln GmbH ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung, welche im Handelsregister beim Amtsgericht Jena unter HRB 203852 eingetragen ist. Die Firmenanschrift und der Firmensitz befinden sich in der Sommeritzer Straße 74/1 in 04626 Schmölln.

4. Organe der Gesellschaft im Jahr 2021

Der Aufsichtsrat besteht aus folgenden Mitgliedern:

Jürgen Keller (Vorsitzender)	Rentner
Alexander Burkhardt	Pressesprecher
Winfried Hippe	Angestellter
Katja Keller	Versicherungskauffrau
Claus Katzenberger	Geschäftsführer
Sven Schrade	Bürgermeister der Stadt Schmölln

Herr Jürgen Keller legte sein Amt als Aufsichtsratsvorsitzender am 20.12.2021 nieder.

Der Beschluss 0067/2022 vom 10.02.2022 des Stadtrates Schmölln bestimmte Herrn Jens Göpel (beschäftigt als Lehrer) als neues Mitglied des Aufsichtsrates. Am 22.02.2022 wurde Herr Alexander Burkhardt zum neuen Aufsichtsratsvorsitzenden gewählt.

5. Gewinnverwendung

Dem Aufsichtsrat der Gesellschaft wird in seiner nächsten Sitzung folgender Beschlussvorschlag vorgelegt:

„Der Aufsichtsrat beschließt, dem Stadtrat der Stadt Schmölln nachfolgenden Beschlussvorschlag zur Beschlussfassung vorzulegen.

Die Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2021 schließt mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 245.373,62 €.

Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 245.373,62 € wird auf neue Rechnung vorgetragen.“

6. Anzahl der Arbeitnehmer

Die Stadtwerke Schmölln GmbH beschäftigte im Jahr 2021 durchschnittlich 53 Mitarbeiter (2020:53).

7. Grundzüge des Geschäftsablaufes (Auszug aus Lagebericht)

Die Stadtwerke Schmölln GmbH ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Alleinige Gesellschafterin ist die Stadt Schmölln. Zweck der Gesellschaft ist die Erzeugung und der Vertrieb von Fernwärme, Wasser, Elektroenergie, die Errichtung und Betreibung von städtischen oder eigenen Sport- und Freizeiteinrichtungen, die kommunale Wirtschaftsförderung im Sinne von Gebäude- und Grundstücksmanagement kommunaler und eigener Grundstücke sowie die allgemeine Bewirtschaftung kommunalen Eigentums.

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung. Alleinvertretungsberechtigter Geschäftsführer ist Herr Severin Kühnast.

Gemeinsam mit der Agrarprodukte Schmölln GmbH und der VR-Bank Altenburger Land eG wurde am 5. Juni 2008 die Neue Energie Schmölln GmbH (NES) zur Errichtung einer Biogasanlage gegründet. Die Gesellschaftsanteile betragen 33,33%.

Die wirtschaftliche Tätigkeit der Gesellschaft erfolgte analog den Vorjahren.

Die zukünftige Unternehmensstrategie ist schwerpunktmäßig in der weiteren Profilierung als Ver- und Entsorgungsunternehmen in Schmölln und Umgebung zu sehen.

Die Hauptgeschäftsfelder sind unverändert die Trinkwasserversorgung der Stadt Schmölln und die Versorgung mit Fernwärme. Weiterhin wird das firmeneigene Freizeitbad „Tatami“ betrieben. Im Dienstleistungsbereich erfolgen die Betriebsführung des Eigenbetriebes Wasserver- und Abwasserentsorgung „Oberes Sprottental“, die Betriebsführung des Regiebetriebes Abwasser der Stadt Schmölln sowie die Wartung und Unterhaltung der städtischen Straßenbeleuchtungsanlagen und die Betriebsführung des Freibades der Stadt Schmölln.

Das Geschäftsjahr 2021 ist insgesamt wieder negativ verlaufen. Die Umsatzerlöse stiegen gegenüber dem Vorjahr um 146,3 T€. Die Eigenleistungen stiegen um 48,1 T€, auch die sonstigen betrieblichen Erträge weisen eine Steigerung von 14,7 T€ aus. Gegenüber dem Vorjahr fiel das Jahresergebnis um 17,5 T€ besser aus. Gegenüber dem Plan konnte ein um 375,2 T€ besseres Jahresergebnis erzielt werden. Im Vorjahresergebnis waren Zuwendungen vom Land Thüringen für Corona-Hilfen (November- und Dezemberhilfen 2020) enthalten.

Zum Verlauf der einzelnen Sparten:

Trinkwasser

Die Umsatzerlöse im Bereich Trinkwasser sanken im Vergleich zum Vorjahr um 76,4 T€ auf Grund geringerer Abnahmemengen. Der Aufwand für Roh-, Hilfs-, und Betriebsstoffe stieg um 172,5 T€. Ursache dafür war der Mehreinkauf von Fernwasser durch die Umstellung der Wasserversorgung zur Reduzierung der Wasserhärte mit 162,5 T€. Der Bedarf an bezogenen Leistungen sank um 34,8 T€. Auf Grund der detaillierten Zuordnung der Mitarbeiter zu den Bereichen kommt es in 2021 zu Verschiebungen der Personalaufwendungen. Dadurch sanken diese im Bereich Trinkwasser um 316,9 T€. Im Jahr 2021 schließt die Sparte Trinkwasser mit einem Ergebnis von 209,0 T€.

Fernwärme

Die Entwicklung der Fernwärmesparte verlief gegenüber dem Vorjahr leicht positiv. Die Gesamtleistungen stiegen um 105,9 T€, die Kosten in ähnlicher Höhe ebenso. So wurden Energie und Brennstoffe mit 74,3 T€ mehr eingekauft, die Personalkosten und sonstigen Aufwendungen stiegen ebenfalls leicht an. Insgesamt liegt das Spartenergebnis um 9,2 T€ über dem Vorjahresergebnis.

Bad

Durch die Corona-Pandemie war das Freizeitbad „Tatami“ vom 02.11.2020 bis 04.06.2021 und vom 25.11.2021 bis 07.02.2022 geschlossen. In der Zeit dazwischen konnte auf Grund der gesetzlichen Vorgaben immer nur eine begrenzte Anzahl von Besuchern das Bad nutzen, so dass im Vergleich zum Vorjahr die Umsatzerlöse nochmals um 86,1 T€ sanken. Die Personalaufwendungen im Badbereich stiegen im Wesentlichen aufgrund des weniger erhaltenen Kurzarbeitergeldes um 37,1 T€. Die Aufwendungen für bezogene Leistungen, Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen und Sonstiges konnten um 117,1 T€ gesenkt werden, so dass das Ergebnis in dieser Sparte nur um 13,6 T€ auf einen Fehlbetrag von 769,9 T€ sank.

Dienstleistung

Im Dienstleistungsbereich sind im Vergleich zum Vorjahr die Gesamtleistungen um 206,3 T€ hauptsächlich wegen angepasster Betriebsführungsverträge gestiegen. Auf Grund der detaillierten Zuordnung der Mitarbeiter zu den Bereichen kommt es 2021 zu Verschiebungen der Personalaufwendungen, so dass diese um 281,8 T€ stiegen. Der Bedarf an Instandhaltungsmaterial stieg um 32,6 T€. Insgesamt schloss die Sparte mit 121,8 T€ weniger als im Vorjahr.

8. Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Nach § 2 Abs. 2 der Thüringer Kommunalordnung gehören unter anderem die Versorgung mit Wasser sowie die Abwasserbeseitigung zu den Aufgaben des eigenen Wirkungskreises einer Gemeinde. Die Stadt Schmölln hat dabei frühzeitig entschieden, die Erfüllung dieser Aufgaben der Stadtwerke Schmölln GmbH zu übertragen.

Diese Aufgaben in Verbindung mit der Herstellung bzw. Unterhaltung der dazu notwendigen technischen Anlagen sind identisch mit der vorrangigen Geschäftstätigkeit der Gesellschaft. Auch die Betreuung des Freizeitbades ist ein wesentlicher Bestandteil der kommunalen Daseinsfürsorge.

Durch die 100%ige Beteiligung an der Gesellschaft sowie die Besetzung der Organe der Gesellschaft durch den Stadtrat ist der Stadt Schmölln der Einfluss auf die Unternehmensentwicklung vollumfänglich gesichert.

Die Größe der Stadtwerke Schmölln GmbH steht im Einklang mit der Leistungsfähigkeit der Stadt Schmölln.

9. Ausgewählte Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Stadtwerke Schmölln GmbH

Die Vermögenslage stellt sich anhand der nachfolgenden Struktur wie folgt dar:

	31.12.2021		31.12.2020		Veränderung	
	€	%	€	%	€	%
Vermögensstruktur						
Langfristige Investitionen	14.372.761,78	85,35%	14.010.756,71	82,59%	362.005,07	2,58%
Kurzfristiges Vermögen	2.466.392,14	14,65%	2.952.748,38	17,41%	-486.356,24	-16,47%
Gesamtvermögen/Bilanzsumme	16.839.153,92	100,00%	16.963.505,09	100,00%	-124.351,17	-0,73%

	31.12.2021		31.12.2020		Veränderung	
	€	%	€	%	€	%
Kapitalstruktur						
Eigenkapital	9.807.283,40	58,24%	9.752.657,02	57,49%	54.626,38	0,46%
Sonderposten	2.908.559,21	17,27%	3.157.966,11	18,62%	-249.406,90	-7,90%
Kurzfristiges Fremdkapital	1.797.985,22	10,68%	1.377.539,26	8,12%	420.445,96	30,52%
Langfristiges Fremdkapital	2.325.326,09	13,81%	2.675.342,70	15,77%	-350.016,61	-13,08%
Gesamtvermögen/Bilanzsumme	16.839.153,92	100,00%	16.963.505,09	100,00%	-124.351,17	-0,73%

In langfristiges Vermögen - in Form des Anlagevermögens - wurde mehr investiert als abgeschrieben. Durch den Rückgang des kurzfristigen Vermögens verringert sich die Bilanzsumme um 0,73 % gegenüber dem Vorjahr.

Auf der Passivseite beruht die Steigerung des Eigenkapitals auf einer Gesellschaftereinlage von 300,0 T€. Des Weiteren erfolgte eine Rückzahlung von Fördermitteln für den Bau der Fernwasserleitung von 87,2 T€ in den Sonderposten für Investitionszuschüsse neben der planmäßigen Auflösung über die Nutzungsdauer der bezuschussten Vermögensgegenstände. Die Zunahme des kurzfristigen Fremdkapitals von 420,5 T€ ist auf höhere Verbindlichkeiten gegenüber dem Gesellschafter zurückzuführen. Das langfristige Fremdkapital sank durch planmäßige Tilgung der Kreditverbindlichkeiten.

Die Vermögenslage ist hinsichtlich ihrer Fristigkeiten geordnet.

Die Gesellschaft verfügt über eine angemessene bilanzielle Eigenkapitalausstattung in Höhe von 58,2 % ohne Berücksichtigung der Sonderposten sowie von 75,5 % mit Berücksichtigung der gesamten Sonderposten. Die langfristigen Investitionen sind fristenkongruent mit Eigenkapital und langfristigen Verbindlichkeiten finanziert. Die Vermögenslage der Gesellschaft ist geordnet.

Die Finanzlage stellt sich auf der Grundlage einer zusammengefassten Kapitalflussrechnung wie folgt dar:

	2021 T€	2020 T€
Mittelzufluss/-abfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	1.498,7	64,4
Mittelzufluss/-abfluss aus Investitionstätigkeit	-1.348,2	-355,8
Mittelzufluss/-abfluss aus Finanzierungstätigkeit	-110,5	64,4
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	40,0	-227,0
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	1.730,9	1.957,9
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	1.770,9	1.730,9

Der Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit konnte durch die Mittelzuflüsse aus der laufenden Geschäftstätigkeit finanziert werden. Insgesamt stieg der Finanzmittelbestand im Geschäftsjahr 2021 um 40,0 T€. Wesentlichen Einfluss hatte eine Gesellschaftereinlage von 300,0 T€ (VJ: 479,3 T€). Auch zukünftig wird die Gesellschaft auf Einlagen der Gesellschafterin angewiesen sein, um die Zahlungsfähigkeit in den Folgejahren sicherstellen zu können. Im Geschäftsjahr 2021 stellt sich die Finanzlage geordnet dar.

Das Jahresergebnis setzt sich wie folgt zusammen:

	2021 T€	2020 T€	Veränderung T€
Gewöhnlicher Geschäftsbetrieb	-167,6	-229,9	62,3
Finanzbereich	-65,8	-69,2	3,40
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-12,0	36,3	-48,30
Jahresfehlbetrag/-überschuss	-245,4	-262,8	17,4

Die Gewinn- und Verlustrechnung schloss im Geschäftsjahr 2021 mit einem Jahresfehlbetrag von 245,4 T€.

Die betriebliche Gesamtleistung nahm im Vergleich zum Vorjahr zu. Gegenläufig sind die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe gestiegen, überwiegend aufgrund höherer Aufwendungen für Fernwasser- sowie Gasbezug. Die Personalkosten blieben annähernd gleich, die Aufwendungen für bezogene Leistungen konnten gesenkt werden. Für Steuern vom Einkommen und vom Ertrag fielen 2021 keine Vorauszahlungen an. Die Ertragslage ist, bezogen auf den operativen Geschäftsbetrieb infolge der Auswirkungen der Corona-Pandemie im Freizeitbad, für das Geschäftsjahr 2022 als nicht ausreichend einzuschätzen.

Bezogen auf die einzelnen Sparten zeigt sich im Planvergleich (operatives Betriebsergebnis nach Ertragssteuern und sonstigen Steuern) folgendes Bild:

	Ist 2021	Plan 2021	Abweichung
	T€	T€	T€
1. Gesamtleistung			
Trinkwasser	2.016,3	2.149,5	-133,2
Fernwärme	808,6	749,8	58,8
Freizeitbad	565,6	953,8	-388,2
Dienstleistung	1.363,3	1.369,1	-5,8
Gesamt	4.753,8	5.222,2	-468,4
2. Ergebnis nach Steuern			
Trinkwasser	206,7	260,6	-53,9
Fernwärme	88,9	66,1	22,8
Freizeitbad	-760,5	-1.027,6	267,1
Dienstleistung	223,4	143,4	80,0
Gesamt	-241,4	-557,5	316,1

In der Sparte Trinkwasser ergeben sich Planabweichungen bei der Gesamtleistung auf Grund niedrigerer Abnahmemengen. Trotz Einsparungen im Aufwandsbereich konnte das Ergebnis vor Steuern in dieser Sparte gegenüber dem Plan nicht erreicht werden.

Im Fernwärmebereich war der verhältnismäßig lange Winter die Ursache dafür, dass mehr Wärme abgenommen wurde. Der Aufwand stieg ebenfalls, aber geringer, so dass im operativen Bereich eine Steigerung gegenüber dem geplanten Ergebnis vor Steuern erzielt werden konnte.

In der Sparte Freizeitbad konnten wegen der Corona-Pandemie im Planvergleich die Erträge nicht erreicht werden, ebenso fielen weniger Aufwendungen an, so dass das vorgegebene Planergebnis sogar verbessert werden konnte. Es bleibt aber belastend negativ.

Im Dienstleistungsbereich gelang es 2021 die Gesamtleistung im Planvergleich fast zu erreichen. Durch weitgehende Einsparungen bei den geplanten Aufwendungen konnte hier eine Steigerung des Ergebnisses gegenüber dem Plan erzielt werden.

Insgesamt liegt das Ergebnis vor Steuern damit um 316,1 T€ über dem Plan.

10. Bezüge des Aufsichtsrates

Den Mitgliedern des Aufsichtsrates wurden im Geschäftsjahr 2021 Vergütungen von insgesamt 1.650,00 € (1.500,00 €) gezahlt.

B. Beteiligungen der Stadtwerke Schmölln GmbH

Neue Energie Schmölln GmbH

Es werden 33,33 % der Anteile an der Neue Energie Schmölln GmbH mit Sitz in Schmölln gehalten. Die Gesellschaft wurde zum 5. Juni 2008 gegründet. Das Stammkapital beträgt 51.000 Euro und ist vollständig erbracht. Für das Jahr 2021 weist die Neue Energie Schmölln GmbH einen Jahresfehlbetrag von 209,5 T€ und ein Eigenkapital von 263,3 T€ aus

Die Gesellschaft ist an keinem weiteren Unternehmen beteiligt.

Schmölln, 10.10.2022



Beteiligungsbericht

Neue Energie Schmölln GmbH

für das

Geschäftsjahr 2021

Inhaltsverzeichnis

Übersichten

	Seite
1. Vorwort	3
2. Gegenstand des Unternehmens Neue Energie Schmölln GmbH	3
3. Gesellschafter der Neue Energie Schmölln GmbH	3
4. Organe der Gesellschaft im Jahr 2021	3
5. Gewinnverwendung	4
6. Anzahl der Arbeitnehmer	4
7. Grundzüge des Geschäftsablaufes (Auszug aus Lagebericht)	4
8. Erfüllung des öffentlichen Zwecks	5
9. Ausgewählte Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Neue Energie Schmölln GmbH	5
10. Bezüge des Aufsichtsrates der Neue Energie Schmölln GmbH	7
11. Beteiligung der Neue Energie Schmölln GmbH	7

Übersichten

1. Vorwort

Die Gesellschaft wurde mit notarieller Urkunde am 05.06.2008 gegründet. Gesellschaftszweck ist die Errichtung und der Betrieb einer Biogasanlage nebst zwei Blockheizkraftwerken. Die erzeugte Energie soll vollständig in die Netze der Stadtwerke Schmölln GmbH eingespeist werden. Aufgrund eines Liefervertrages wird die erforderliche Biomasse durch die Agrarprodukte Schmölln GmbH geliefert.

2. Gegenstand des Unternehmens Neue Energie Schmölln GmbH

Gegenstand der Gesellschaft ist die Produktion elektrischer Energie und Wärme, insbesondere durch eine Biogasanlage im Gemeindegebiet der Stadt Schmölln. Die Gesellschaft wurde am 04.07.2008 in das Handelsregister eingetragen. Sie hat ihren Sitz in Schmölln und wird beim Amtsgericht Jena unter HRB 502791 geführt.

3. Gesellschafter der Neue Energie Schmölln GmbH

Die Gesellschaft besteht aus drei gleichberechtigten Gesellschaftern, der Stadtwerke Schmölln GmbH, der Agrarprodukte Schmölln GmbH und der VR-Bank Altenburger Land eG. Das Stammkapital beträgt 51.000 €.

4. Organe der Gesellschaft im Jahr 2021

Gesellschafterversammlung:	Severin Kühnast	- Geschäftsführer der Stadtwerke Schmölln GmbH
	Dietmar Koch	- Geschäftsführer der Agrarprodukte Schmölln GmbH
	Holger Schmidt	- Vorstand der VR-Bank
	Raik Romisch	- Vorstand der VR-Bank

Aufsichtsrat: Vorsitzender:	Steffen Schade	- VR-Bank Altenburger Land eG,
	Knut Schröder	- VR-Bank Altenburger Land eG,
	Wilfried Koch	- Agrarprodukte Schmölln GmbH,
	Christopher Müller	- Agrarprodukte Schmölln GmbH
	Sven Schrade	- Bürgermeister der Stadt Schmölln
	Claus Katzenberger	- Geschäftsführer

Geschäftsführung:	Dietmar Koch	- Agraringenieur
-------------------	--------------	------------------

5. Gewinnverwendung

Der Aufsichtsrat der Gesellschaft hat in der Aufsichtsratssitzung vom 05.04.2022 folgenden Beschluss gefasst:

"Der Aufsichtsrat beschließt, der Geschäftsversammlung der Neue Energie Schmölln GmbH folgenden Beschlussvorschlag zur Beschlussfassung vorzulegen.

Die Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2021 schließt mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 209.537,79 € ab.

Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 209.537,79 € wird auf neue Rechnung vorgetragen."

Die Gesellschafterversammlung hat am 05.04.2022 den Beschluss gefasst.

6. Anzahl der Arbeitnehmer

Die Neue Energie Schmölln GmbH beschäftigt kein eigenes Personal.

7. Grundzüge des Geschäftsablaufes (Auszug aus Lagebericht)

Das Geschäftsjahr 2021 konnte nicht mit einem Jahresüberschuss abgeschlossen werden. Das Betriebsergebnis ist noch leicht negativ. Ursache dafür sind die in diesem Jahr angefallenen Wartungskosten. Die Anlage hat trotz Ausfällen während der Wartung die Auslastung des Vorjahres fast erreicht. Der Umsatz liegt auf Vorjahresniveau. Der Jahresfehlbetrag beläuft sich auf EUR 209.537,79.

Die in 2017 durchgeführte Umschuldung hat die Liquiditätslage entspannt. Die Wartung des zweiten BHKWs, welche eigentlich im Jahr 2020 durchzuführen wäre, wurde 2021 durchgeführt. Die Kosten betragen auf 186 TEUR. Wie die Finanzierung erfolgte durch die Agrarprodukte Schmölln GmbH. Der Betrag soll in ein langfristiges Darlehen umgewandelt werden. Der Cash-Flow (ohne des einmaligen Wartungsaufwandes) reicht aus um die reguläre Tilgung zu finanzieren

Wie auch in den Vorjahren dargestellt besteht weiterhin ein bestandsgefährdendes Risiko.

Die Gesellschaft hat durch das Landratsamt mit Bescheid vom 24.11.2014 Umweltauflagen erhalten, was insbesondere auf eine Einhausung der Anlage hinausläuft. Die Gesellschaft hat gegen diesen Bescheid am 30.09.2015 vor dem Verwaltungsgericht Gera geklagt. Nach einer mündlichen Verhandlung am 24.10.2017 wurde die Klage am 15.11.2017 teilweise abgewiesen. Am 20.12.2017 wurde die Zulassung der Berufung beantragt.

Vom OVG wurde am 04.12.2018 mitgeteilt, dass eine Rasterbegehung stattfinden wird, deren Ergebnis in das Berufungsverfahren einfließen wird. Mit Beschluss vom 02.04.2020 wurde die Berufung zugelassen.

Diese Rasterbegehung wurde in 2019 und 2020 durchgeführt und die Ergebnisse wurden durch die Rechtsanwaltskanzlei dem Gericht mitgeteilt.

Sollte es zu diesen Auflagen kommen, wären Investitionen in Größenordnungen notwendig, die die Gesellschaft aus eigenen Mitteln nicht aufbringen kann. Die Gesellschafter haben aufgrund der erheblichen Kapitaleinlagen in den letzten Jahren signalisiert, keine weiteren Mittel zur Verfügung zu stellen.

8. Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Aus der kommunalpolitischen Verantwortung heraus wurde das Heizwerk 1990 von der Stadt Schmölln übernommen. Ohne diese damals sehr weit reichende Entscheidung wäre die Fertigstellung des Wohnstandortes Heimstätte nicht möglich gewesen. Zum Betrieb des Heizwerkes gründete die Stadt Schmölln 1993 die Fernwärmeerzeuger- und Betreibergesellschaft. Mit der Umfirmung dieser Gesellschaft in die Stadtwerke Schmölln GmbH 1995 wurde das Vermögen von der Stadt Schmölln an die Stadtwerke Schmölln GmbH veräußert.

Gegenwärtig zählen ca. 1400 Wohneinheiten, eine Schule sowie ein Kindergarten zu den Kunden der Stadtwerke Schmölln GmbH.

Durch die in den letzten Jahren extrem gestiegenen Bezugspreise für Erdgas bzw. Heizöl lässt sich ein wirtschaftlicher Betrieb zu marktwirtschaftlichen Abgabepreisen nicht mehr realisieren. Aus diesem Grund gründete die Stadtwerke Schmölln GmbH gemeinsam mit der Agrarprodukte Schmölln GmbH und der VR-Bank Altenburger Land eG, die Neue Energie Schmölln GmbH zur Errichtung und Betreuung einer Biogasanlage. Die dabei anfallende Abwärme wird kostengünstig in das Wärmenetz eingespeist.

Durch die 33%-ige Beteiligung an der Gesellschaft sowie die anteilige Besetzung der Organe der Gesellschaft durch den Stadtrat ist der Stadt Schmölln der Einfluss auf die Unternehmensentwicklung umfänglich gesichert.

9. Ausgewählte Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Neue Energie Schmölln GmbH

Die Vermögenslage wird durch eine Gegenüberstellung von Vermögen und Schulden im Vergleich zu den zwei Vorjahren wie folgt dargestellt:

Tabelle 1: Vermögenslage

	31.12.2021	31.12.2020
	TEUR	TEUR
Vermögensseite	2.941,6	3.135,1
Schuldenseite	2.678,3	2.662,2
Eigenkapital	263,3	472,9

Tabelle 2: Finanzlage

	2021 TEUR	2020 TEUR
Finanzmittelbestand zum 1.1.	7,7	15,7
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	209,5	196,8
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-13,6	0,0
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-202,0	-204,8
Finanzmittelbestand zum 31.12.	1,6	7,7

Tabelle 3: Zusammensetzung zum Jahresergebnis

	2021 TEUR	2020 TEUR
Betriebsergebnis	-9,6	-29,7
Finanzergebnis	-13,4	-15,1
Neutrales Ergebnis	-186,5	0,0
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-209,5	-44,8

Die GmbH hat das Geschäftsjahr 2021 mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 209.537,79 € abgeschlossen.

Tabelle 4: Auszug aus der Bilanz zum 31.12.2021 - Aktiva

Aktiva	2021	2020
	TEUR	TEUR
Anlagevermögen		
Sachanlagen	2.698,1	2.911,5
Anlagevermögen gesamt	2.698,1	2.911,5
Umlaufvermögen		
Vorräte	69,0	69,0
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	172,9	146,9
Kassenbestand, Bundesbankguthaben Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	1,6	7,7
Umlaufvermögen gesamt	243,5	223,6
Bilanzsumme Aktiva	2.941,6	3.135,1

Tabelle 5: Auszug aus der Bilanz zum 31.12.2021 - Passiva

Passiva		2021	2020
		TEUR	TEUR
Eigenkapital			
	Gezeichnetes Kapital	51,0	51,0
	Kapitalrücklage	1.800,0	1.800,0
	Verlustvortrag	-1.378,2	-1.333,3
	Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-209,5	-44,8
	Summe Eigenkapital	263,3	472,9
Rückstellungen			
	Sonstige Rückstellungen	8,3	8,3
Verbindlichkeiten			
	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	9,7	0,0
	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	247,6	29,1
	Verbindlichkeiten gg. Gesellschafter	2.412,7	2.624,8
Bilanzsumme Passiva		2.941,6	3.135,1

Tabelle 6: Auszug aus der Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2021

GuV		2021	2020
		TEUR	TEUR
	Umsatzerlöse	1.395,9	1.393,3
	Sonstige betriebliche Erträge	0,5	0,0
	Materialaufwand	1.302,1	1.096,2
	Abschreibungen	226,9	225,5
	Sonstige betriebliche Aufwendungen	63,3	101,1
	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	13,4	15,1
	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-209,3	-44,6
	Sonstige Steuern	0,2	0,2
	Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-209,5	-44,8

10. Bezüge des Aufsichtsrates

Im Geschäftsjahr 2021 wurden keine Vergütungen an die Aufsichtsratsmitglieder der Neue Energie Schmölln GmbH gezahlt.

11. Beteiligung der Neue Energie Schmölln GmbH

Die Gesellschaft ist an keinem weiteren Unternehmen beteiligt.

Schmölln, 09.08.2022

Beteiligungsbericht 2022

gemäß § 75a ThürKO

der Stadt Schmöln

über die Beteiligung an der

Wohnungsverwaltung Schmöln GmbH

im Jahr 2021

Inhaltsübersicht

Vorwort.....	2
Gegenstand des Unternehmens Wohnungsverwaltung Schmölln GmbH (WVS).....	3
Gesellschafter des Unternehmens WVS.....	3
Organe der Gesellschaft im Jahr 2021.....	3
Gewinnverwendung.....	4
Anzahl der Arbeitnehmer.....	4
Grundzüge des Geschäftsverlaufes.....	4
Ausgewählte Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der WVS.....	9

Vorwort

Die vergangenen beiden Jahre 2020 und 2021 waren wegen der Auswirkungen der Corona-Pandemie auch für die Thüringer Wohnungswirtschaft besondere Jahre. Sehr flexibel musste auf die ständigen neuen Herausforderungen, Einschränkungen, fehlende Angebote von Bau-firmen und Preissteigerungen reagiert werden. Dies sind auch die Gründe dafür, dass zunächst im Jahr 2020 die geplanten Investitionen nicht annähernd realisiert werden konnten. Die Hoffnung auf ein Ende der Pandemie spätestens im Sommer 2021 hat sich zerschlagen. Im Endeffekt wurden mit 432 Mio. Euro rund 11 Mio. Euro weniger als im Jahr 2020 (443 Mio. Euro) investiert. Dies waren aber immerhin noch 12 Mio. Euro mehr als 2019, dem letzten Jahr vor Corona.

Im Vergleich zu den Vorjahren ist die durchschnittliche Leerstandsquote der Mitgliedsunter-nehmen des vtw 2021 weiter auf 9,0 % angestiegen. Auch absolut ist die Zahl leerstehender Wohnungen von 23.200 auf 23.800 Wohnungen gewachsen. Der Rückbau von 493 Wohnun-gen im Jahr 2021 verhinderte einen noch stärkeren Anstieg des Leerstandes. Nicht enthalten sind 830 Wohnungen, die zwischenzeitlich wegen mangelnder Nachfrage, meist handelt es sich um die obersten Geschosse, stillgelegt wurden. Diese zählen nicht mehr zum Bestand und erscheinen auch nicht in der Übersicht des Leerstandes. Würde man diese Wohnungen einbeziehen, hätte die Leerstandsquote 9,4 % betragen.

Hauptgrund des Leerstandes ist nach wie vor die mangelnde Nachfrage nach Wohnraum mit einem Anteil von 35 %. Wegen Mieterwechsel stehen 24 % und aufgrund von Modernisie-rungsmaßnahmen 19 % leer. Unbewohnbare Wohnungen haben einen Anteil am Leerstand von 8 %, wegen geplantem Rückbau stehen 11 % leer. Seit dem Jahr 2002 haben Thüringer Wohnungsunternehmen 48.330 Wohnungen vom Markt genommen.

Die Thüringer Wohnungsunternehmen leisten einen wichtigen Beitrag zur Versorgung breiter Schichten der Thüringer Bevölkerung mit Wohnraum. Um wirtschaftlich agieren zu können, stellen sie sich den Anforderungen des Marktes und bieten Wohnraum in allen Segmenten an. Die Wohnungsunternehmen im vtw waren – und werden dies auch immer sein – Partner ihrer Mieter und der regionalen Wirtschaft und Politik. Mit ihren Aufträgen sichern sie Tausende Arbeitsplätze in der Thüringer Bauindustrie. Insbesondere in Zeiten der Corona-Pandemie

und der globalen Auswirkungen des Krieges in der Ukraine wirken die Wohnungsunternehmen als Stabilitätsfaktor in den Regionen. Sie geben ihren Mietern und Mitgliedern die Sicherheit, die Wohnung nicht zu verlieren und sie bieten aus der Ukraine Geflüchteten eine neue, sichere Unterkunft.

Die Wohnungswirtschaft hat sich in der Pandemie bisher als robust und widerstandsfähig erwiesen. Die Dauer der Maßnahmen der Bundesregierung zur Pandemiebekämpfung machen es jedoch schwierig, negative Auswirkungen auf den Geschäftsverlauf zuverlässig einzuschätzen. Auch gibt es große Unsicherheiten in Bezug auf mögliche Förderinstrumente gerade auch für die Realisierung energetischer Sanierungen und damit für die Erreichung der politisch gesetzten Klimaziele. Der unvermittelte Stopp der Bundesförderung für effiziente Gebäude (BEG) der KfW war ein fatales Signal. Daraus haben sich erhebliche Risiken und Verzögerungen bei der Durchführung von Instandhaltungs-, Modernisierungs- und Baumaßnahmen verbunden mit dem Risiko von Kostensteigerungen und der Verzögerung von geplanten Einnahmen ergeben.

Weitaus größere Risiken ergeben sich aber aus dem Krieg in der Ukraine. Niemand kann zum jetzigen Zeitpunkt Mitte April 2022 vorhersagen, wie lange die Kampfhandlungen noch andauern werden, welche weiteren Sanktionen folgen und wie viele Flüchtlinge nach Deutschland kommen und wie lange sie bleiben werden. Große Unsicherheiten gibt es auch im Zusammenhang mit der Energieversorgung. Diese ist durchaus nicht so sicher, wie immer angenommen wurde. Sicher ist, dass die Energiepreise weiter steigen werden.

Die Herausforderungen, die vor den Unternehmen stehen, sind gewaltig. Mit Hochdruck wird zwar von politischer Seite an Notfallplänen und an Möglichkeiten der Entlastung der Menschen von den hohen Energiekosten über einen Wohngeldzuschuss hinaus gearbeitet. Es stehen außergewöhnliche Zeiten bevor. Nicht ohne Grund hat Bundeskanzler Olaf Scholz von einer Zeitenwende gesprochen. Die unternehmerische Wohnungswirtschaft wird auch in diesen Zeiten, wie schon während der Finanzkrise 2008/2009, ein Stabilitätsanker sein. Nichts ist für die Menschen heute wichtiger als ihre Wohnung, ihr Schutz- und Rückzugsort.

Gegenstand des Unternehmens WVS

Gegenstand des Unternehmens ist das Errichten, Betreuen, Bewirtschaften und Verwalten von Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, darunter Eigenheime und Eigentumswohnungen. Mit Schreiben der Stadt Schmölln vom 21.03.2019 erhielt die Gesellschaft die Erlaubnis nach § 34c GewO als Wohnimmobilienverwalter.

Gesellschafter der WVS

Alleiniger Gesellschafter der Wohnungsverwaltung Schmölln GmbH ist die Stadt Schmölln. Das Stammkapital beträgt €26.000,00, es ist voll einbezahlt.

Organe der Gesellschaft im Jahr 2021

Organe der Gesellschaft sind:

- die Gesellschafterversammlung
- der Aufsichtsrat
- der Geschäftsführer.

Die Gesellschafterversammlung bestand im Jahr 2021 unverändert aus der Stadt Schmölln, vertreten durch den Bürgermeister Sven Schrade.

Dem Aufsichtsrat gehörten im Jahr 2021 an:

Ute Lukasch	Mitglied des Thüringer Landtages (Vorsitzende)
Sven Schrade	Bürgermeister Stadt Schmölln (stellv. Vors.)
Roland Radermacher	Rentner
Andy Franke	selbstständiger Steinmetz
Volker Stubbe	Lagerist
Peter Mittelstädt	Rentner (bis 22.07.2021)
Hans-Jürgen Krause	Rentner (ab 09.09.2021)

Als alleinvertretungsberechtigter Geschäftsführer war im Jahr 2021 Herr Kristian Blum - Diplom-Kaufmann (HR-Eintrag 21.10.2008) - bestellt.

Gewinnverwendung

Die Gesellschafterversammlung hat 2021 beschlossen, den ausgewiesenen Jahresüberschuss 2020 in Höhe von 650.612,77 € den „anderen Gewinnrücklagen“ zu zuführen.

Anzahl der Arbeitnehmer

Die WVS hat im Jahr 2021 durchschnittlich 13 Arbeitnehmer beschäftigt (2020: 12 Arbeitnehmer/ 1 Auszubildender).

Grundzüge des Geschäftsverlaufes (Auszug aus dem Lagebericht der WVS)

1. Geschäftsumfang

In ihrer sozialen Verantwortung als kommunales Wohnungsunternehmen bleibt die bedarfsgerechte Wohnungsversorgung breiter Schichten der Bevölkerung der Stadt Schmölln und des Umlandes das grundlegende Unternehmensziel der Gesellschaft. Das geschieht durch die Erhaltung und Verbesserung des kommunalen Wohnungsbestandes. Soziale Belange sollen in angemessener Weise berücksichtigt werden. Diese Aufgabe kann nur durch ein leistungsfähiges und wirtschaftlich stabiles Unternehmen erfüllt werden.

Im Rahmen des gesellschaftsvertraglichen Auftrags sollen zudem auch Neubauten für breite Schichten der Bevölkerung errichtet werden. Die Anteile an unserem kommunalen Wohnungsunternehmen sind für die Stadt Schmölln keine Finanz-, sondern eine strategische Beteiligung im öffentlichen Interesse.

Die Wohnungsverwaltung Schmölln GmbH verwaltet Wohnungs- und Gewerbeeinheiten unterschiedlichster Eigentumsformen. Somit zählen eigene Mietwohnungen, Eigentumswohnungen und fremde Mietwohnungen zum Verwaltungsbestand.

1.1. Neubau und Modernisierung

Entsprechend des bestätigten Wirtschaftsplanes wurde im zweiten Halbjahr 2020 die Sanierung des zum 01.05.2020 übernommenen Objekts „Fr.-Naumann-Straße 4“ in Schmölln mit 6 Wohnungen begonnen und in 2021 fortgesetzt. Durch verschiedene Einflüsse wie Personalausfälle infolge von Quarantänemaßnahmen und Erkrankungen sowie schwerwiegenden Lieferschwierigkeiten von Baumaterial war eine Fertigstellung in 2021 nicht möglich. Für die Finanzierung des energetischen Bereichs wurde ein KfW-Darlehen über T€690,0 aufgenommen.

Der geplante Anbau von 6 Balkonen in der Karl-Liebnecht-Straße 22 in Schmölln wurde in das Jahr 2022 verschoben. Das für die Finanzierung vorgesehene Förderprogramm des Freistaats Thüringen wurde zum Jahresende 2020 kurzfristig eingestellt.

Die umfangreichen Neubau- und Modernisierungstätigkeiten der letzten Jahre haben zu hohen Darlehensaufnahmen und einer Belastung der Eigenkapitalreserven geführt. Daher wurden neben der Modernisierung von Einzelwohnungen und der weiter zunehmenden Instandhaltungstätigkeit keine größeren Maßnahmen durchgeführt.

Zahlreiche kleinere bauliche Maßnahmen zur Verbesserung der Wohnqualität konnten in unserem Bestand wieder umgesetzt werden. Neben dieser Modernisierungstätigkeit wurden wiederholt Einzelwohnungen infolge von Mieterwechseln von Grund auf erneuert. Nur durch eine zeitgemäße Ausstattung lässt sich die dauerhafte Wiedervermietung sichern.

1.2. Vermietungs- und Verwaltungssituation

Aus dem bereits bestehenden und weiter zunehmenden Überangebot an Wohnungen zeichnete sich in den letzten Jahren der Trend ab, dass sich unsanierte Wohnungen (maler- und installationsmäßig nicht instandgesetzt, alte Bäder, Fußbodenbeläge sowie Türen) kaum vermieten lassen. Hieraus lässt sich zusätzlich ein wesentlich höherer Instandhaltungsaufwand für die nächsten Jahre ableiten, um die Wohnungen in einem marktfähigen Zustand zu erhalten.

Die Situation auf dem Wohnungsmarkt der Stadt Schmölln wird seit vielen Jahren durch eine negative Einwohnerentwicklung der Stadt beeinflusst. Erstmals im Jahr 2015 konnte durch die Aufnahme von Flüchtlingen der weitere Rückgang gestoppt werden. Dies setzte sich in 2021 nicht fort. Daher ist es nur mit großen Anstrengungen gelungen, die stichtagsbezogene Leerstandsquote mit 4,8% (Vorjahr: 4,0%) weiterhin niedrig zu halten. Die Leerstandsquote liegt damit deutlich unter dem Niveau der durchschnittlichen Leerstandsquote des Freistaates Thüringen (9,0%). Aufgrund des demographischen Wandels und zunehmender Wohnungsangebote wird mittelfristig wieder mit einem Anstieg der Leerstandsquote zu rechnen sein. Als Ergebnis jahrelanger Bemühungen konnte der Leerstand im Wohngebiet „Heimstätte“ weiter gesenkt werden. Dadurch verteilt sich seit vorigem Jahr der Leerstand gleichmäßig über unseren Gesamtbestand. Die Vermietungsquote beträgt somit 95,7 %. Ausschlaggebend für die bisher positive Entwicklung sind u.a. das kundenorientierte Handeln der Mitarbeiter der Gesellschaft, die kontinuierliche Modernisierung der Wohnungen, die positiven Effekte durch die Auslastung der Gewerbegebiete der Stadt Schmölln sowie die sehr gute verkehrstechnische Anbindung der Stadt an die überregionale Infrastruktur.

Allerdings wird bei zukünftigen Planungen ein sinnvoller Rückbau von Wohnungen und damit eine Reduzierung des Wohnungsbestandes mit einzubeziehen sein. Damit besteht die

Möglichkeit, die bestehenden Wohngebiete langfristig aufzuwerten. Das bestehende Stadtentwicklungskonzept dient dabei als Leitlinie des Handelns.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr 2021 konnte der Bestand der zu verwaltenden Eigentümergemeinschaften und der damit zu verwaltenden Eigentumswohnungen gesteigert werden. Bestehende Verwalterverträge für Eigentümergemeinschaften, deren Laufzeiten fristgemäß endeten, wurden durch entsprechende Beschlüsse der Eigentümergemeinschaften verlängert. Die Zahl der Wohnungseigentümer, welche uns ihre Mietverwaltung übertragen, ist ebenfalls gewachsen. Die Verwaltung arbeitet effektiv und kann als stabil eingeschätzt werden. Die Geschäftsführung ist mit dem abgelaufenen Geschäftsjahr zufrieden und beurteilt den Verlauf des Geschäftsjahres als insgesamt positiv.

1.3. Personalbereich

Die bestehende Personalstärke ist für die gegenwärtig zu bewältigenden Aufgabengebiete noch angemessen. Durch die zunehmende Komplexität zahlreicher Prozesse und der zu erwartende Generationenwechsel wird perspektivisch mehr Personal nötig sein. Die meisten Mitarbeiter verfügen über eine Ausbildung als Immobilienkaufmann/ -frau oder über entsprechende gleich- bzw. höherwertige Qualifikationen.

Die Gesellschaft weist für 2021 Verwaltungskosten pro Jahr und Einheit aus, die wieder deutlich unter dem Durchschnitt der Thüringer Wohnungsunternehmen liegen. Dies ist im Unternehmensvergleich als positiv zu bewerten.

2. Wirtschaftliche Lage

2.1. Vermögens- und Finanzlage

Das Anlagevermögen ist langfristig durch Eigen- und Fremdmittel finanziert. Unser Unternehmen hat ausschließlich Darlehen für den Neubau, zur Modernisierung und Sanierung des Wohnungsbestandes aufgenommen. Der Kapitaldienst für Alt- und Wendeschulden belastet unverändert unsere Liquidität. Die finanzierenden Banken sind Förderbanken oder deutsche Kreditinstitute. Die Geschäftsbeziehungen sind stabil.

Im Geschäftsjahr 2021 kam es zu einer Neuaufnahme eines KfW-Darlehen für die energetische Sanierung der Friedrich-Naumann-Straße 4 in Schmölln. Durch planmäßige und außerplanmäßige Tilgungen konnte das bestehende Darlehensportfolio unter die Marke von 18 Mio. Euro gesenkt werden. Es ist erklärtes Ziel, auch weiterhin die Neuaufnahme von Darlehen niedriger als die planmäßige Tilgung zu halten.

Der Finanzmittelbestand hat sich nach der umfangreichen Neubau-, Modernisierungs- und Instandhaltungstätigkeit der letzten Jahre wieder leicht erholt. Die Investitionstätigkeit in das Sachanlagevermögen sowie die laufende Instandhaltung wurden aus den erwirtschafteten Einnahmen, aus Verkaufserlösen und der Valutierung von Darlehen finanziert. Die Finanz- und Vermögenslage sind geordnet. Die Zahlungsbereitschaft war im Berichtszeitraum jederzeit gegeben. Die Finanzierung der Investitionen in 2022 ist gesichert.

2.2. Ertragslage

Die Ertragslage wird maßgeblich durch die Vermietungssituation am Wohnungsmarkt beeinflusst. Das Jahresergebnis ist zufriedenstellend. Es entspricht der im Rahmen der mietpreisrechtlichen Beschränkung erzielbaren Wirtschaftlichkeit.

3. Voraussichtliche Entwicklung

Die Stadt Schmölln hatte zusammen mit ihren Ortsteilen am 31.12.2021 laut Auskunft des hiesigen Einwohnermeldeamtes insgesamt 13.649 Einwohner. Damit konnte die Zahl der Einwohner insgesamt konstant gehalten werden.

Die Bevölkerungsvorausberechnung des statistischen Landesamtes prognostiziert auch weiterhin für Schmölln einen Rückgang der Einwohnerzahl. Dieser Trend deckt sich mit den Erkenntnissen des 2. Wohnungsmarktberichts Thüringen.

Die Ergebnisse verschiedener aktueller Bevölkerungsvorausberechnungen zeigen, dass man sich auf die Konsequenzen aus dem Rückgang und der Alterung der Gesamtbevölkerung und insbesondere der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter einstellen muss. Weder Zuwanderung noch eine leicht erhöhte Geburtenrate können diesen Prozess aufhalten. Sie können ihn lediglich abmildern.

Das bestehende Stadtentwicklungskonzept sieht vor, verschiedene Objekte im Wohngebiet „Heimstätte“ abzureißen, um auf den Bevölkerungsrückgang zu reagieren. Dadurch besteht die Möglichkeit, dieses Wohngebiet in seinem Umfeld durch Schaffung von Grün- und Ruhebereichen aufzuwerten. Demgegenüber ist eine ungebrochene Nachfrage nach Wohnraum im innerstädtischen Bereich zu verzeichnen. Besonders in diesem Bereich wurden in den letzten Jahren Objekte modernisiert bzw. neugebaut, um der Abwanderung aus dem eigenen Bestand entgegenzuwirken und die Stadt Schmölln als attraktiven Wohnstandort darzustellen. Gleichzeitig muss in ausreichendem Maße in den Bestand investiert werden. Ein breites und gutes Wohnraumangebot sowie attraktive Wohnquartiere bieten bei einer florierenden Wirtschaft den besten Schutz vor zurückgehenden Einwohnerzahlen.

Die sehr große Nachfrage nach den in den letzten Jahren im innerstädtischen Bereich neu geschaffenen und modernisierten Gebäuden (Wohnparkanlage Brückenplatz, Altenburger Straße 43-48, Dammgasse 4, Wohnanlage Stadtmitte, Kirchplatz 8/9, Rudolf-Breitscheid-Straße 4, Gartenstraße 14, Gößnitzer Straße 51, Walter-Kluge-Straße 2 und Gartenstraße 28 und nun Fr.-Naumann-Str.4) hat unseren eingeschlagenen Weg als richtig bestätigt. Mit dem Anbau von insgesamt über 700 Balkonen in den vergangenen Jahren kamen wir ebenfalls einer sehr hohen Nachfrage der jeweils dort wohnenden Menschen nach. Gleichzeitig sichert ein Balkon eine höhere Vermietbarkeit für die Zukunft.

Eine unternehmensinterne Betrachtung ergab, dass eine deutliche Überalterung der Mieterschaft zu erkennen ist. Daher ist die Schaffung von Arbeitsplätzen eine wichtige Voraussetzung, um einer ansteigenden Leerstandsentwicklung entgegenzuwirken und junge Menschen als nächste Mietergeneration dauerhaft zu binden.

In den letzten Jahren wurde eine umfangreiche Neubau- und Modernisierungstätigkeit realisiert. Das ist auf dem bisherigen Niveau dauerhaft nicht möglich. Die derzeitigen Mieten als Haupteinnahmequelle unseres Unternehmens sind langfristig gesehen nicht auskömmlich. Explosionsartig steigende Baupreise und Materialengpässe erschweren die Geschäftstätigkeit. Entsprechend des bestätigten Wirtschaftsplanes wird die Sanierung der „Fr.-Naumann-Str. 4“ in Schmölln mit 6 Wohnungen abgeschlossen. Die Wohnungen sind zum 01. April 2022 vollständig vermietet.

Der geplante Anbau von 6 Balkonen in der Karl-Liebnecht-Straße 22 in Schmölln wurde in das Jahr 2022 verschoben. Das für die Finanzierung vorgesehene Förderprogramm des Freistaats Thüringen wurde zum Jahresende 2020 kurzfristig eingestellt. Zur Finanzierung werden daher ausschließlich Eigenmittel zum Einsatz kommen.

In den folgenden Jahren wird sich die Wohnungsverwaltung Schmölln GmbH perspektivisch weiteren Objekten im Eigenbestand zuwenden. Bei Objekten, die vor über 25 Jahren modernisiert wurden, kündigen sich hier die ersten größeren Instandhaltungsmaßnahmen an. Die Erweiterung des Gebäudebestandes kann daher nur noch sporadisch erfolgen. Auf Grund steigender Baukosten, hauptsächlich durch höhere energetische Anforderungen, nimmt die Projektfinanzierung mit der sich hieraus ergebenden Wirtschaftlichkeit eine Schlüsselposition ein. Um eine nachhaltige Wirtschaftlichkeit der Vorhaben zu gewährleisten, wird die Finanzierung neben Fremdmitteln mit einem hohen Anteil an Eigenmitteln unternommen sein. Das geht wiederum zu Lasten der Eigenkapitalreserven des Unternehmens.

Eine akute Gefährdung der finanziellen Entwicklung unseres Unternehmens ist derzeit nicht zu erkennen. Die Immobilien sind mit langfristigen Krediten finanziert. Finanzierungsmöglichkeiten und Finanzierungsbedingungen könnten sich jedoch ungünstig entwickeln. Seit Anfang 2020 hat sich das Coronavirus (COVID-19) weltweit ausgebreitet. Auch in Deutschland hat die Pandemie seit Februar 2020 zu deutlichen Einschnitten sowohl im sozialen als auch im Wirtschaftsleben geführt. Seit 24.02.2022 steht die wirtschaftliche Entwicklung ganz im Zeichen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine. Von einer Eintrübung der gesamtwirtschaftlichen Lage ist daher weiter auszugehen. Die Geschwindigkeit der Entwicklung macht es schwierig, die Auswirkungen zuverlässig einzuschätzen; es ist jedoch mit Risiken für den zukünftigen Geschäftsverlauf des Unternehmens zu rechnen. Zu nennen sind Risiken aus der Verzögerung bei der Durchführung von Instandhaltungs-, Modernisierungs- und Baumaßnahmen verbunden mit dem Risiko von Kostensteigerungen und der Verzögerung von geplanten Einnahmen. Darüber hinaus ist mit einem Anstieg der Mietausfälle zu rechnen.

Auf Grundlage unserer langfristigen Unternehmensplanung gehen wir grundsätzlich von einer positiven wirtschaftlichen und finanziellen Entwicklung der Wohnungsverwaltung Schmölln GmbH aus. Es gehört zur Unternehmensphilosophie, die stabile Entwicklung der Wohnungsverwaltung Schmölln GmbH zu sichern und dabei die Verschuldung weiter konsequent abzubauen.

Diese Voraussetzung und das langfristige Bekenntnis zum kommunalen Wohnungsbestand werden auch in Zukunft der Stadt Schmölln eine optimale Rendite ihres Wohnungsunternehmens sichern.

Ausgewählte Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der WVS

Auszug aus der **Bilanz** zum 31.Dezember 2021

	Angaben in T Euro	2021	2020
Aktiva			
Anlagevermögen			
Immaterielle Vermögensgegenstände		5,4	7,7
Sachanlagen		36.706,5	37.315,5
Finanzanlagen		0,0	0,0
		<hr/> 36.711,9	<hr/> 37.323,2
Umlaufvermögen			
Grundstücke mit fertigen Bauten		0,0	0,0
Unfertige Leistungen		2.013,7	1.857,6
Andere Vorräte		0,0	0,0
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		35,7	65,7
Flüssige Mittel		1.405,0	1.298,3
		<hr/> 3.454,4	<hr/> 3.221,6
Rechnungsabgrenzungsposten		0,0	0,0
Sonderverlustkonto		0,0	0,0
Bilanzsumme Aktiva		<hr/> 40.166,3	<hr/> 40.544,8
Passiva			
Eigenkapital			
Gezeichnetes Kapital		26,0	26,0
Rücklagen		17.245,8	16.595,2
Verlustvortrag		0,0	0,0
Jahresüberschuss		532,4	650,6
		<hr/> 17.804,2	<hr/> 17.271,8
Sonderposten für Investitionszulage		970,8	1.007,0
Rückstellungen		107,8	178,9
Verbindlichkeiten		19.990,4	20.755,6
Rechnungsabgrenzungsposten		1.293,1	1.331,5
Bilanzsumme Passiva		<hr/> 40.166,3	<hr/> 40.544,8

Auszug aus der **Gewinn- und Verlustrechnung** des Jahres 2021

	Angaben in T Euro	2021	2020
Umsatzerlöse		6.199,2	6.026,9
Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen		156,1	67,0
Andere aktivierte Eigenleistung		0,0	0,0
Sonstige betriebliche Erträge		89,5	80,0
Aufwendungen für Hausbewirtschaftung		-3.265,8	-2.841,8
Aufwendungen für Verkaufsgrundstücke		0,0	0,0
Personalaufwand		-614,5	-593,9
Abschreibungen		-1.411,3	-1.418,2
Sonstige betriebliche Aufwendungen		-170,6	-155,4
Erträge aus Beteiligungen		0,0	0,0
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens		0,0	0,0
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		1,0	0,9
Zinsen und ähnliche Aufwendungen		-365,7	-414,5
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		617,9	751,0
Außerordentliche Aufwendungen		0,0	0,0
Steuern vom Einkommen und Ertrag		-82,6	-99,1
Sonstige Steuern		-2,9	-1,3
Aufwendungen aus Gewinnabführungen		0,0	0,0
Jahresüberschuss		532,4	650,6

Die Aufsichtsratsvergütungen in 2021 betragen insgesamt €550,00.

Bezüglich der Gesamtbezüge des Geschäftsführers hat die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2021 zulässigerweise von § 286 Abs. 4 HGB Gebrauch gemacht.